

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10.Wahlperiode: 1979/80

03.11.1982 - Plenarprotokoll - 69. Sitzung

69. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. November 1982

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . .	5309	7. Vollzug der Asylverfahren	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	5309	Anfrage der Abgeordneten Kauffmann, Neumann und Fraktion der CDU vom 28. Oktober 1982	5314
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . .	5310	Aktuelle Stunde	5315
Fragestunde		Gesetz zur Änderung und Ergänzung dienstrechtlicher Vorschriften	
1. Möglicher Transport amerikanischer Giftgase über bremische Häfen		Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 1982 (Drucksache 10/911)	
Anfrage des Abgeordneten Willers vom 14. Oktober 1982	5310	1. Lesung	
2. Schutzgelder von Lokalinhabern		2. Lesung	
Anfrage der Abgeordneten v. Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1982	5311	Abg. Adamietz (BGL)	5315
3. Referat für Angelegenheiten des Drogenmißbrauchs		Abg. Anneliese Leinemann (SPD)	5316
Anfrage der Abgeordneten Gisela Hüller, Lahmann und Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1982	5311	Abstimmung	5316
4. Sonderprogramm für Zinsverbilligung		Vierter Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 1982	
Anfrage der Abgeordneten Welke, Lahmann und Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1982	5312	(Drucksache 10/800)	
5. Anzeigen gegen Polizeibeamte		Stellungnahme des Senats zum vierten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz	
Anfrage der Abgeordneten v. Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1982	5313	Mitteilung des Senats vom 26. Juli 1982 (Drucksache 10/857)	
6. Gründung freier Sportgruppen durch den AStA der Universität Bremen		Bericht des Datenschutzausschusses zum vierten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 1982 (Drs. 10/800) und zur Stellungnahme des Senats vom 26. Juli 1982 (Drs. 10/857)	
Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte, Neumann und Fraktion der CDU vom 28. Oktober 1982	5313	vom 6. September 1982	
		(Drucksache 10/891)	
		Abg. Kröning (SPD)	5317
		Abg. Karin Stieringer (CDU)	5319

Abg. Schröder (FDP)	5321	Senator für Bildung v. Hassel	5352
Abg. Adamietz (BGL)	5323	Abstimmung	5352
Senator für Bundesangelegenheiten Dr. Czichon	5326		
Abg. Karin Stieringer (CDU)	5327		

Bericht der Besuchskommission nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten für die Jahre 1980 und 1981

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1982
(Drucksache 10/842) 5327

Wissenschaftliche Untersuchung der bremischen Schulsituation auch links der Weser

Antrag der Gruppe der BGL
vom 9. September 1982
(Drucksache 10/892)

Stellungnahme des Senats zu einer Untersuchung von Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis über den Schulstufenwechsel

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. September 1982
(Drucksache 10/899)

Senator für Bildung v. Hassel	5328
Abg. Josette Delphine Brox (BGL)	5329
Abg. Lucks (CDU)	5331
Abg. Professor Dr. Holl (FDP)	5334
Abg. Willers	5336
Abg. Stichweh (SPD)	5337
Senator für Bildung v. Hassel	5340
Abg. Neujahr (FDP)	5343
Abg. Josette Delphine Brox (BGL)	5344
Abg. Stichweh (SPD)	5345
Abg. Lucks (CDU)	5347
Abg. Bürger (CDU)	5349
Abg. Adamietz (BGL)	5350

Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. September 1982
(Drucksache 10/897)

Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung

Antrag der Fraktion der SPD
vom 28. Oktober 1982
(Drucksache 10/934)

Abg. Borttscheller (CDU)	5353
Abg. Armgort (SPD)	5355
Abg. v. Schönfeldt (FDP)	5357
Abg. Adamietz (BGL)	5359
Abg. Armgort (SPD) zur Geschäftsordnung .	5360
Abstimmung	5360
Abg. Borttscheller (CDU) zur Geschäftsordnung	5361
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung .	5361

Vereinbarungen zwischen Bremen und Niedersachsen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 14. September 1982
(Drucksache 10/894)

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten .	5362
Abg. Wedemeier (SPD)	5364
Abg. Neumann (CDU)	5367
Abg. Willers	5370
Abg. Dinné (BGL)	5371
Abg. Welke (FDP)	5373
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	5374

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Fritz Fischer, Gerhard Fischer, Schmidt, v. d. Schulenburg.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Ehlers

Schriftführerin Helene Knorr

Schriftführer Ravens

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Bundesangelegenheiten **Dr. Czichon** (SPD)

Senator für Bildung **von Hassel** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Bohle** (Senator für Rechtspflege und Strafvollzug)

Senatsdirektor **Dücker** (Senator für Bildung)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)

Senatsrat **Heise** (Senator für Inneres)

Polizeidirektor **Lüken** (Senator für Inneres)

Landesbeauftragter für den Datenschutz **Schepp**

Handwritten title or section header.

Handwritten text on the left side of the page.

Handwritten text on the right side of the page.

Main body of handwritten text, consisting of several lines of cursive script.

Second main body of handwritten text, continuing the cursive script.

Final line of handwritten text at the bottom of the page.

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 69. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich bitte Sie, daß Sie sich von Ihren Plätzen erheben!

Meine Damen und Herren, zu Beginn dieser Sitzung gedenken wir eines Politikers, der uns für immer verlassen hat.

Nach schwerer Krankheit ist am 24. Oktober im Alter von 61 Jahren unser Kollege Heinz Jaising gestorben. Der sozialdemokratische Abgeordnete war seit Oktober 1975 Mitglied unseres Parlaments.

Für uns alle war Heinz Jaising ein wahrhaft bürgernahe Volksvertreter. Bei allen Beratungen im Landtag, in der Stadtbürgerschaft, in den Deputationen und im Petitionsausschuß ging es ihm stets um die Belange seiner Mitbürger. Zu keiner Zeit hat er verhehlt, daß er sich insbesondere seinem Stadtteil Oslebshausen verpflichtet fühlte und daß seine Entscheidungen und seine Gesamtverantwortung in der Landes- und Kommunalpolitik auch aus der Sicht seines Wohnbereichs beeinflußt waren. So wurde er vor allem in der Baudeputation, aber auch in der Deputation für öffentliches Dienstrecht und zuvor in der Sportdeputation zu einem wichtigen Ratgeber.

Heinz Jaising war vielen von uns ein Vorbild, wenn es darum ging, bereitwillig einzuspringen, wo Not am Mann war. Immer war er verlässlich mit Rat und Tat zur Stelle. Wir haben ihn schätzen gelernt als einen unauffälligen Kollegen, der nie aufdringlich war und sich unermüdlich um das Wohl einzelner Menschen gekümmert hat.

Wir werden Heinz Jaising in guter Erinnerung behalten.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen!

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Berufsschule für Kfz-Gewerbe und Mechanik, eine Klasse des Schulzentrums Walliser Straße, ein Kurs der Kinderkrankenpflegeschule am Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße, eine Klasse des Schulzentrums Obervieland, eine Klasse des Schulzentrums Vegesack und eine Gruppe Umschüler des Berufsbildungswerks des DGB.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Maßnahmen zur Vermeidung von Tankerunfällen und zur Bekämpfung derartiger Unfälle, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 2. November 1982, Drucksache 10/937.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die dringliche Behandlung des Antrags fassen. (C)

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag zusammen mit Punkt 15 zur Beratung zu stellen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat darum gebeten, außerhalb der Tagesordnung Nachwahlen in den Petitionsausschuß sowie in die Deputationen für öffentliches Dienstrecht und für den Fischereihafen in Bremerhaven vorzunehmen.

Ich werde diese Nachwahlen zum Schluß der Tagesordnung aufrufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir auch hier so verfahren. (D)

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen zu entnehmen, wobei ich darauf hinweise, daß der darin aufgeführte Antrag der Fraktion der CDU zur Jugendarbeitslosigkeit, es handelt sich um die Drucksache 10/932, vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsplatzsituation
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. September 1982
(Drucksache 10/914)

D a z u

Antwort des Senats vom 11. Oktober 1982

2. Kürzungen im Sozialbereich
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. September 1982
(Drucksache 10/909)

3. Beschluß des Akademischen Senats der Universität Bremen vom 26. Mai 1982

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. September 1982
(Drucksache 10/910)

D a z u

Antwort des Senats vom 4. Oktober 1982

- (A) 4. Unterrichtsausfall an Berufsschulen im Land Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. September 1982
(Drucksache 10/912)

D a z u

Antwort des Senats vom 11. Oktober 1982

5. Mangelhafte Abstimmung der Fachbereiche der Hochschule Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. Oktober 1982
(Drucksache 10/935)

D a z u

Antwort des Senats vom 1. November 1982

II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben von Herrn Paul Niederbockstruck zur angeblichen Ansiedlung einer japanischen Videofabrik in Bremen.
2. Schreiben von Herrn Luzian Verborgen zum Tier- und Naturschutz.
3. Schreiben des Kreisverbandes Harburg-Land der CDU mit einem Appell an die Mandatsträger des Bundes und der Landtage, auf fünf Prozent ihrer Bezüge zu verzichten.
4. Schreiben von Bediensteten im Bereich des Senators für Bildung zu den Sparbeschlüssen des Senats.
5. Schreiben der Arbeitsgemeinschaft rechts- und staatswissenschaftlicher Verleger zu Kürzungen der Etats juristischer Bibliotheken und Dokumentationsstellen.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

(B)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Vereinbarungen getroffen zur Verbindung von Tagesordnungspunkten, zur dringlichen Behandlung der Anträge der Fraktion der SPD zu Tankerunfällen, Drucksache 10/933, und zur Verbrechensbekämpfung, Drucksache 10/934, zur Aussetzung von Tagesordnungspunkt sieben, es geht hier um die Besuchskommission, sowie zum Schluß der morgigen Sitzung, nämlich gegen 21 Uhr.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Vereinbarungen gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen, den Abgeordneten Ludwig Hettling, der seit dem 1. November Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist, in der Mitte des Landtags zu begrüßen.

(Beifall)

Viele von uns kennen ihn als Deputierten für Wirtschaft und Außenhandel. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit im Parlament!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(C)

Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind sieben Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit dem **möglichen Transport amerikanischer Giftgase über bremische Häfen**. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Willers.

Ich bitte den Abgeordneten Willers, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Willers: Ich frage den Senat:

Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik gelagerten und nach der Genfer Konvention verbotenen amerikanischen Giftgasbestände über bremische Häfen importiert wurden beziehungsweise werden?

Was gedenkt der Senat gegebenenfalls zu tun, um das künftig zu unterbinden?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brinkmann.

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Brinkmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen Giftgasbestände wurden nicht über bremische Häfen importiert. Es ist auch von der US-Armee nicht vorgesehen, künftig Giftgastransporte über die bremischen Häfen zu leiten.

Präsident Dr. Klink: Werden Zusatzfragen gewünscht? — Bitte, Herr Abgeordneter Willers!

Abg. Willers: Herr Senator, ist Ihnen bekannt, ob Giftgasbestände über bremisches Gebiet transportiert werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brinkmann: Nein!

(Abg. Willers: Ist Ihnen nicht bekannt?)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Willers!

Abg. Willers: Herr Senator, wenn Sie gar nicht wissen, welche gefährlichen Stoffe über bremisches Gebiet transportiert werden, wie wollen Sie der Verpflichtung zum Katastrophenschutz nachkommen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brinkmann: Herr Willers, das haben Sie gar nicht gefragt! Sie haben gefragt, ob Waren über die bremischen Häfen importiert werden, und darauf habe ich eine verbindliche Antwort gegeben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Willers: Und ich habe eine zweite Frage gestellt!)

(D)

(A) Die kann ich Ihnen aus dem Handgelenk nicht beantworten!

(Abg. Willers: Sie hatten eben nein gesagt, daraus habe ich geschlossen, daß Sie das wissen!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Willers, Herr Senator Brinkmann hat erklärt, daß er keine Antwort geben kann. Es besteht zwar ein mittelbarer, aber kein unmittelbarer Sachzusammenhang. In solchen Fällen ist es möglich, daß der Senator schriftlich die Antwort gibt.

Haben Sie eine Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Willers: Da etwas Konfusion zu herrschen scheint beim Senator, möchte ich das noch einmal klarstellen: Ich hatte gefragt, ob Herrn Senator Brinkmann bekannt ist, ob über bremisches Gebiet überhaupt Giftgas transportiert wird, darauf hat er nein gesagt.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Brinkmann: Ich habe doch darauf eine Antwort gegeben!

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Willers!

Abg. Willers: Ich habe dieses Nein so gewertet, daß nichts transportiert wird.

(B) **Präsident Dr. Klink:** Haben Sie eine Zusatzfrage? — Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die erste Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brinkmann.

Die zweite Anfrage betrifft **Schutzgelder von Lokalinhabern**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Fragesteller, seine Anfrage vorzutragen!

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Wir fragen den Senat:

Gibt es polizeiliche Erkenntnisse darüber, daß auch im Land Bremen sogenannte Schutzgelder von Lokalinhabern erpreßt und bei Nichtzahlung gegen die betreffenden Lokale Brandanschläge oder dergleichen verübt wurden?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Kahrs.

Senatsdirektor Dr. Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Nein, solche polizeilichen Erkenntnisse gibt es nicht. Zwar wurden im Januar und September 1981 von dem italienischen Inhaber einer Pizzeria in Bremen-Nord mit seinen drei Komplizen zwei Brandanschläge auf ein gleichartiges Lokal in Schwanewede verübt, dies geschah jedoch, um das Konkurrenzunternehmen auszuschalten, nicht aus den Gründen, die in der Anfrage anklingen.

(C) Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen einer niedersächsischen Sonderkommission führten in der Zwischenzeit zur Verurteilung der Täter wegen schwerer Brandstiftung und haben den Sachverhalt bestätigt, den ich nannte.

Im Zuge der Ermittlungen wurden von der Sonderkommission auch zehn Brandanschläge überprüft, die von 1978 bis 1981 auf Lokalitäten in Bremen-Nord verübt wurden. Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung konnten jedoch auch in diesem Zusammenhang nicht gewonnen werden.

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch, Zusatzfragen zu stellen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist auch die zweite Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senatsdirektor Dr. Kahrs.

Ich rufe die dritte Anfrage auf. Sie befaßt sich mit dem **Referat für Angelegenheiten des Drogenmißbrauchs**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Gisela Hüller, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Gisela Hüller (FDP): Wir fragen den Senat:

In welcher Form und welchem Umfang wird die Fortführung der Aufgaben des Referats für Angelegenheiten des Drogenmißbrauchs im Schulpsychologischen Dienst — gemäß den in der Bürgerschaftsdebatte vom 18. 2. 1982 gemachten Aussagen — von Ihnen, Herr Senator, gewährleistet? (D)

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator von Hassel.

Senator für Bildung v. Hassel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Durch die Erweiterung des Referats für Angelegenheiten des Drogenmißbrauchs auf insgesamt vier Planstellen zum 15. Juni 1983 ist die Fortführung der Arbeit — wie in der Bürgerschafts-Drucksache 10/711 beschrieben — in vollem Umfang gewährleistet.

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch, Zusatzfragen zu stellen? — Bitte sehr, Frau Abgeordnete Hüller!

Abg. Gisela Hüller (FDP): Herr Senator, ist auch darüber hinaus gewährleistet, daß bis zu diesem Zeitpunkt über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen diese Mitarbeiter, auch was die Personen dieser Mitarbeiter anbelangt, weiter beschäftigt werden können in Ihrem Haus?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator v. Hassel: Davon gehe ich aus!

(Abg. Gisela Hüller [FDP]: Vielen Dank!)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator von Hassel.

Die vierte Anfrage in der Fragestunde bezieht sich auf das **Sonderprogramm Zinsverbilligung**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Welke, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Welke, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Welke (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Umfang haben Eigenheimer von dem bis zum 30. Juni 1982 befristeten Angebot Gebrauch gemacht, öffentliche Altdarlehen bei Gewährung eines Bonus vorzeitig zurückzuzahlen?

Zweitens: Welcher Anteil ist davon bis heute zur Zinsverbilligung für Eigentumsmaßnahmen im Wohnungswesen vergeben worden?

Drittens: Hat Bremen inzwischen die bundesgesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten zur Zinserhöhung bei Altdarlehen ausgeschöpft, um mit diesen Mitteln die Baukonjunktur zu beleben?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Meyer.

Senator für das Bauwesen Meyer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(B) Zu eins: Die Eigentümer haben von dem bis zum 30. 6. 1982 befristeten Angebot in erheblichem Umfang Gebrauch gemacht. Es wurden an öffentlichen Baudarlehen aus Mitteln des Landes sowie der beiden Stadtgemeinden insgesamt rund 20,7 Millionen DM über die in der Finanzplanung eingesetzten Beträge hinaus vorzeitig zurückgezahlt.

Zu zwei: Von den rund 20,7 Millionen DM sind 18 Millionen DM für das „Sonderprogramm 1982/83 — Eigentumsmaßnahmen — zur Aktivierung der Baukonjunktur im Land Bremen“ durch Senatsbeschluß vom 15. März 1982 gebunden. Von diesen für die Zinsverbilligung von Eigentumsmaßnahmen gebundenen Mitteln sind 5,1 Millionen DM vergeben worden. Weitere Anträge auf Förderungsmittel liegen in Höhe von 2,5 Millionen DM vor. Zusammen sind damit zur Zeit 7,6 Millionen DM gebunden, das sind 42 Prozent des Sonderprogramms.

Darüber hinaus liegt aufgrund formloser Anträge eine Nachfrage nach Förderungsmitteln in Höhe von 7,5 Millionen DM vor, bei denen aber im Augenblick noch nicht alle Förderungsvoraussetzungen gegeben sind, zum Beispiel die Bauerlaubnis. Es besteht daher aus heutiger Sicht kein Zweifel, daß das Programm — wie vorgesehen — im Jahr 1983 abgewickelt wird.

Zu drei: Das Land Bremen hat die bundesgesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten zur Zinserhöhung bei Altdarlehen ausgeschöpft. Zu diesem Zweck wurde die „Verordnung über die höhere Verzinsung öffentlicher Darlehen und über die Herabsetzung von Zins- und Tilgungshilfen sowie Aufwendungs-

hilfen bei mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen“ — so der komplizierte Titel — vom 16. August 1982 erlassen, nachdem die für Bremen noch erforderliche bundesgesetzliche Ermächtigung zur Kürzung der Zins- und Tilgungshilfe sowie Aufwendungshilfe durch die Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes vom 21. Juli 1982 beschlossen worden war. — Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Welke!

Abg. Welke (FDP): Herr Senator, es war ja Sinn dieser Maßnahme, möglichst schnell die Baukonjunktur im Land Bremen zu beleben. Worauf führen Sie es zurück, daß von den 18 Millionen DM, die zur Verfügung stehen, erst 5,1 Millionen DM bis heute in Anspruch genommen worden sind?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Herr Abgeordneter Welke, ich führe dies insbesondere darauf zurück, daß wir bei den Anträgen, die beschieden werden, verlangen, daß eine durchgängige Finanzierungsplanung auf den Tisch gelegt wird, vor allen Dingen, daß eine Baugenehmigung auf den Tisch gelegt wird, weil wir verhindern wollen, daß zum Beispiel Baugesellschaften sich präventiv große Kontingente reservieren

(Beifall bei der SPD)

und nachher doch nicht bauen. Deswegen muß man deutlich unterscheiden zwischen Antragsbewilligung und formlosem Antragsvolumen, das neben diesen Anträgen, die förmlichen laufen, besteht.

Wenn man dazu die von mir hier zitierten 7,5 Millionen DM addiert, dann liegen wir, glaube ich, bei einem sehr hohen Prozentsatz innerhalb dieses Programms, so daß wir aus unserer Sicht keinen Zweifel haben, daß die gesamten 18 Millionen DM zur Belebung der Baukonjunktur im Eigentumsbereich vom Wohnungsbau abgerufen werden.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Welke!

Abg. Welke (FDP): Herr Senator, halten Sie es für erforderlich, daß man zu gegebener Zeit, wenn man also genauer sehen kann, in welchem Umfang das beansprucht worden ist, noch einmal darüber nachdenkt, die Einkommensgrenzen hier anzuhäufeln?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Dies ist natürlich ein Thema, über das man sehr lange diskutieren kann. Nur waren wir davon ausgegangen, daß wir auf der einen Seite hier in Bremen mit dieser besonderen Anstrengung, die wir unternehmen, die Baukonjunktur beleben möchten, auf der anderen Seite aber auch nicht Gefahr laufen wollen, bloße Mitnahmeeffekte zu erzeugen, das heißt also, Bürgern

(C)

(D)

(A) Geld zu geben, die ohnehin bauen würden. Deswegen besteht die Fixierung der Einkommensgrenzen beim Paragraphen 25 Zweites Wohnungsbau-gesetz plus 40 Prozent.

Aus der heutigen Sicht, das haben, glaube ich, die Zahlen dargestellt, können wir sagen, daß auch mit diesen Einkommensgrenzen das Programm voll laufen wird, und deswegen halte ich aus gegenwärtiger Sicht die Einkommensgrenzen für richtig angesetzt, weil wir damit den Menschen zu einer besseren Wohnungsversorgung verhelfen können, die in ihrem Einkommen innerhalb dieser von mir eben zitierten Einkommensgrenzen sind, und gleichzeitig die Baukonjunktur unterstützen.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Welke!

Abg. **Welke** (FDP): Herr Senator, wie viele Wohneinheiten sind denn aufgrund dieses Programms nun konkret schon in Angriff genommen worden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Dies läßt sich natürlich relativ schlecht darstellen, Herr Abgeordneter Welke. Wir gehen davon aus — auch dies ist eine Grobschätzung —, daß, wenn die 18 Millionen DM des Gesamtprogramms voll eingesetzt sind, wir etwa 1 000 Wohneinheiten damit zusätzlich auf den Wohnungsmarkt bringen zur Anreizung der Baukonjunktur. Wenn Sie jetzt davon zurückrechnen, daß etwa 50 Prozent der Mittel — 42 Prozent, ganz genau gesagt — gebunden sind, können Sie sich leicht ausrechnen, daß dies etwa 420 zusätzliche Wohneinheiten sein müßten.

(B)

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Welke!

Abg. **Welke** (FDP): Ob aber tatsächlich schon etwas angefangen worden ist, davon wissen Sie nichts?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Wir gehen davon aus, daß diese Wohneinheiten im Bau sind, weil diese Gelder erstens bewilligt sind und zweitens zum großen Teil auch schon abgerufen worden sind, zumindest die Anfangsgelder, weil ja die Finanzierung insgesamt über fünf Jahre läuft.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die vierte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Meyer.

Ich rufe die fünfte Anfrage auf. Sie trägt die Überschrift „Anzeigen gegen Polizeibeamte“ und ist unterzeichnet von den Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten von Schönfeldt, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **v. Schönfeldt** (FDP): Wir fragen den Senat: (C)
Wie viele einzelne Bürger haben Anzeige oder Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Polizeibeamte im Zusammenhang mit den Vorfällen am 6. Mai 1980 erhoben?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Kahrs.

Senatsdirektor Dr. Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Ein Bremer Anwaltsbüro erstattete mit Schreiben vom 19. 5. 1980 im Auftrag eines Mandanten Strafanzeige gegen unbekannte Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt.

Das gleiche Anwaltsbüro erhob mit Schreiben vom 11. 7. 1980 im Auftrag von vier Mandanten — von denen einer mit der obengenannten Strafanzeigerstattung identisch ist — Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Polizeipräsidenten und andere leitende Polizeibeamte. Da diese Dienstaufsichtsbeschwerde in ihrem Text ebenfalls behauptete Straftatbestände erkennen ließ, leitete das Stadt- und Polizeiamt diese Dienstaufsichtsbeschwerde von sich aus ebenfalls der Staatsanwaltschaft zu, die daraufhin drei Ermittlungsverfahren einleitete.

Neben diesen vier genannten Fällen wurden von vier weiteren Einzelpersonen Strafanzeigen gegen unbekannte Polizeibeamte erstattet.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? (D)

(Abg. **v. Schönfeldt** [FDP]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch diese Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senatsdirektor Dr. Kahrs.

Die sechste Anfrage hat die **Gründung freier Sportgruppen durch den AstA der Universität Bremen** zum Gegenstand. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Dr. Schulte, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Dr. Schulte, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Wir fragen den Senat: Wie vereinbart der Senat die Gründung von freien Sportgruppen durch den AstA der Universität Bremen mit der bisher vertretenen Konzeption des Hochschulsports, wonach Kontakte zwischen Universitätsangehörigen und der Bevölkerung entstehen sollen?

Ist sichergestellt, daß diese Gründung keine Behinderung des Vereinssports auf den Sportanlagen der Universität bedeutet?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

(A) **Senator für Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat antworte ich wie folgt:

Die vom AStA der Universität Bremen für Studenten organisierten Sportgruppen dürfen lediglich freie Kapazitäten im Sportzentrum der Universität in Anspruch nehmen. Dagegen hat der Hochschulsport, der unter anderem der Kontaktpflege zwischen Universitätsangehörigen und der Bevölkerung dienen soll, Vorrang, auch gegenüber dem AStA-Sport und wird — dementsprechend — durch diesen in keiner Weise eingeschränkt.

Überdies hat der Senator für Wissenschaft und Kunst die Universität Bremen zusätzlich mit Schreiben vom 15. September 1982 noch besonders aufgefordert, auf jeden Fall sicherzustellen, daß eine — sowieso nur vorläufige — Durchführung des AStA-Sports nicht zu Lasten der Vereine geht.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Dr. Schulte!

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Senator, sehen Sie auch dann keine Beeinträchtigung dieses Hochschulsports, wenn Sie die Formulierung des AStA in dem Prospekt des Hochschulsports wie folgt zur Kenntnis nehmen: „In der Vergangenheit hat die stagnierende Mittelzuweisung durch die senatorischen Behörden die dringend notwendig gewordene Ausweitung des Hochschulsports verhindert, obwohl gleichzeitig aufgrund der erlassenen Gebührenordnung für den Hochschulsport mehr und mehr Geld in die Kassen des Senats floß. Dieser Umstand und das bürokratische Anmeldeverfahren zum Hochschulsport haben dazu geführt, daß viele Studenten keine Kurskarten erhielten und somit vom Hochschulsport ausgeschlossen waren.“? Sehen Sie nicht die Befürchtung, Herr Senator, daß doch hier eine Konkurrenzsituation entsteht, die zu Lasten des Hochschulsports gehen könnte?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Die Studentenschaft hat nach dem Bremischen Hochschulgesetz — neben den kulturellen Angelegenheiten, die die Studentenschaft zu betreuen und zu fördern hat — auch die Aufgabe, sportliche Interessen der Studenten zu unterstützen. Das muß nicht nur im Hochschulsport geschehen, das kann auch in Sportgruppen geschehen, die ausschließlich für Studenten gedacht sind, denn Sie wissen ja, daß in diese Veranstaltungen keine Nichtstudenten hinein dürfen.

Das kann da geschehen, nur muß zwischen beiden natürlich ein ausbalanciertes Verhältnis hergestellt werden. Wir haben, weil wir auch Probleme beim Hochschulsport sehen, dem AStA für die Durchführung dieser freien Sportgruppe nur eine befristete Genehmigung erteilt. Wir sind der Meinung, die befristete Genehmigung soll so lange — hoffentlich nicht zu lange — gelten, wie über eine Neuordnung für den Hochschulsport nachgedacht

wird. Diese Neuordnungsüberlegungen müssen auch ein besseres Angebot für die Studenten machen. (C)

Wenn diese Neuordnung des Hochschulsports, die im Augenblick in der Universität entwickelt wird, vorgelegt wird, werden wir zu prüfen haben, wie sich freie Studentensportgruppen und der integrative Hochschulsport zueinander verhalten. Dann wird erneut über solch einen Genehmigungsantrag zu entscheiden sein.

Bis dahin muß sichergestellt sein, daß diese freien Studentengruppen nicht Vereine und den Hochschulsport behindern und zurückdrängen, und das ist sichergestellt.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die sechste Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke.

(Beifall bei der SPD)

Die siebte und damit letzte Anfrage der Fragestunde betrifft den **Vollzug der Asylverfahren**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kauffmann, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Kauffmann, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Kauffmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um zu verhindern, daß abzuschiebende Ausländer und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber sich vermehrt durch unangemeldetes Wohnen beziehungsweise häufigen Wohnortwechsel einer Festnahme zum Zwecke der Abschiebung entziehen? (D)

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Kahrs.

Senatsdirektor Dr. Kahrs: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Im Jahr 1982 sind mit dem Stand vom 1. Oktober 1982 im Land Bremen 277 Asylverfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen worden. Bei 20 von diesen 277 Fällen ist der Ausländerbehörde nicht bekannt, ob diese Personen ausgeweisungsfähig sind. In diesen 20 Fällen sind die Grenzübertrittspapiere, welche den Ausländern nach Unanfechtbarkeit der Ausreisungsverfügung ausgehändigt wurden, nicht zurückgeliefert worden.

Dies kann zwei Gründe haben: Entweder ist der Ausländer nicht ausgeweisungsfähig, oder aber er ist ausgeweisungsfähig und hat die Grenzübertrittspapiere der Grenzkontrollstelle nicht abgegeben.

Dieses Verfahren, welches für die freiwillige Ausreise gilt, ist bundeseinheitlich und auch grundrechtlich kaum zu ändern, bietet aber, wie sich aus der geringen Zahl ergibt, nur wenig Anreiz zur Illegalität. Vielmehr ist anzunehmen, daß in der Mehrzahl dieser Fälle die Abgabe der Grenzübertrittspapiere unterbleibt.

(A) In denen von der Anfrage genannten Fällen, welche nicht Asylbewerber betreffen, sondern Ausländer, denen die Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt beziehungsweise nicht verlängert wurde und die deshalb zur Ausreise zunächst kraft Gesetzes und hiernach durch Verfügung im Einzelfall verpflichtet sind, gibt es bundeseinheitlich noch keine Statistik, sondern bloße Erfahrungswerte. Diese widersprechen jedoch nicht den Erfahrungswerten, welche bei der Ausreise von Asylbewerbern gewonnen werden, so daß von einem bedeutsamen Untertauchen von Ausländern in die Illegalität auch hier nicht gesprochen werden kann.

Für beide Gruppen von Ausländern gilt: Der illegale Aufenthalt eines Ausländers stellt einen Verstoß gegen das Ausländergesetz beziehungsweise das Asylverfahrensgesetz dar und wird als Straftat, als Vergehen, verfolgt.

In allen Fällen, in denen die Grenzübertrittsbescheinigung nicht an die Ausländerbehörde zurückgeht, wird der Ausländer zur Fahndung ausgeschrieben. Diese allgemeine Fahndungsausschreibung wird unterstützt durch Kontrollen an Orten, an denen illegale Ausländer sich erfahrungsgemäß aufhalten.

Daneben werden in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Firmen, die Ausländer beschäftigen, daraufhin überprüft, ob Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis illegal beschäftigt werden. Bei 60 Kontrollaktionen dieser Art innerhalb des Jahres 1982 konnten nur drei Ausländer, die sich der Abschiebung entzogen hatten, festgestellt werden. Auch die Schutzpolizei ist angewiesen worden, verstärkt Ausländer zu kontrollieren.

(B) Sozialhilfe wird für illegale Ausländer und Asylbewerber nicht gezahlt.

Die Tatsache, daß im Land Bremen lediglich der Verbleib von 20 negativ beschiedenen Asylbewerbern nicht eindeutig nachzuweisen ist und daß die zahlreich durchgeführten Kontrollen lediglich dazu führten, daß drei Ausländer festgestellt wurden, die ausgewiesen waren, zeigt, daß die Annahme, Ausländer und Asylbewerber würden vermehrt durch unangemeldetes Wohnen beziehungsweise häufigen Wohnungswechsel sich ihrer Abschiebung entziehen, nicht gerechtfertigt ist.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. K a u f f m a n n [CDU]: Zur Zeit nicht!
Ich bedanke mich!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die letzte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senatsdirektor Dr. Kahrs für die erteilten Auskünfte.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

(C)

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen und der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Gesetz zur Änderung und Ergänzung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 11. Oktober 1982
(Drucksache 10/911)

1. Lesung

2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL *): Meine Damen und Herren! Auf den ersten Blick erschien dies ein Gesetz, das sozusagen ohne Probleme und ohne Debatte über die Bühne gehen könnte. So hatten wir auch unseren ersten Blick darauf geworfen. Auf den zweiten Blick sieht das anders aus, und deswegen möchte ich kurz unser Abstimmungsverhalten erklären.

Hier werden dienstrechtliche Vorschriften geändert in einer etwas komplizierten Form, Zusatzrentenberechtigte und Ruhegeldempfänger in ihren Ansprüchen betroffen und, eine eigentlich alltägliche Geschichte, die Frage geregelt, ob Beamte ein Konto einrichten müssen, um dort ihr Gehalt darauf zu empfangen, und ob sie dafür eine Gegenleistung bekommen.

Zu dem ersten Punkt hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, wie der Drucksache in Anlage angefügt, eine Stellungnahme abgegeben. Sie verdient es, im Auszug zitiert zu werden, weil sie deutlich macht, was nicht nur im Bundesbereich, sondern auch im Lande Bremen politisch, finanziell stattfindet. Ich zitiere: „Dabei sind uns“ — also der DAG — „zwei wesentliche und für uns unabdingbare Punkte aufgefallen. Erstens: In dem Entwurf dieses Gesetzes fehlt eine Besitzstandswahrung. Zweitens: Die DAG sieht in diesem Gesetzentwurf eine soziale Demonstration.“

Zu dem zweiten Punkt haben der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Beamtenbund Stellungnahmen eingereicht, die auch ablehnend sind. Bemerkenswert ist dabei die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Hier heißt es auszugsweise: „Der einzelne Beschäftigte kann, wenn er es wünscht, auch Barauszahlung verlangen.“ Dies ist also eine Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Meine Damen und Herren, wer sich erinnert, daß die IG Metall einem Mitglied die Bareinzahlung seiner Gewerkschaftsbeiträge verweigert und dafür sogar in Kauf genommen hat, daß dieses Mitglied dann aus der Gewerkschaft austritt, wenn es eben sich weigert, seinen Beitrag auf ein

(D)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Konto einzuzahlen, der wird doch diese Stellungnahme als etwas widersprüchlich empfinden.

Für uns ist an diesem Ganzen eigentlich nur das Verfahren bemerkenswert, daß es nicht möglich ist, die Beteiligten selbst in einer Frage von solchen Kleinigkeiten zu einer Haltung zu bekommen, mit der alle sozusagen gemeinsam überleben können, sondern daß hier die Auffassungen sich in einer solchen krassen Form gegenüberstehen.

Im übrigen, meine ich, steht es dem Landtag gut an, mit diesem Gesetz nicht ein solches Verfahren zu praktizieren, nämlich wiederum zwei Lesungen an einem Tag, obwohl das in unserer Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist, denn es sollte zwischen den Lesungen immer eine Beratungspause sein.

Als weiteren Punkt möchte ich noch anmerken, im Artikel drei steht, daß ein Teil des Gesetzes sogar mit Wirkung vom 1. Dezember 1981, also zu einem Zeitpunkt, der fast ein Jahr zurückliegt, in Kraft treten soll. Nun gut, das ist das Datum, an dem die Zuschüsse für diese Kontoeinrichtung weggefallen sind. Aber was ist das denn für ein Gebaren, ein Gesetz rückwirkend in Kraft zu setzen, ein Jahr rückwirkend, um sozusagen nachträglich das zu legitimieren, was man vor einem Jahr rein finanziell beschlossen hat, nämlich daß diese Zuschüsse weggefallen! Dafür sollte uns doch das Gesetzgebungsverfahren zu schade sein.

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

(B)

Abg. Anneliese Leinemann (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Adamietz, Sie haben insoweit recht, daß Sparmaßnahmen auf den öffentlichen Dienst zukommen, die nicht überall auf ein positives Echo stoßen. Das ist klar. Überall da, wo eingespart werden muß, sagt jeder erst einmal nein, und somit ist die Stellungnahme der Gewerkschaften legitim. Ich würde mich als Gewerkschafter nicht anders verhalten.

Dennoch sind die Ausgaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ungleich höher gestiegen als in anderen Bereichen, deshalb muß im öffentlichen Dienst eingespart werden. Nach Gesprächen, die die SPD-Fraktion mit Personalräten geführt hat, schon seit langer Zeit und immer wieder, sind diese Maßnahmen, die hier als Einsparung vorgenommen werden, auf gar keinen Widerstand gestoßen, sondern diese Maßnahmen haben alle akzeptiert, und es wurde eingesehen, daß so verfahren werden müsse. Eine DM pro Monat als Kontoführungsgebühr sind ja auch wirklich nichts Erschütterndes.

Ich persönlich würde mir wünschen, wir könnten hier nur positive Dinge verkaufen und könnten jedem Beschäftigten im öffentlichen Dienst sagen, wir geben euch noch zusätzliche Mittel. Aber das ist zu dieser Zeit nicht möglich, wenn wir zugleich den Arbeitnehmern in der freien Wirtschaft helfen wollen mit finanziellen Mitteln, die wir hier gemeinsam beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Darum bitte ich ganz herzlich darum, daß wir diese erste und zweite Lesung heute so durchführen! (C)

Im übrigen gibt es auch keinerlei Aufregung mehr, weil diese Maßnahme praktisch, wie Sie selbst eben gesagt haben, seit einem Jahr schon vollzogen wird. Diese Maßnahme hat aber auch nirgendwo zu Demonstrationen oder Aufregung geführt. — Schönen Dank!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung und Ergänzung dienstrechtlicher Vorschriften in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Da der Senat um dringliche Behandlung der Vorlage und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat, lasse ich darüber abstimmen, ob unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung eingetreten werden soll. (D)

Wer dafür ist, daß wir unmittelbar nach der ersten Lesung in die zweite Lesung eintreten, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung und Ergänzung dienstrechtlicher Vorschriften in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL und Abg. Willers)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(A) **Vierter Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 1982**
(Drucksache 10/800)

Wir verbinden hiermit:

Stellungnahme des Senats zum vierten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 26. Juli 1982
(Drucksache 10/857)

und

Bericht des Datenschutzausschusses zum vierten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 1982 (Drs. 10/800) und zur Stellungnahme des Senats vom 26. Juli 1982 (Drs. 10/857) vom 6. September 1982
(Drucksache 10/891)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Czichon, ihm beigeordnet die Herren Senatsrat Heise und Schepp. Ich begrüße insbesondere den Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Schepp, und seinen Stellvertreter, Herrn Alfred Büllesbach.

(Beifall)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat der Abgeordnete Kröning.

(B) **Abg. Kröning (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vierte Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, den die Bürgerschaft heute zusammen mit der Stellungnahme des Senats und dem Bericht des Datenschutzausschusses pünktlich debattiert und der den Berichtszeitraum 1981 umfaßt, erlaubt eine Bilanz von vier Jahren des am 1. Januar 1978 in Kraft getretenen Bremischen Datenschutzgesetzes. Diese Bilanz zu ziehen scheint mir auch geboten, da der nächste Jahresbericht erst im Frühjahr 1983 vorliegen wird und mit den Äußerungen des Senats und des Ausschusses wohl kaum vor Ende dieser Legislaturperiode behandelt werden kann.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Der Datenschutzausschuß hat den Ihnen vorliegenden Bericht einstimmig beschlossen. An der Spitze steht die Feststellung, daß sich das allgemeine und das besondere Datenschutzrecht in Bremen auf einem hohen Niveau befinden und entwickeln. Wenn man die ersten Berichte des Landesbeauftragten und die ersten Debatten in der Bürgerschaft nachliest, wird klar, wieviel in den zurückliegenden Jahren geleistet worden ist und bald erreicht sein wird.

Die Novelle zum Bremischen Datenschutzgesetz, das neue Verfassungsschutzgesetz, das neue Meldegesetz, das letzte Woche in Kraft getreten ist, und die demnächst anstehenden Entwürfe eines Statistikgesetzes und eines Polizeigesetzes sind die wichtigsten Posten. Auch wenn diese Gesetze mit unter-

(C) schiedlich großen Mehrheiten von der Bürgerschaft verabschiedet worden sind, darf doch gesagt werden, daß zu dieser Bilanz alle Fraktionen beigetragen haben.

Professor Ernst Friesenhahn würdigt, um ein Beispiel herauszugreifen, das Bremische Verfassungsschutzgesetz in der vom Bundesminister des Innern herausgegebenen Schrift „Verfassungsschutz und Rechtsstaat“ als die bisher eingehendste Regelung von Aufgaben, Befugnissen und Voraussetzungen ihrer Anwendung, von Entwicklung eines zeitgemäßen bereichsspezifischen Datenschutzes und Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle.

Doch jedem seiner Kontrollaufgabe bewußten Parlamentarier ist klar, daß gute Gesetze nicht ausreichen, sondern ebenso wichtig eine gute Verwaltungspraxis ist. Deshalb ist in den letzten Jahren zäh und erfolgreich an den notwendigen untergesetzlichen Regelungen gearbeitet worden. Als Hauptbeispiele sind die Anmeldungen zum Dateienregister und die Dateienveröffentlichungen im Amtsblatt zu nennen, die meine Fraktion vor zwei Jahren noch einmal angemahnt hatte. Sie sind im wesentlichen abgeschlossen und bilden eine wichtige Grundlage für die Kontroll- und Beratungstätigkeit des Landesbeauftragten und für das Vertrauen von Parlament und Öffentlichkeit in die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben durch die Verwaltung. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, daß die ADV-mäßige Erschließung der Register und Veröffentlichungen vom Rechenzentrum der bremischen Verwaltung unterstützt worden ist und inzwischen auch im Haushalt gesichert ist. (D)

Doch die wirkliche Qualität der Verwaltungspraxis auf dem Gebiet des Datenschutzes bemißt sich nach den Ergebnissen der Tätigkeit des Landesbeauftragten selbst. Drei Belege möchte ich dafür anführen, daß diese Qualität als gut bezeichnet werden darf.

Erstens: Der Landesbeauftragte weist in seinem Bericht darauf hin, „daß in Bremen der Datenschutz von allen relevanten politischen Kräften gestützt wird und von einer bewußten Behinderung oder Abqualifizierung des Landesbeauftragten nicht die Rede sein kann“. Er fährt fort: „Der Senat nutzt seine Stellungnahme zum Bericht des Landesbeauftragten nicht in erster Linie dazu, um Gegenpositionen aufzubauen, sondern seine aus dem Bericht gezogenen Konsequenzen zu schildern.“

Zweitens: Der Datenschutzausschuß hat den Jahresbericht und die Stellungnahme des Senats kritisch durchgesehen. Die Kürze des Berichts in Drucksache 10/891 darf nicht mit Flüchtigkeit verwechselt werden. Bedenken, die erledigt sind, und Differenzen, die ausgeräumt sind, brauchen wir nicht mehr aufzuzählen. Was anzumerken ist und was Unterstützung oder Bekräftigung von seiten des Ausschusses erfordert, sind wenige Punkte. Sie finden sich unter Nummer drei des Berichts, und wir bitten vor allem die verantwortlichen Senatoren und Deputationsprecher, diese Punkte im Auge zu behalten.

(A) Drittens: Mit Aufmerksamkeit lesen wir in der Stellungnahme des Senats, wie schon beim vorigen Mal, daß gemessen an dem Umfang der Geltendmachung von Betroffenenrechten „die Verwaltung insgesamt datenschutzrechtliche Anforderungen in ihr Handeln einbezieht und sachgemäß mit personenbezogenen Daten umgeht“. Ich möchte an dieser Stelle die gerade in der Einführungs- und Konsolidierungsphase des Datenschutzes schwierige Arbeit der Datenschutzbeauftragten in den senatorischen Behörden und den nachgeordneten Ämtern hervorheben. Im Namen des Ausschusses danke ich ihnen für ihre Gewissenhaftigkeit und ihr Engagement.

(Beifall bei SPD und FDP)

Nach Mitteilung aller Ressorts und des Magistrats sind auch bei der Umsetzung der Novelle von 1981, die ja die Rechte der Betroffenen erheblich gestärkt hat, keine Probleme aufgetreten. Allerdings ist zu erkennen, daß die Realisierung der erforderlichen technischen und organisatorischen Datensicherung auf haushaltmäßige Grenzen stößt und erst mittelfristig durchzusetzen ist. Hier müssen wir die Datenschutzbeauftragten der Behörden, die Ressorts und die zuständigen Deputationen bitten, nicht locker zu lassen in dem Bemühen, die nötigen Investitionen rechtzeitig vorzusehen.

(B) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich stehe nicht an zu sagen, daß der Datenschutz in Bremen in vielen Bereichen so in Ordnung ist, daß wir ihn hier getrost der Aufmerksamkeit des Landesbeauftragten und des Datenschutzausschusses überlassen können. Das Parlament sollte seinen Blick auf drei Bereiche landespolitischer Verantwortung konzentrieren, die noch zu wünschen übrig lassen.

Erstens: Während in den besonders sensiblen Bereichen der Innen- und der Sozialverwaltung für das Recht und die Praxis des Datenschutzes sehr viel getan worden ist und die Defizite hier fast nur noch in der Datensicherung liegen, liegt der Bereich Forschung im weitesten Sinne und unabhängig von der Ressortierung noch zurück. Wir begrüßen es, daß Arbeiten an einer Regelung des Datenschutzes für wissenschaftliche und Forschungszwecke begonnen haben und daß Spezialregelungen für das Archivwesen und die Krebsforschung weit gediehen sind.

Ich räume ein, daß diese Regelungen auch überregional Bedeutung haben und daß Bremen sich hier nicht isolieren darf. Wir haben aber als Bundesland die Kompetenz, rechtliche Regelungen zu treffen, und sollten sie nutzen, soweit die Interessen unserer Bürger betroffen sind. Ich bitte im Namen des Ausschusses die Senatoren für Wissenschaft und Kunst und auch für Gesundheit und Umweltschutz, sich weiterhin dieser Aufgabe energisch zu widmen. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist, wie wir wissen, zur Unterstützung bereit und in der Lage.

Zweitens: Ein weiteres Feld, dessen datenschutzrechtliche und politische Bezüge bisher noch nicht genügend beachtet worden sind, ist die Ausweitung der Informationstechnologie auf neue Kommunika-

(C) tionsformen, vor allem die sogenannten neuen Medien. Der Landesbeauftragte hat schon in seinem dritten Bericht auf die Kommunikationsdienste Bildschirmtext, Videotext und Kabelfernsehen hingewiesen, die im öffentlichen und privaten Bereich nutzbar sind. Diese Ausführungen werden nachdrücklich unterstrichen durch ein Referat, das der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Fröhlich, auf einer Tagung der deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften zum Thema staatliche Gefahrenabwehr in der Industriegesellschaft gehalten hat. Er hat dort zu den Gefahren, die durch die neuen Kommunikationstechniken drohen, gesagt:

„Durch ein ausgebautes Breitband- und Glasfaserkabelnetz, das auch der Individualkommunikation offensteht, kann ein immer breiter werdender Datenfluß den Datenspeichern bei Behörden, Banken, Versicherungen, Warenhäusern und anderen Stellen zugeführt werden. Wenn dann die technische Möglichkeit ausgenutzt wird, die dezentralisierten Datenträger zusammenzuschließen und wenn zudem über einen Rückkanal feststellbar ist, welche Bildschirmtexte wir lesen und welche Fernsehprogramme wir empfangen, wird die Horrorvision vom ‚gläsernen Menschen‘ zur realen Gefahr.“ Man bemerke, daß dieses oft strapazierte Wort doch noch einmal von dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium in den Mund genommen wird! „Die Bundesregierung“, so fährt er fort, „hat deshalb auch in ihren Beschlüssen zur Medienpolitik festgestellt, und ich möchte das hier einmal dringlich bekräftigen: Eine unverzichtbare Voraussetzung der geschäftlichen und der Individualkommunikation im Bereich der neuen Medien ist der Datenschutz.“

(Beifall bei SPD und FDP)

(D) Meine Damen und Herren, dieser Stellungnahme können wir uns nur anschließen! Es zeigt sich, daß der vorgesehene Ausbau der Informationstechnologie nicht nur eine erhebliche wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung hat, sondern auch Auswirkungen hat auf die Prozesse der körperlichen und geistigen Arbeit, auf die Informations- und Kommunikationsbeziehungen von Groß- und Kleingruppen und damit auf vielfältige Äußerungen der Persönlichkeit.

Es ist zu hoffen, daß sich die neue Bundesregierung und auch der neue Bundesinnenminister bei dem geplanten großräumigen Ausbau der neuen Medien dieser Gefahr bewußt bleiben! Ich denke dabei nicht an Beschränkungen der technischen Entwicklung und wirtschaftlichen Nutzung, sondern an die politische Diskussion und rechtliche Bewältigung der Folgen.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an die Regierungserklärung von Herrn Bürgermeister Koschnick von vor drei Jahren, in der er nicht nur die Politik, sondern auch die Wissenschaft aufgefordert hat, bessere Kontrollregelungen zu entwickeln, und begrüßen in diesem Sinne die kürzliche Errich-

- (A) tung und Besetzung eines Lehrstuhls für Informationsrecht an der Universität Bremen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Fluß [SPD]:
Gibt es denn inzwischen Lehrstühle an der
Uni Bremen, Herr Kröning?)

Professor Steinmüller ist der Inhaber dieses Lehrstuhls, falls er Ihnen bekannt ist!

(Zuruf)

Arbeitsbereich! Wir hoffen, daß es ein produktiver Arbeitsbereich werden wird!

Meine Damen und Herren, von hier können Impulse für ein künftiges Landesmediengesetz ausgehen, und ich meine, wir sind aufgefordert, uns dieser Aufgabe rechtzeitig zu stellen!

Drittens und letztens: Der Datenschutzbeauftragte wird in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde auch im privaten Bereich tätig, und zwar bei der Datenverarbeitung nichtöffentlicher Stellen für eigene und für fremde Zwecke, zum Beispiel in Betrieben, Krankenhäusern, Bausparkassen, Versicherungen, Verbänden der Sozial- und Gesundheitsfürsorge, Auskunfteien, Meinungsforschungsinstituten und DV-Dienstleistungsbetrieben. Es ist nicht die Aufgabe des Ausschusses, zu diesem nichtöffentlichen Bereich Stellung zu nehmen, aber uns als Parlament ist es nicht verwehrt, dazu etwas zu sagen. Ich nehme deshalb die Feststellung des Landesbeauftragten in dem vierten Jahresbericht ernst, daß seine bisherige Prüfungstätigkeit bei den 87 meldepflichtigen Firmen im Lande Bremen nicht den Richtlinien zur Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes entspricht, weil der dort vorgesehene Prüfungsrhythmus von mindestens fünf Jahren nicht eingehalten werden kann.

(B)

Generell meine ich, der private Bereich kann sich inzwischen am Datenschutz im öffentlichen Bereich ein Beispiel nehmen. Das Interesse am Schutz der Persönlichkeitsrechte sollte sich nicht nur auf das Verhältnis Bürger — Staat konzentrieren, sondern verstärkt auch auf das Verhältnis Bürger — Wirtschaft. Darauf möchte ich besonders die kritische Öffentlichkeit lenken. Der Landesbeauftragte sollte sehen, wenn ich das sagen darf, Herr Schepp, daß er mittelfristig seine Aktivitäten ein wenig auf diesen Bereich verlagern kann. Wir wissen, was das im Hinblick auf die technische und personelle Ausstattung Ihrer Dienststelle heißt, und wir bleiben, wie auch in der zurückliegenden Zeit, nach Kräften darum bemüht, die Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz funktionsfähig zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Der Datenschutzausschuß wird sich darüber hinaus in seiner nächsten Sitzung in zwei Wochen im Zusammenhang mit der Unterrichtung über Ziele und Vorschläge der Novellierung des Bundesgesetzes auch mit dem Sprecher der betrieblichen Datenschutzbeauftragten treffen und sich mit ihm sowohl über die Probleme in ihrem Aufgabenbereich als

- auch über ihre Stellung gegenüber Betriebsleitung und Betriebsrat unterhalten. (C)

Ich darf die Bilanz zusammenfassen! Der Datenschutz in Bremen steht im Bund-Länder-Vergleich gut da. Er ist ohne Übereifer und mit Fleiß, unbürokratisch und ohne die Effektivität der Verwaltung zu beeinträchtigen zu einem Beispiel für freiheitliche Rechts- und Innenpolitik in unserem Lande geworden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Was die Bürgerschaft und der Senat, seine Mitarbeiter und nicht zuletzt der Landesbeauftragte hier investiert haben, hat sich gelohnt und soll sich weiter für den Bürger auszahlen. Wir danken dafür und wünschen dem Landesbeauftragten für den Datenschutz besonders im nächsten Jahr, in dem er den Vorsitz unter seinen Kollegen aus Bund und Ländern führt, weiterhin Erfolg und Anerkennung!

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stieringer.

Abg. Karin **Stieringer** (CDU): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich finde es gut, daß trotz der augenfälligen Übereinstimmung vom Bericht des Datenschutzbeauftragten, von der Senatsmitteilung und der Stellungnahme des Datenschutzausschusses interfraktionell eine Aussprache ermöglicht worden ist, denn, wie Herr Kröning unlängst bemerkte, man kann Datenschutz auch totschweigen, und das wäre gefährlich. Während Kollege Kröning sozusagen die große Linie aufgezeigt hat, möchte ich Anmerkungen über einzelne Teile unserer Arbeit machen. (D)

Herr Schepp hat wie schon früher in seinem Bericht gefordert, daß die Sachbearbeiter, die im Rahmen des Sozialgesetzbuchs tätig sind, Richtlinien und Vorschriften haben müßten, die ihnen die Arbeit erleichtern. Der Senat hat geantwortet, daß er warte, bis der Bund eine derartige Initiative ergreife. Die CDU-Fraktion möchte die Anregung von Herrn Schepp aufgreifen und nicht jeden Sachbearbeiter erst durch Schaden klug werden lassen, so hat es Herr Schepp ausgedrückt. Jeder Fehler im Datenschutzbereich kann den Bürger treffen, und Richtlinien sind kostensparend, weil sie zeitsparend sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal ausdrücklich Ihre Aufmerksamkeit auf das Problem der Überweisungen von Sozialhilfe an die Empfänger richten, das uns doch recht brennend erscheint. Sie wissen, daß der Sozialhilfeempfänger zu bestimmten Geschäftsstellen der Sparkasse hingehen kann, seinen Berechtigungsschein vorlegt und Geld bekommt. Das ist schon deshalb problematisch, weil dadurch ein größerer Kreis erfährt, daß man Sozialhilfeempfänger ist. Wir haben oft an dieser Stelle gesagt, zum Beispiel wenn wir über die Finanzierung des Frauenhauses diskutieren, So-

(A) zialhilfe ist für uns nichts Anrühiges, nichts, was einen irgendwie abstempelt. Aber es geht weiter.

Wenn Sie in großer Not sind und spontan vom Sozialamt Geld bewilligt bekommen, was richtig ist und von uns gebilligt wird, in einer Höhe bis zu hundert Mark, dann bekommen Sie einen besonderen Schein mit einem Aufdruck „sofort“. Dann gehen Sie wieder in bestimmte Geschäftsstellen. Wir haben die Befürchtung, daß mit zunehmender Zahl der Sozialhilfeempfänger so eine Art Armeleuteschalter eingerichtet werden könnte. Auch wenn das nicht geschieht und der Betreffende mit seinem Schein und dem Aufdruck „sofort“, was ihn ja eindeutig als sehr, sehr Notleidenden ausweist, sich in die Schlange der normalen Kunden einreihen kann, ist er zumindest in seinen Augen möglicherweise erkenntlich, und er befürchtet, er könnte nicht so seriös angesehen werden wie die anderen.

Wir haben mit der Befürchtung der Leute zu rechnen und uns nicht darüber hinwegzusetzen. Ich gebe zu, das Problem ist schwierig. Der Finanzsenator hat ausdrücklich in seinen Anweisungen an die Sozialbehörde darauf hingewiesen, wie leicht Fälschungen möglich sind.

(Abg. Fl u ß [SPD]: Der Rechnungshof auch!)

(B) Aber all das darf uns nicht dazu veranlassen, uns nicht wirklich Gedanken zu machen, ein entsprechendes Verfahren für den Bürger zu finden, daß er in seinen Rechten nicht verletzt wird.

Auf die Frage des Krebsregisters hat Herr Kröning eben schon zu Recht hingewiesen. Der Beauftragte hat grundsätzliche Bedenken gegen das Krebsregister, hat aber gesagt, wenn wir es einführen, dann muß ein Gesetz für den Datenschutz sorgen. Die CDU-Fraktion ist genau dieser Meinung, aber die Diskussion scheint mir ungewöhnlich emotional geführt worden zu sein, wie ich es selbst erleben mußte. Es wird immer wieder gesagt, und man verweist quer durch das Haus auf Widerstände aus der Ärzteschaft, wenn ihr ein Register eingerichtet, dann kommt das Behindertenregister dahinter, das nächste Register wird wieder ein Klasse von Menschen schaffen, und irgendwo geistert das Gespenst des Dritten Reiches über allem, das wollen wir nicht.

(Zuruf der Abg. Hede L ü t j e n [SPD])

Man fragt sich, wer profitiert eigentlich von der Anschaffung des Registers, und wer profitiert von der Verhinderung eines Registers, jedenfalls tut das der Bürger. Ich stelle mir vor, daß auch Kranke diese Diskussion miterleben. Mildred Scheel hat jetzt flammend ein Krebsregister gefordert, sie hat gesagt, nicht Datenschutz, Krebsregister ist das Wichtigste! Sehen Sie, andere sagen es wieder anders!

(Abg. Tepperwien [SPD]: Also, so hat sie das aber nicht gesagt!)

(C) Ich räume ein, daß ich es jetzt vielleicht etwas sehr spontan sage. Ich wollte nur darauf hinweisen.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Sie hat gesagt, man muß das miteinander in Verbindung bringen!)

Selbstverständlich soll man das in Verbindung bringen, aber Sie sehen doch, wie die Emotionen hier aufgerührt sind. Ich gebe ja auch, da diese Frage in unserer Fraktion, wahrscheinlich wie in Ihrer, noch nicht abschließend geklärt worden ist, keine Stellungnahme ab. Ich sage nur, der Bürger, der krebskrank ist oder bei dem eine Gefährdung vorliegt, der sagt doch, mein Gott, warum kommt ihr wirklich nicht zu Potte. Ihr könnt ja anonymisieren, ihr könnt den Datenschutz berücksichtigen, aber bitte, tut doch überhaupt irgend etwas und streitet euch nicht permanent in der Öffentlichkeit! Das finde ich nicht gut.

Völlig zu Recht ist schon gesagt worden, daß der Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich ein wirkliches Problem für uns darstellt. Hier wurden schon die Meinungsforscher erwähnt, und hier muß ich, um die Sensibilisierung auch unter uns etwas zu wecken, noch ein eigenes Erlebnis schildern. Als Politiker, befragt von einem wissenschaftlichen Institut über viele Stunden, hatte ich vorher zu genehmigen, daß ich damit einverstanden bin, daß es wissenschaftlich verwandt wird, und nun wurde ich befragt. Nach der ersten halben Stunde merkte ich, daß das Ganze ausschließlich auf die Organisation der Sozialdemokratischen Partei zugeschnitten worden war, denn nur mühsam schaffte es die Interviewerin, vom Ortsverein wegzukommen, vom Unterbezirk, vom Landesvorstand, und ich wurde doch etwas verunsichert, hellhörig und wachsamer, denn was sie fragte, über Stunden hinweg — —.

(Zuruf des Abg. Tepperwien [SPD])

Herr Tepperwien, darf ich einmal eben weitersprechen? Danke schön!

Was sie über Stunden fragte, ließ durchaus am Schluß für denjenigen, der es mit Sachkenntnis überprüfte — und es haben ja nun viele diese Fragen bekommen —, das Bild meinerwegen eines Ortsvereinsvorsitzenden, des Landesvorsitzenden, des Fraktionsvorsitzenden plastisch erscheinen. Es war unwahrscheinlich geschickt gemacht. Man ging von ganz klein auf ganz groß. Wenn man fragt, wieviel Arbeitnehmer im Ortsverein sind, wie viele Arbeiter „der Faust“ und so weiter, und wenn gefragt wird, wie setzt sich der Vorsitzende für sie ein, formt all das natürlich, wenn das über Stunden detailliert gefragt wird, doch so eine Art gläsernen Politiker, und auch das ist noch nicht einmal das Ärgerliche. Ich stellte fest, daß ich zwar unterschrieben hatte, daß meine Antworten wissenschaftlich verwandt werden dürften, aber später erfuhr ich von anderen Meinungsbefragungen, daß diese Unterlagen an eine andere wissenschaftliche Institution weitergegeben werden können, also nicht nur

(A) derjenigen bekannt werden, die sich gemeldet hat. Das wurmte mich. Ich hatte doch etwas das Gefühl, wie man in Bremen sagt, „rinscheeten“!

Ich meine schon, man sollte sich gerade im Vorwahljahr für Bundestags- und Landtagswahlen nicht nur genau überlegen, wie und wem man die Interviews gibt, sondern man sollte auch beachten, bevor man sein Einverständnis erklärt, wie sie unter Umständen weiter verwandt werden. Das war mein Beitrag. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ehlers: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schröder.

Abg. **Schöder** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal den Dank aussprechen an den Datenschutzbeauftragten und seine Mitarbeiter!

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Kröning hat in eingehender Weise vorhin schon beschrieben, wie Ihre Arbeit im politischen Raum bewertet wird. Ich schließe mich dieser Meinung an und wünsche Ihnen das gleiche, was Herr Kröning Ihnen gewünscht hat, weiterhin viel Erfolg beim Schutz der Daten der Bürger dieser Städte!

(Beifall bei der FDP)

(B) Der Datenschutzbeauftragte gibt ein breites Spektrum an Informationen über Technologien der Datenverarbeitung, über neue Medien, über neue Institutionen. Dafür sei Ihnen auch Dank gesagt. Bemerkenswert ist aber auch, meine Damen und Herren, die enge Kooperation zwischen dem Datenschutzbeauftragten, den öffentlichen Behörden, aber auch der übrigen Öffentlichkeit, den Betrieben, den Datenschutzbeauftragten der Betriebe und so weiter. Ich darf das so verkürzt sagen, Herr Kröning hat es auch schon ausgeführt.

Der Datenschutzbeauftragte hat in seinem vierten Jahresbericht eine Fülle von Gesetzesinitiativen gutgeheißen. Ich nenne nur stellvertretend für viele andere das Meldegesetz, das Polizeigesetz und das Verfassungsschutzgesetz. Hier ist der Datenschutz intensiv behandelt worden und, wie ich meine, zur Zufriedenheit aller gelöst worden.

Ich möchte aber noch einmal etwas in die Vergangenheit zurückgehen. Wir haben im letzten Jahr das Bremische Datenschutzgesetz novelliert. Wir haben dabei berücksichtigt, daß, wie der Senat uns Auskunft gegeben hat, das Staatshaftungsgesetz des Bundes Teile des bremischen Datenschutzgesetzvorschlages erübrigt. Dieses Staatshaftungsgesetz ist inzwischen durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben worden. Wir werden dem Hause demnächst, schon zur nächsten Sitzung im Dezember, unseren alten Vorschlag wieder unterbreiten, in dem wir eine verschuldensunabhängige Haftung in das Bremische Datenschutzgesetz einführen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wir meinen, dies ist notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. (C)

(Abg. Klein [CDU]: Wenn Sie sich damals unserem Antrag angeschlossen hätten! — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Gut, Herr Klein, man kann sagen, wir haben uns auf den Senat verlassen.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist Ihr Fehler!)

Das ist unser Fehler! Wir korrigieren das jetzt, Herr Klein, wir sind da konsequent.

Lassen Sie mich aber auch noch zu einzelnen Bereichen etwas sagen!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Schröder** (FDP): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Kröning!

Abg. **Kröning** (SPD): Herr Kollege Schröder, darf ich auf dieses kleine Zwiegespräch zwischen Ihnen und Herrn Klein noch einmal kurz eingehen? Geben Sie mir recht in der Beurteilung, daß, wenn die CDU das Staatshaftungsgesetz nicht vor dem Bundesverfassungsgericht angegriffen und damit das Bundesverfassungsgericht das Gesetz nicht zu Fall gebracht hätte, wir heute eine tragfähige Grundlage hätten, die damals von diesem Haus einmütig unterstützt worden ist? (D)

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Sie sind ein schöner Verfassungsjurist, Herr Kollege! Das ist wichtig!)

Abg. **Schröder** (FDP): Ich kann das nicht abstreiten, Herr Kröning. Nur, das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, wir müssen uns daran halten, und darum werden wir dies vorlegen.

Ich möchte auch auf das eingehen, was Frau Stieringer zum Bereich Schutz der Sozialdaten gesagt hat. Hier stehen insbesondere auf den Überweisungsbelegen, auf den Schecks des Sozialamts Daten, die unter Umständen den einzelnen diskriminieren könnten, ob es nun Sozialhilfe ist, Unterhaltssicherung oder anderes. Ich meine, hier müßte es sehr kurzfristig möglich sein, Abhilfe zu schaffen. Ich könnte mir persönlich vorstellen, daß darauf nicht mehr „Sozialhilfe“ auf den Überweisungsbelegen steht, sondern daß darauf schlicht und einfach steht „gemäß Bescheid vom“ und daß dann der Betrag ausgewiesen ist. Hier, meine ich, ginge das relativ einfach zu lösen. Wir haben das auch im Ausschuß, übrigens ganz einvernehmlich, beraten.

Ich meine aber auch, gerade im Sozialbereich muß noch etwas anderes angesprochen werden: Das sind die sogenannten Wertgutscheine für die Asylanten. Es wird ein Gutschein ausgegeben, mit dem die

- (A) Asylanten zum Kaufmann gehen, meist zu bestimmten Kaufleuten, und diesen einlösen können gegen Ware. Ich meine, hier ist eine Diskriminierung der Asylanten durchaus vorhanden, denn man kann nicht ohne weiteres unterscheiden, meine Damen und Herren, etwa zwischen einem Gast, der als Mitglied einer Schiffsbesatzung nach Bremen kommt, und meinetwegen einem Pakistani, der als Asylant in dieser Stadt lebt.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist ja nichts Ehrenrühiges!)

Das behauptet auch niemand! Ich meine nur, auch diese Leute haben ein Recht auf Schutz davor, durch Wertgutscheine abqualifiziert zu werden. Niemand anders in dieser Stadt bekommt diese Gutscheine, Herr Klein, darum meine ich, hier müßte eine andere Maßnahme als diese ergriffen werden.

Ein weiteres Problem hat sich gestellt zur Debatte des Kindergarten- und Hortgesetzes. Wir haben während dieser Debatte auf den Paragraphen 6, nämlich die erforderlichen Auskünfte, die zur Bedarfsplanung und Berechnung von Zuschüssen von den Trägern verlangt werden können, hingewiesen. Wir haben auf datenschutzrechtliche Bedenken aufmerksam gemacht. Sie von der Mehrheitsfraktion haben das umgangen, Sie haben ausgeführt, daß die Datenschutzbedenken unberechtigt seien. Im Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten tauchen diese Bedenken jedoch wieder auf, und wir werden darauf achten, daß die Belange der Träger auch eingehalten werden.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Wir werden in der Deputation entsprechend Auskunft verlangen.

Ein weiteres Problem — ich schneide es nur stichwortartig an — ist die Aufbewahrung von Dateien im Jugendamt. Hier ist das zutreffend, was Herr Kröning schon vorhin gesagt hat, daß auf der einen Seite der Datenschutz an haushaltsrechtlichen Dingen scheitert, aber auf der anderen Seite muß man auch sagen, daß bei der Vernichtung des alten Aktenmaterials keine Kontrolle durchgeführt wird. Das ist, meine ich, datenschutzrechtlich sehr bedenklich. Wir drängen darauf, daß auch in diesem Bereich Abhilfe geschaffen wird.

Zum Krebsregister erkennen wir die Notwendigkeit an, daß es in besonderen Fällen wichtig und notwendig sein kann, bestimmte Krankheitsdaten, wie es zum Beispiel bei der Registrierung von Krebserkrankungen vorgesehen ist, zur Untersuchung und Erforschung umweltbezogener und individueller Krebs- und Krankheitsrisiken zu sammeln und datengerecht aufzubereiten. Wir sind aber der Auffassung, daß eine Kranken- und Krankheitsdatei auch ohne die Angaben zur Person des Kranken auskommen kann und muß. Die Erfassung personenbezogener Daten wird von uns grundsätzlich abgelehnt.

Abgelehnt wird darüber hinaus auch die Einführung einer sogenannten Meldepflicht für irgendwelche Patienten sowie Krankheits- und Behindertengruppen. Nach unserer Auffassung bedarf es lediglich eines Melderechts. Im übrigen fordern wir, daß Meldungen an irgendeine Krankendatei nur mit Einwilligung des Patienten zulässig sein sollen und daß der damit von seiner Schweigepflicht entbundene Arzt vor Weitergabe der Daten gewissenhaft zu prüfen hat, ob der Patient sich voll und ganz der Tragweite seiner Entscheidung bewußt gewesen ist.

(C)

Was die Auskunft- und Informationspflicht des Arztes gegenüber seinen Patienten anbelangt, stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Arzt verpflichtet ist, seinen Patienten jede mögliche und zulässige Auskunft und Aufklärung zu erteilen.

(Beifall bei der FDP)

Wir gestehen dem Arzt aber auch das Recht zu, diese Aufklärung inhaltlich einzuschränken, wenn eine uneingeschränkte Information die Gefahr einer folgenreichen Gesundheitsstörung nach sich zieht.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zum Bildungsbereich! Im Bildungsbereich hat es einen Runderlaß des Senators für Bildung zum Datenschutz gegeben. Dies ist ohne weiteres zu begrüßen. Nur, bei der Fülle von Runderlassen muß man natürlich auch darauf achten, daß besonders sensible Dinge, die jetzt erneut angesprochen werden, natürlich nicht immer Rückgriff finden in dem Runderlaß, der einmal zum Datenschutz erlassen worden ist.

(D)

Ich habe hier eine Rundverfügung zu der Anmeldung der Schulanfänger zum Schuljahr 1983/84, das ist alles technisch perfekt, und die Datenlisten gehen an die Schulen. Die Schulen sollen sich mit den Kindergärten auseinandersetzen. Was mir in dieser Rundverfügung fehlt, Herr Senator von Hassel, Sie sind ja gerade anwesend, ist ein Hinweis auf den Datenschutz. Hier werden ganze Listen von Schulanmeldern den Schulen ausgehändigt, und hier muß meines Erachtens ein besonderer Hinweis in dieser Rundverfügung noch auftauchen, daß der Datenschutz besondere Berücksichtigung finden muß.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Schluß noch ein Wort sagen zu der Entwicklung des Datenschutzrechts in der Bundesrepublik! Ich muß offen bekennen, daß ich enttäuscht bin über die Zurücknahme der Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes durch die neue Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Für mich kommt es darauf an, daß besondere Kernpunkte in der Bundesdatenschutznovelle weiterhin verfolgt werden. Das sind für mich: erstens, verschuldensunabhängiger Schadensersatzanspruch, der auch Nichtvermögensschäden abdeckt. Dies werden

(A) wir für Bremen zumindest in die Bürgerschaft einbringen; zweitens, die unentgeltliche Auskunft an den Bürger über seine Daten. Das ist in Bremen bereits verwirklicht; drittens, die verstärkte Sicherheitsvorkehrung bei Datenübermittlung im Direktabruf, der sogenannte On-line-Anschluß; viertens, die Klärung der Verantwortlichkeiten und sukzessive gesetzliche Regelung bei der Übermittlung zwischen den Behörden, auch die sogenannte Amtshilfe; fünftens, Verstärkung der Zweckbindung bei Datenübermittlungen; sechstens, die Erweiterung der Mitteilungs- und Auskunftspflichten zugunsten des Bürgers; siebtens, die Verbesserung des Datenschutzes bei den Medien; achtens, besonderer Kündigungsschutz für den betrieblichen Datenschutzbeauftragten; neuntens, die Erweiterung der Kompetenz des Bundesbeauftragten für den Datenschutz; zehntens, Erweiterung der Kompetenz der Aufsichtsbehörden der Länder; elftens, die Einbeziehung der Erhebung personenbezogener Daten in den Anwendungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes; zwölftens, die Erweiterung des Datenschutzes bei der Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen Zwecken. — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

(B) Abg. Adamietz (BGL)*: Meine Damen und Herren! Auch wir setzen uns nachdrücklich für die Belange des Datenschutzes ein, und auch wir würdigen positiv gerade die Arbeit des bremischen Landesbeauftragten. Da kann man natürlich zu Recht die Frage stellen, was dann noch in einer solchen Debatte nach den vorhergehenden Reden zu sagen ist. Doch glaube ich, daß einige Gesichtspunkte zu ergänzen sind, einige Schwerpunkte, und ich möchte da gewissermaßen wenigstens am Schluß meines Beitrags noch einmal zu der grundsätzlichen und großen Linie zurückfinden, so berechtigt es auch ist, Einzelprobleme anzusprechen. Ich werde auch Einzelprobleme ansprechen, um das anschaulich zu machen, was ich zu sagen habe.

Ich meine, es kommt für uns als Parlament, und da greife ich die Bemerkung des Datenschutzbeauftragten auf, darauf an, aus der Fülle des Materials, das er vorlegt, schlaglichtartig das politisch Bedeutsame herauszugreifen, um so den Gedanken des Datenschutzes sozusagen nicht nur gesetzestechnisch, juristisch und bürokratisch zu handhaben, sondern politisch lebendig zu erhalten und auszubauen. Datenschutz ist Freiheitsschutz, das sollten wir uns immer wieder vor Augen halten. Deswegen gibt es eines nicht, und das ist die Gefahr, wie ich sie sehe, auch in dieser Debatte, auch in der parlamentarischen Behandlung, deswegen gibt es eines nicht, den Datenschutz sozusagen zu einem Fachressort zu machen, das dann zwar nicht von einem Senator geführt wird, sondern von einem Lan-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) desbeauftragten mit einer eher unabhängigen Stellung, aber letztlich doch eine gewisse Schublade, in die das hineingepackt wird, und da sind dann die Spezialisten wieder an der Reihe, und die machen das dann schon.

Daß das eine komplizierte Materie ist, ist gar keine Frage, das liegt an der Verrechtlichung sämtlicher Lebensbereiche und dann natürlich auch in dem Versuch, durch Rechtsvorschriften natürlich auch Verwaltungspraxis, hier Sicherungen noch einzubauen. Diese Sicherungen müssen sich in diesem strukturellen Rahmen halten, das ist gar keine Frage. Aber wir dürfen eines nicht tun: Wir dürfen sozusagen nicht hingehen und sagen, Datenschutz ist ja die Aufgabe des Landesdatenschutzbeauftragten.

Wenn deswegen hier in den Redebeiträgen der Vorredner sozusagen auch positiv gewürdigt wird, und so sehe ich das auch, daß das so gemeint sei, dann dürfen wir doch nicht den falschen Zungenschlag dort hineinbringen, daß wir ihm gewissermaßen viel Erfolg bei seiner Datenschutzarbeit wünschen, nach dem Motto, nun kämpft einmal schön da drüben in der Behörde, in dem Landesamt, und nun siegt auch einmal schön, als ob das dann sozusagen unser Beitrag wäre. Datenschutz müssen wir alle praktizieren, und da gibt es eine gute Parallele auch zu dem berühmten Thema Verfassungsschutz, den wir nicht der Behörde des Verfassungsschutzamtes überlassen dürfen.

(D) Ich komme deswegen auf dieses Thema, weil es das erste Beispiel ist, wie ich meine, wie wir den Bericht des Landesbeauftragten auch lesen müssen. Darin haben wir Informationen, die gewissermaßen über das nüchterne Referieren hinausgehen. Erstes Beispiel ist die Geschichte mit dem Verfassungsschutz. Im Bericht auf Seite 23 wird unter anderem auf die bekannten Vorfälle in der Graudenzer Straße und ähnliches eingegangen, das will ich gar nicht wiederholen. Aber es wird dort auch eine Information gegeben, die gerade dadurch, daß hier ein datenschutzrechtlicher Erfolg mitgeteilt wird, bedenkenswert ist. Es heißt hier:

„Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz sind seit Inkrafttreten der Lösungsrichtlinien insgesamt die Daten von circa 5000 erfaßt gewesenen Personen gelöscht worden. Im Jahr 1981 sollen dies allein 2788 Personen gewesen sein.“

Die Zahl zeigt, daß in diesem Bereich sowohl aufgrund der Lösungsrichtlinien als auch aufgrund der Rechtslage durch das neue Bremische Verfassungsschutzgesetz datenschutzrechtliche Ergebnisse erzielbar sind. Soweit der Bericht und soweit gut!

Aber wenn wir noch einmal hingucken und noch einmal lesen, dann sollte uns auffallen, da waren also erst einmal 5000 erfaßte Personen, die wir jetzt als erfaßt gewesene hier bezeichnen können. Das, meine ich, ist eine Information, die wir aus diesem Bericht auch da, wo er positiv wertet, mitnehmen müssen.

(A) Ein anderes Beispiel — — . . .

(Abg. Kröning [SPD]: Wußten Sie das noch nicht?)

Herr Kröning, ich wußte und Sie wußten das wahrscheinlich auch. Aber ich meine, daß der Sinn eines Berichtes des Datenschutzbeauftragten gerade darin besteht, auch den nicht so sehr Eingeweihten einmal das mitzuteilen! Ich greife noch einmal auf die Anregung oder die Einschätzung des Landesbeauftragten zurück, der ja mitteilt, damit Datenschutz uns nicht zur Spezialmaterie gerinnt, daß wir dann die Aufgabe haben, hier Schlaglichter zu setzen. Und er sagt, „wir“, und fügt dann an „und die Presse“. Dem schließe ich mich an!

Ein weiteres Beispiel, das in diesem Datenschutzbericht zu lesen ist und aus dem erkennbar wird, wie auch unterschiedliche Positionen vorhanden sind und wie man dann auch diese Positionen handhaben kann, ist das Beispiel Gruppenauskünfte aus dem Melderegister an Verbände und Vereine. Hier hat der Landesbeauftragte auf eine Anfrage hin eine Stellungnahme abgegeben, daß er Gruppenauskünfte doch sehr kritisch beurteilt. Ich will es einmal bei dieser allgemeinen Formulierung belassen, weil das natürlich ein sehr spezielles Thema ist.

Der Senat hat in seinem Bericht dazu mitgeteilt, „daß die von dem Landesbeauftragten für rechtlich unzulässig gehaltenen Gruppenauskünfte aus dem Melderegister auch gar nicht erteilt worden seien“. Die Auffassung des Landesbeauftragten werde vom Innenressort geteilt. Auch hier meine ich, muß man über diese drei Zeilen hinaus das einmal betonen, um deutlich zu machen, daß es uns nicht nur darum geht, aus den Berichten des Landesbeauftragten nun festzustellen, wie etwas bewertet wurde und daß das dann auch gar nicht negativ von der Verwaltung gehandhabt wurde, also sozusagen gar kein Fehler gemacht wurde. Es geht uns darum, daß man die Bedeutung heraushebt, die inhaltliche Bedeutung dieser Angelegenheit, daß der Datenschutzbeauftragte eben auf Probleme hinweist, die wir zunehmend finden, denn zunehmend kommen Verbände, Vereine, auch politische Parteien, Wirtschaftsunternehmen an und wollen Gruppenauskünfte aus allen möglichen Dateien haben. Sie wollen sich das nutzbar machen, daß überall die Menschen sozusagen in ihrer Persönlichkeit mit ihren Daten gespeichert werden. Dann bekommen wir entsprechend, und jeder hat das sicherlich schon in seinem Briefkasten gehabt, irgendwelche Werbebroschüren oder Aufforderungen, dieses oder jenes zu tun oder zu lassen.

Selbst wenn das vielleicht etwas ist, das man positiv beurteilt wie einen Röntgenpaß, ist doch sehr die Frage, ob das die Aufgabe sein kann von den speichernden Stellen, hierzu Hilfeleistung zu geben. Der Bürger wird in seiner Verfügungsgewalt über seine eigenen Daten dann immer mehr entmündigt. Dem will der Landesbeauftragte, wie ich meine, zu Recht entgegenzutreten. Das verdient hervorgehoben zu werden. Ich meine, das muß mehr betont werden,

als daß man nur sagt, wir haben auch keinen Fehler gemacht. (C)

An einem dritten Beispiel, Herr Schröder hat das auch schon kurz angesprochen, möchte ich zeigen, wie problematisch die ganze Sache da doch auch werden kann, sozusagen ein Beispiel der anderen Form der Auseinandersetzung oder Problematik zwischen dem Landesbeauftragten und den beteiligten Behörden. Das ist das Beispiel des Kindergarten- und Hortgesetzes. Hier ist eine Änderung zum Zwecke besserer Planung von Zuschüssen beabsichtigt.

Der Landesbeauftragte hat Bedenken erhoben und erklärt, daß die Formulierung, „die erforderlichen Auskünfte müßten erteilt werden“, nämlich von den Eltern, den freien Trägern, der Kindergärten und Hortgruppen, daß diese Formulierung doch zu vage wäre. Sie sei zu pauschal. Sie müsse präzisiert werden. Was sind denn dann erforderliche Auskünfte? „Zumindest“, so heißt es im Bericht, „sollten Auskunftstatbestände, Verfahren, zeitlicher Rhythmus der Auskunftserteilung, die Auskunftsberechtigten, die Aufbewahrungsdauer der anfallenden Unterlagen und die Geheimhaltung der erhobenen individuellen Angaben entweder im Gesetz selbst oder in einer Rechtsverordnung näher festgelegt werden.“ Das sind die typischen Anforderungen des Datenschutzbeauftragten oder desjenigen, der sich für Datenschutz überhaupt noch einsetzt.

Der Senat aber meint, auch in der von ihm neugefaßten Formulierung, das sei alles nicht so problematisch, er meint: „Die Formulierung ‚die erforderlichen Auskünfte‘ stelle hinreichend sicher, daß tatsächlich nur Daten erhoben werden“, wie es hier heißt, „die für die Planung beziehungsweise Zuschußgewährung notwendig sind.“ (D)

Da drehen wir uns im Kreis, denn wer bestimmt, was dann erforderlich ist, was notwendig ist? Wir haben gerade hier ein klassisches Beispiel dafür, daß wir Datenschutz praktizieren wollen und daß der Senat dann sagt, aber der Zweck für unsere Sachen stehe doch darüber, da könne man sich gewissermaßen nicht durch die kleinen Zwirnsfäden eines engen Netzes von datenschutzrechtlichen Vorschriften stören lassen.

Ich meine, damit zeigt der Senat, daß er diesem Anliegen des Datenschutzbeauftragten, und ich will mich da vorsichtig fassen, nicht gerecht wird. Es ist vielleicht nicht erforderlich, nun eine Extraverordnung für diese Daten zu erlassen und dort eine umfangliche Rechtsregelung zu treffen. Aber es müßte doch möglich sein, mit dem Landesbeauftragten gemeinsam einen Weg zu finden, wie einerseits Planungsbedürfnisse ins Auge gefaßt werden können und andererseits der Datenschutz der Bürger auch gesichert sein kann.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Adamietz (BGL): Bitte sehr!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Abgeordneter Kröning!

Abg. **Kröning** (SPD): Herr Adamietz, darf ich Sie zur Bereicherung Ihrer sehr sachlichen Ausführungen darauf hinweisen,

(Abg. Adamietz [BGL]: Ja!)

daß diesen Mangel des Kindergarten- und Hortgesetzes

(Abg. Adamietz [BGL]: Steht hier!)

der Bericht auch erkannt hat und deshalb genau diese Anregung gibt, bei Anwendung von Paragraph 6 des Gesetzes eine Abstimmung zwischen dem Ressort und dem Landesbeauftragten zur Bestimmung der Fallgruppen dieser Vorschrift herbeizuführen?

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Kröning, auch ich kann die Drucksache 10/891 lesen. Ich habe sie hier dabei und habe mir das entsprechend auch angestrichen. Wenn Sie mich zu meinen Ausführungen da zu dem Punkt hätten kommen lassen, hätten Sie das gemerkt. Aber es ist nett, daß Sie das so einbringen, dadurch wird das in der Debatte noch einmal betont.

(B) Meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt ist nur ein anderer, auf den ich eben noch hinweisen will. Das ist nämlich die Frage, warum man denn eigentlich in solche Anforderungen an diese Daten überhaupt hinein kommt. Warum taucht denn dieses Problem auf? Der Datenschutzbeauftragte wird doch tätig, wenn Daten erhoben und wenn dann abgefragt werden sollen und wenn Probleme der Datenspeicherung, der Datenabrufung und der Geheimhaltung und so weiter entstehen. Aber die erste Frage stellt sich an denjenigen, der überhaupt Daten haben will. Da ist doch die Frage, braucht der Senat beispielsweise für seine Bedarfsplanung diese Daten oder welche Daten eben.

Wenn wir dann das Kindergarten- und Hortgesetz uns ansehen, das ja die Mehrheitsfraktion verabschiedet hat, dann haben wir eben festgestellt, daß man ein System eingerichtet hat, wo immer mehr Daten hineingegeben werden müssen, einmal an die Träger, einmal an die öffentlichen Stellen, um dann auch die Zuschüsse zu berechnen, um dann natürlich auch die Planung der Zuschüsse zu ermöglichen. Es ist eben ein System, wo man immer mehr auf Datenerhebung aufbaut, wo man dann immer perfekter werden will und wo man dann natürlich auch Probleme mit dem Datenschutz bekommt. Wenn man dann den zweiten Schritt noch nicht vollziehen will, das entnehme ich wenigstens der Stellungnahme des Senats, daß man dann wenigstens eben die datenschutzrechtlichen Zwirnsfäden um das ganze Paket noch herumbindet, dann, meine ich, wird eben der Stellung des Datenschutzes und gar nicht so sehr des Beauftragten hier politisch nicht gerecht.

Ich freue mich und nehme das noch einmal auf, daß der Bericht auch diesen Punkt gewürdigt hat,

(C) wobei es allerdings nicht um die Anwendung des Paragraphen 6 geht, sondern der soll überhaupt erst einmal geändert werden. Ich hoffe, daß der Datenschutzausschuß bei der Änderung noch ein Wort mitreden wird.

Ich möchte das mit dem Hinweis darauf abschließen, daß der Datenschutzbeauftragte zum zweiten Mal, nämlich nachdem er es bereits im zweiten Jahresbericht getan hat, bemängelt, daß in der Verwaltung, letztlich in der Verantwortung der Senatoren, die Aufgaben des Datenschutzes noch nicht genügend gewürdigt werden. Da wird einmal die Datenschutzrelevanz eines Tagesordnungspunktes etwa nicht erkannt, wenn zum Beispiel neue Regelungen getroffen werden sollen, wenn die Verwaltung Gesetzesvorhaben ausarbeiten soll, oder man fühlt sich, wie es hier heißt, „durch die Pflicht zur Beteiligung des Landesbeauftragten belästigt oder überfordert“.

Der Senat hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß er eine allgemeine Verfügung erlassen hat, daß der Landesbeauftragte so früh wie möglich zu beteiligen sei, und er schließt seine Stellungnahme dann dazu folgendermaßen ab: „Der Senat geht davon aus, daß bis auf Einzelfälle, in denen der Landesbeauftragte wegen sehr kurzer Fristen nur unter Schwierigkeiten beteiligt werden kann, die Beteiligung des Landesbeauftragten sichergestellt ist.“

(D) Meine Damen und Herren, das ist eine Feststellung und ein Davonausgehen, wie es typisch für die Haltung des Senats ist, denn der Senat hat nicht die Aufgabe, von irgendetwas auszugehen, daß etwas so sei, wenn eine Kritik eines unabhängigen Landesbeauftragten kommt, sondern er hat die Aufgabe sicherzustellen, daß etwas passiert, sicherzustellen, daß die Dinge tatsächlich so gehandhabt werden, wie man das politisch selbst behauptet, daß man es wolle. Deswegen muß der Senat deutlich machen, daß er Korrekturen anbringen wird, daß er diesem Problem mehr Aufmerksamkeit widmen wird.

Ich meine, daraus wird das allgemeine Problem deutlich, wie es ist, wenn wir unabhängige Landesbeauftragte einrichten und wenn wir dann sagen, sie sollen bei den Problemen, mit denen sie sich zu befassen haben, von allen Stellen gehört werden. Es ist dasselbe wohl, meine ich, wie mit der Landesbeauftragten für die Gleichstellung der Frau.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß einen Hinweis, wie wir doch diesen Datenschutzbereich nicht handhaben sollten! Ich nehme da die Zwischenfrage von Herrn Kröning auf, die er eben an Herrn Schröder zu dem Thema Staatshaftungsgesetz gestellt hat. Er hat gesagt, wenn die CDU nun nicht diesen Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt hätte, dann hätten wir jetzt eine wunderschöne Rechtsgrundlage.

Meine Damen und Herren, das Rechtsverständnis, das dahintersteht, kenne ich wohl. Es besagt eben, daß das Bundesverfassungsgericht als politische Instanz eben eine Sache gekippt hat, wie, glaube ich, die Formulierung lautete. Nach dem Rechtsverständ-

(A) nis, nach dem dieser Staat aufgebaut ist und nach dem wir Gesetze machen, ist es natürlich so, daß ein solches Gesetz auch dann verfassungswidrig wäre, wenn das Bundesverfassungsgericht nicht angerufen worden wäre. Ich meine, man kann doch nicht jemandem zum Vorwurf machen, daß er das höchste Verfassungsgericht anruft, das Recht spricht und

(Glocke)

eine Regelung für verfassungswidrig erklärt, sondern wir müssen uns doch gerade bemühen, Gesetze zu erlassen, die verfassungsgemäß sind.

(Abg. Kröning [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Wenn ich noch eben antworten darf?

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Adamietz** (BGL): Ja! Erlauben Sie mir es dann trotzdem?

Präsident Dr. Klink: Ja! Aber nur ganz kurz! — Bitte sehr, Herr Kröning!

Abg. **Kröning** (SPD): Herr Adamietz, Sie sind ja sonst nicht zimperlich im Umgang mit Gerichten, besonders mit Verfassungsgerichten, deshalb die Frage: Wie bewerten Sie diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die ganz klar ein wichtiges Gut, nämlich Föderalismus, vor ein anderes wichtiges Gut, nämlich Bürgerrecht, bürgernahe Haftung zum Beispiel im Verhältnis Beamten und Bürger, gestellt und dieses Gut damit zu Fall gebracht hat?

(B)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Kröning, das sehe ich eben gerade nicht so. Ich sehe eben das wichtige Rechtsgut Föderalismus, und ich sehe auch die Möglichkeit, daß im Rahmen des Föderalismus Bürgerrechte geschützt werden können. Wollen Sie denn sagen, daß nur zentralstaatlich die Bürgerrechte geschützt werden können? Unser Verfassungssystem baut doch gerade darauf auf, und wenn wir in die Bremische Landesverfassung sehen, die noch vor dem Grundgesetz verabschiedet worden ist, dann wird das doch deutlich, daß Grundrechte auch in den Einzelstaaten vorhanden sind, die natürlich über das Grundgesetz jetzt als Bundesrecht wirken. Aber wir sind doch wohl in der Lage, auch für ein Land wie Bremen beispielsweise Bürgerrechte zu sichern. Das betrifft den Datenschutz genauso wie sonstige Grundrechte und natürlich auch die Pflicht des Staates, für das Verschulden seiner Beamten, also letztlich für sein eigenes Verschulden, einzustehen.

(Abg. Kröning [SPD]: Sie bekommen doch nie wieder so ein Gesetz, das wissen Sie doch!)

Ich meine, daß das nicht die Frage sein kann, Herr Kröning, sondern es muß doch die Frage so gestellt werden, wie erarbeite ich Vorschriften, die natürlich nach bestem Wissen und Gewissen verfassungsgemäß sein müssen, um dem Bürger ein größtmögliches

Maß an Freiheitssicherung zu gewähren. Das wollte ich eben mit diesem Beispiel nur noch einmal sagen. (C)

Wir müssen eben auch so hingehen und immer wieder die Frage stellen, ob das etwa mit datenschutzrechtlichen Vorschriften und vor allen Dingen aber auch Prinzipien und Grundsätzen vereinbar ist. Wir müssen daraus den Appell durchaus nehmen, daß die Bürger sich verstärkt auch an den Landesbeauftragten, auch wenn er eben nur wenige Mitarbeiter hat, wenden, wenn sie meinen, daß hier datenschutzrechtlich ein Problem liegt, und nicht daß man sagt, na ja, wenn ich nicht daran rühre, dann ist ja wohl nichts falsch gewesen. Ich fordere die Bürger auf, ihre Bedenken, die sie haben, immer wieder vor die entsprechenden Stellen, und wir haben ja einen Landesbeauftragten, der sehr bereitwillig darauf eingeht, zu bringen, um dann tatsächlich auf diese Art und Weise überhaupt, und wir bekommen da nur die Spitze eines Eisbergs zu fassen, das Problembewußtsein auch in den politischen Instanzen, aber auch in der Verwaltung zu heben.

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Czichon.

Senator für Bundesangelegenheiten Dr. Czichon: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Der Senat unternimmt nichts, was von vornherein aussichtslos ist, und aussichtslos wäre es, die Fraktionen dieses Hauses in ihrem Bemühen um einen möglichst zuverlässigen Datenschutz im Lande Bremen überbieten zu wollen. Deswegen versuchen wir das auch in dieser Debatte nicht. In der Praxis, glaube ich, tun wir aber unser Bestes auf diesem Feld. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich bin hier nur hergekommen, um auf eine Bemerkung des Abgeordneten Schröder einzugehen, der gesagt hat, in der Frage des Staatshaftungsgesetzes habe man sich auf den Senat verlassen und sei nun über die weitere Entwicklung ein bißchen enttäuscht. Der Senat hat doch, meine Damen und Herren, bei der Verabschiedung des Datenschutzgesetzes nur darauf hingewiesen, daß der Bundesgesetzgeber diese Materie regeln würde. Das hat er auch getan. Die Frage, ob das so zustande gekommene Gesetz auch verfassungsgemäß sein würde, kann Ihnen der Senat allerdings schwerlich beantworten, da kann er auch keine Prognose wagen. Anderenfalls könnte man nämlich statt Verfassungsklage in Karlsruhe in Zukunft einfach nur beim bremischen Senat anfragen.

(Abg. Adamietz [BGL]: Das lieber nicht!)

Das wäre ein ungemein kostengünstiges Verfahren, aber auch wenn die Gremien in Karlsruhe ebenso wie die bremische Landesregierung „Senat“ heißen, haben sie doch ganz unterschiedliche Kompetenzen. Ich bedanke mich für das große Vertrauen in die

- (A) Landesregierung, aber die Aufgabe des Verfassungsgerichts kann der Senat nicht ersatzweise wahrnehmen.
(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stieringer.

Abg. Karin **Stieringer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Dr. Czichon, das waren nicht gerade überwältigende Ausführungen, die Sie zu dieser Frage gemacht haben. Selbstverständlich erwarten wir alle, daß der Senat im Rahmen der Verfassung handelt!

Aber um einmal etwas von den staatsrechtlichen Ausführungen der Kollegen Adamietz und Kröning wegzukommen und wieder zu zeigen, daß Datenschutz wirklich Erbsenzählen ist, möchte ich nur folgendes hinzufügen: Die Kontroverse zwischen Senat und Datenschutzbeauftragten in Sachen Kindergarten- und Hortgesetz ist ja längst insoweit geregelt, als daß ein Formular ausgefüllt werden muß. Was in diesem Formular steht, ist in der Tat nicht geeignet, den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu genügen. Da wird gefragt, wenn Sie ein Kind anmelden wollen, ob es zu einer Problemfamilie gehört, wieviel Quadratmeter die Eltern bewohnen, welche Schwierigkeiten zwischen den Eltern bestehen, ob sie vielleicht getrennt leben, welche Behinderungen da seien.

- (B) Es wird in die Interna einer Problemfamilie hineingegangen, um, wie man sagt, dem Kind einen bevorrechtigten Platz zu geben. Das mag richtig sein, nur, wer sorgt dafür, daß diese sensiblen, die Familie betreffenden Daten wirklich so geschützt werden oder auch vernichtet werden? Das war mein Hinweis!

(Beifall bei der CDU — Abg. Adamietz
[BGL]: Sehr richtig!)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem vierten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz sowie von der Mitteilung des Senats und dem Bericht des Datenschutzausschusses Kenntnis.

Bericht der Besuchskommission nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten für die Jahre 1980 und 1981

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1982
(Drucksache 10/842)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat zu Beginn ihrer Sitzung beschlossen, diesen Punkt von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Die Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

Wissenschaftliche Untersuchung der bremischen Schulsituation auch links der Weser (C)

Antrag der Gruppe der BGL
vom 9. September 1982
(Drucksache 10/892)

Wir verbinden hiermit:

Stellungnahme des Senats zu einer Untersuchung von Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis über den Schulstufenwechsel

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. September 1982
(Drucksache 10/899)

Drucksache 10/892

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Landesregierung auf, die vom WIS erarbeitete „Empirische Untersuchung zum Übergang aus der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II/Gymnasiale Oberstufe“ in den Schulen links der Weser durchzuführen sowie umgehend die bereits vorliegenden und der Bürgerschaft offensichtlich vorenthaltenen Zahlen — z. B. betreffend die Schulsituation im Gymnasium Huckelriede — in diese Untersuchung einzuarbeiten.

Die Landesregierung wird auch aufgefordert zu begründen, warum speziell der qualitative Teil dieser Untersuchung vom Senat nicht endlich mitgetragen werden kann, statt ihn länger als unwissenschaftlich zu diskreditieren.

Josette Delphine Brox und Gruppe der BGL

Drucksache 10/899 (D)

Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat die „Empirische Untersuchung zum Übergang aus der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II / Gymnasiale Oberstufe“?
2. Treffen insbesondere die in der genannten Untersuchung getroffenen Feststellungen zu, daß
 - a) der durch den Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II abgebrochene soziale Kontakt schwerwiegende Auswirkungen auf die Schüler hat und damit der Übergang in die gymnasiale Oberstufe für die betroffenen Schüler schwerer zu verkraften ist,
 - b) durch die Entwicklung der Stufenschulen des Sekundarbereichs I und II zu Organisationseinheiten mit einem selbständigen Eigenleben die Einheitlichkeit gymnasialer Bildung verlorengeht,
 - c) die Lehrpläne in der Sekundarstufe I am Endziel der Ausbildung orientiert sein müssen und für die Haupt- und Realschüler ein besonderes Abschlußprofil gewonnen werden muß,
 - d) die in der Sekundarstufe I am Prinzip der Wissenschaftlichkeit ausgerichtete Ausbildung nicht für jeden Ausbildungsgang geeignet ist und jeder Bildungsgang qualitativ speziell ausgebildete Lehrer benötigt,
 - e) weitere Maßnahmen der Horizontalisierung des Schulsystems zu unterlassen sind und damit insbesondere die in der Diskussion stehende Zerschlagung der letzten durchgängigen Innenstadtschulen und des Gymnasiums Huckelriede zu unterbleiben hat?
3. Welche Konsequenzen zieht der Senat?

Lucks, Neumann und Fraktion der CDU

(A) Ich frage zunächst Herrn Senator von Hassel, sind Sie bereit, die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zu geben? — Dann haben Sie das Wort!

Senator für Bildung v. Hassel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Große Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die in der Anfrage genannte Untersuchung ist von zwei Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis — WIS — unter der in der Frage zitierten Bezeichnung vorgelegt und verteilt worden. Gegenstand des Berichts ist eine Befragung von Schülern der gymnasialen Oberstufe — GyO —, die im ersten Schulhalbjahr 1981/82 stichprobenartig an sieben Bremer und einer Bremerhavener Schule durchgeführt worden ist. Ziel dieser Untersuchung war die Überprüfung und Fortsetzung einer ähnlichen im Schuljahr 1980/81 durchgeführten Erhebung geringeren Umfangs.

Es ist nicht Sache des Senats, Untersuchungen oder Berichte, die von Mitarbeitern des WIS in eigener Verantwortung angestellt beziehungsweise veröffentlicht werden, zu bewerten. Der Senat verweist insoweit auf seine Antwort auf die Große Anfrage der FDP vom 26. 1. 1982 zum Thema „Arbeitsbericht 81 des WIS, Folge 16, Handlungsorientierter Unterricht“.

(B) Es ist jedoch für den Senat bei einer Untersuchung, die sich mit Fragen der bremischen Schule befaßt, von Interesse, von welchen Hypothesen die Untersuchung ausgeht, welche wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden angewandt worden sind und zu welchen Ergebnissen die Verfasser kommen.

Der Bericht ist deshalb in der Behörde des Senators für Bildung hinsichtlich seines Inhalts und seiner Bedeutung geprüft worden. Nach den vorliegenden Ergebnissen ist der Senator für Bildung zu folgenden Einschätzungen gekommen:

Die in dem Bericht zusammengestellten Schülerantworten geben aufschlußreiche Informationen darüber, wie die — neugestaltete — gymnasiale Oberstufe unter bestimmten Fragestellungen von den Schülern selbst beurteilt wird.

Die Fragen des Übergangs von Schülern aus der S I in die S II/GyO werden — gemessen an der umfassenden Formulierung des Untersuchungsgegenstandes — allenfalls zu einem geringen Teil ausschnitthaft und einseitig behandelt.

Der Untersuchungsbericht weist — insbesondere hinsichtlich der Art der Auswertung — methodische und systematische Mängel auf, die den Erkenntniswert der mitgeteilten oder behaupteten Ergebnisse mindern beziehungsweise in Frage stellen.

In dem Bericht sind neben Hinweisen auf Probleme des Übergangs, die zumeist allerdings bereits bekannt und in Bearbeitung waren, Aussagen, Einschätzungen und persönliche Urteile der Verfasser enthalten, die aus den primären Untersuchungsergebnissen, das heißt dem Antwortenmaterial,

(C) nicht abzuleiten sind. Dies gilt in besonderem Maße für die Vorbemerkung und das Nachwort.

Der Senator für Bildung wird im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Gestaltung des Schulwesens darüber entscheiden, unter welchen Fragestellungen und in welcher Weise den in dem Bericht enthaltenen Aussagen weiterhin nachzugehen ist.

Zu Frage zwei: Die in den Einzelfragen zu a) bis e) unterstellten, als „in der genannten Untersuchung getroffenen Feststellungen“ bezeichneten Aussagen sind zum Teil wörtlich, zum Teil sinngemäß oder nur in eigener Auslegung aus dem Bericht, insbesondere aus dem Nachwort, entnommen. Sie beziehen sich also nicht auf wissenschaftlich gesicherte Ergebnisse, sondern auf persönliche Einschätzungen der beiden Verfasser.

Zu den Fragen im einzelnen stellt der Senat fest:

Zu a): Es trifft nicht zu, daß „der durch den Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II abgebrochene soziale Kontakt schwerwiegende Auswirkungen auf die Schüler hat und damit der Übergang in die gymnasiale Oberstufe für die betroffenen Schüler schwer zu verkraften ist“.

Mit diesen Formulierungen wird die Gesamtheit der Auswirkungen des Übergangs vom Sekundarbereich I in den Sekundarbereich II verkürzt, einseitig und im Ergebnis unzutreffend gekennzeichnet. Unabhängig von einer horizontalen oder vertikalen Organisation des Schulwesens sehen sich von jeher alle Schüler am Ende der Mittelstufe vor die Aufgabe gestellt, den Übergang in die Oberstufe, in weiterführende allgemeine oder berufliche Bildungsgänge oder in das Berufsleben selbst zu bewältigen. Daß dabei Belastungen auftreten, rechtfertigt es nicht, das Gesamtsystem in Frage zu stellen.

Auch ist es ohne wissenschaftliche Untersuchung offenkundig, daß die Schüler bei solchen Übergängen außer belastenden auch vorteilhafte, fördernde Erfahrungen machen, wie zum Beispiel neue Sozialbeziehungen, motivationsfördernde Wahlmöglichkeiten, anregende neue Lerninhalte und Arbeitstechniken. Soweit dabei im einzelnen Schwierigkeiten auftreten, sind die im Bildungs- und Ausbildungssystem Verantwortlichen ständig darum bemüht, solche Belastungen abzubauen oder für den Bildungsprozeß fruchtbar zu machen.

Zu b): Es trifft nicht zu, daß „durch die Entwicklung der Stufenschulen des Sekundarbereichs I und II zu Organisationseinheiten mit einem selbständigen Eigenleben die Einheitlichkeit gymnasialer Bildung verlorengeht“.

(D) Die Einheitlichkeit gymnasialer Bildung ist am durchgängigen Lehrplan festzumachen. Dies gilt auch für ein stufenbezogenes, in Schulzentren organisiertes Schulsystem, das die Chance bietet, den Übergang aus der Sekundarstufe I in die verschiedenen Bildungsgänge der Sekundarstufe II insgesamt kontinuierlicher zu gestalten. Der durchgängige

(A) gymnasiale Bildungsgang ist auch in diesem System gesichert.

Wie früher bei den getrennten Schulgattungen zu beobachten, kann man auch den Schulzentren eine Tendenz zur Entwicklung eines „selbständigen Eigenlebens“ unterstellen. Diese ist im Interesse enger Kooperation zwischen den Schulgattungen und gemeinsamen sozialen Lernens für alle Schüler sogar ausdrücklich zu bejahen. Dabei ist andererseits darauf zu achten, daß nicht nur die Durchgängigkeit des gymnasialen Bildungsganges gemäß Paragraph 13 Absatz 1 Nummer 3 des Bremischen Schulgesetzes gewahrt wird, sondern auch darauf, daß die Stufenübergänge insgesamt sich für alle Schüler so kontinuierlich wie möglich darstellen, ohne daß die in der Sekundarstufe II zu erreichenden Abschlüsse dadurch gefährdet werden.

Zu c): Es trifft zu, daß die Lehrpläne in der Sekundarstufe I am Endziel der Ausbildung orientiert sein müssen. Nach den Bestimmungen des Bremischen Schulgesetzes dient der Unterricht im Sekundarbereich I einer wissenschaftsorientierten Grundbildung und berücksichtigt die Neigungen und Lernfähigkeiten des einzelnen Schülers durch eine zunehmende Differenzierung.

Die geltenden Lehrpläne für die Jahrgangsstufen sieben bis zehn berücksichtigen die Bedürfnisse der Schüler sowohl hinsichtlich der Gemeinsamkeit einer wissenschaftsorientierten Grundbildung als auch der Differenzierung nach unterschiedlichen Ausbildungsgängen. Sie weisen in der Gesamtheit ihrer Anforderungen die Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen aus, mit denen die Hauptschüler, die Realschüler und die Gymnasiasten für ihren weiteren Werdegang ausgestattet sein müssen.

(B) Zu d): Die in dieser Frage enthaltene Unterstellung, eine am Prinzip der Wissenschaftlichkeit ausgerichtete Ausbildung sei nur für bestimmte Schülergruppen geeignet und für andere nicht, findet weder in den Ergebnissen der Untersuchung noch in deren Interpretation durch die Verfasser einen Anhaltspunkt.

Für alle Bildungsgänge in der Sekundarstufe I gilt das Prinzip der Wissenschaftsorientierung. Es werden Lehrer benötigt, die mit den Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten sowie -problemen der Zehn- bis Sechzehnjährigen vertraut und in der Lage sind, fachspezifische und soziale Lernziele mit heterogenen Lerngruppen von unterschiedlichen Lern- und Leistungsmöglichkeiten zu erreichen. Dem versucht sowohl die Lehrerbildung im Rahmen des Bremischen Lehrerbildungsgesetzes als auch der abteilungsübergreifende Unterrichtseinsatz in den Schulzentren gerecht zu werden.

Zu e): Die in der Anfrage genannten Schlußfolgerungen lassen sich nicht aus der genannten Untersuchung herleiten. Dies gilt sowohl für die Innenstadtschulen als auch für das Gymnasium Huckelriede. Im übrigen ist die in der Anfrage unterstellte

(C) Gleichsetzung der Konzeption des Senators für Bildung zur Entwicklung der Schulen im Innenstadtbereich mit Maßnahmen, die ausschließlich einer weiteren Horizontalisierung des Schulsystems dienen, nicht gerechtfertigt. Die notwendigen Veränderungen ergeben sich aus den erkennbar rückläufigen Schülerzahlen dieser Region und entsprechen den Zielvorgaben des Bremischen Schulgesetzes. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind pädagogisch begründet und ökonomisch sinnvoll.

Zu Frage drei: Der Senat sieht keinerlei Veranlassung zu schulpolitischen Konsequenzen aufgrund der vorliegenden Untersuchung. Er verweist insoweit auf seine Darlegungen in der soeben erteilten Antwort zu Frage eins.

Der Senat ist vielmehr nach wie vor von der Zielsetzung einer integrierten Schule, wie sie das Bremische Schulgesetz beschreibt, überzeugt und wird seine Schulpolitik daran langfristig orientieren. Kurzfristig liegt der Schwerpunkt schulpolitischer Maßnahmen allerdings bei der Konsolidierung der bisher gewonnenen Schulstruktur. Dies gilt insbesondere für den Sekundarbereich I, wo in diesem Schuljahr die neu gegründeten Schulzentren in ihrer Mehrheit ihren Aufbau über die Jahrgangsstufen sieben bis zehn hin abschließen und in eine Phase der Festigung ihrer inhaltlichen Struktur eintreten.

Der Senat wird wie bisher sorgfältig darum bemüht sein, die Inhalte und die Organisationsformen des Schulwesens mit den gesetzlich fundierten Zielen der Bildungspolitik in Einklang zu bringen. Sollten sich im Einzelfall Korrekturen als notwendig erweisen, so wird der Senat die erforderlichen Maßnahmen einleiten. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Senator von Hassel!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke wünschen.

Ich frage, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen.

Das ist der Fall auf Antrag der CDU-Fraktion.

Die gemeinsame Aussprache über den Antrag der Gruppe der BGL, Drucksache 10/892, und über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Brox zur Begründung ihres Antrags.

Abg. Josette Delphine **Brox** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag schon im September gestellt,

(Abg. Jackisch [CDU]: In welchem Jahr? — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

(C)

(D)

(A) nachdem in der Bürgerschaft eine wilde Debatte über diese wissenschaftliche Untersuchung stattgefunden hatte. Es war so, daß wir Politiker diese Untersuchung nicht bekommen hatten. Tatsache war, das haben wir auch während der Sitzung erfahren, daß 200 Exemplare des Untersuchungsberichts in den Schulen gelandet waren.

Die SPD war ganz beruhigt, niemand hatte den Bericht gründlich gelesen, und die SPD sagte nichts dazu. Sie hat damals überhaupt nichts an dieser Untersuchung auszusetzen gehabt. Man hat nichts darüber gehört. Nun, es kam dazu, daß wir Politiker durch nachbohrende Pädagogen auch an diese Untersuchung gekommen sind. Es war klar, daß wir diese Untersuchung auf diese politische Bühne bringen würden.

Plötzlich, nachdem zwei oder drei Monate vergangen waren, machten sich die SPD-Bildungspolitiker daran, diese Untersuchung zu diffamieren. Es ist ein interessanter Vorgang. Zu dieser Untersuchung: Wir haben es gerade gehört, da der Senator für Bildung die Möglichkeit gehabt hat, uns anlässlich dieser Untersuchung die SPD-Bildungsbibel vorzulesen.

Ich habe mich erkundigt, die Untersuchung hat stattgefunden auch mit Hilfe von Direktoren. Die angesprochenen Schulleiter haben mitgewirkt bei der Diskussion. Es haben auch in der Bildungsbehörde Diskussionen über diese Untersuchung stattgefunden. Es sind zum Beispiel große Differenzen entstanden, man hat darüber diskutiert, und es ist ein Protokoll erstellt worden über diese Diskussionsvorgänge. Bis heute haben die Leiter der Schulen, die beteiligt waren, das Protokoll über diese Diskussion nicht bekommen. Also, es ist an dieser Untersuchung etwas daran.

(B) Nun versucht die SPD mit allen Mitteln und nicht mit Mitteln der anständigen Diskussion, nein, mit Mitteln der Diffamierung, diese Untersuchung in ein schiefes Licht zu bringen. Man hat diese Wissenschaftler, diese Mitarbeiter des WIS, nachdem die Bildungsbehörde sich dazu bekannt hat, daß sie doch diese Untersuchung unterstützt hat, unter Druck gesetzt. Man hat sie soweit unter Druck gesetzt, und Herr Stichweh erzählte uns bei dieser Bürgerschaftssitzung im September, sie hätten widerrufen.

Das stimmt überhaupt nicht. Herr Dücker hat uns die Unterlagen geschickt. Die Verfasser haben nicht widerrufen. Sie sind durch diesen Behördendruck auf dem Dienstweg gezwungen worden, ihr Nachwort von dieser Untersuchung zu trennen. Sie sagen aber, wir stehen zu unserem Nachwort, nun, aber als Beamte müssen wir uns beugen. Wir werden es irgendwo anders gebrauchen, wir haben nicht widerrufen. Wir müssen im Augenblick diesem Druck der Behörden und der Bildungspolitiker, ich will nicht sagen Fanatiker, nachgeben.

Ich will nicht auf diese wissenschaftliche Untersuchung eingehen. Herr Stichweh hat damals im

September proklamiert, sie sei sowieso unwissenschaftlich, weil unvollständig: Links der Weser sei nicht untersucht worden. Wir haben ihm gesagt, wir sind alle bereit, nach den Kriterien von Herrn Stichweh auch in den dortigen Schulen eine Untersuchung zu billigen. Wir sind weiterhin bereit. Ich glaube, das ist nicht schwierig, wenn darin der einzige Mangel dieser Untersuchung gelegen hat, aber selbstverständlich sind wir bereit, Herrn Stichwehs Wünsche zu erfüllen. Also bitte! Wir möchten auch einmal Herrn Stichweh richtig glücklich machen.

(Heiterkeit — Abg. Klein [CDU]:
Madame, übernehmen Sie sich nicht!)

Er soll auch eine Untersuchung von links der Weser nach seinen Kriterien haben.

Nun habe ich inzwischen gehört, das Gymnasium Links der Weser hat auf dem Dienstweg Daten übermittelt, die zu den Erkenntnissen beitragen, die wir alle haben: es klappt doch nicht mit dieser Stufenschule. Diese Ergebnisse sind in den Behörden gelandet, verschwunden mit dem Vermerk, wenn diese durchgehende Schule oder das Gymnasium Huckelriede verschwindet, verschwindet auch das Problem Huckelriede. So wird mit Daten von seriösen Direktoren und Pädagogen umgegangen, wenn sie den Bildungspolitikern der SPD nicht passen!

Noch einmal zu dieser Untersuchung! Es wird Stimmung gemacht, es wird nicht diskutiert. Wenn unsere Schule so gut ist, brauchten wir doch keine Angst zu haben, sie zu zeigen.

Wie wird mit der Untersuchung umgegangen? Ein Herr Leonhardt vom Holter Feld verteilt im WIS einen Schrieb. Was macht der? Der diffamiert wieder die Wissenschaftler! Er sagt, sie waren voreingenommen, sie haben die Untersuchung gemacht, sie sind Fanatiker, Gymnasienanhänger. Das wird einfach so behauptet. Da wird Druck gemacht, wieder Stimmung, Stimmung, Stimmung!

Dann kommt hier in Bremen eine Herbsttagung der Bundesdirektorenkonferenz. Diese Herrschaften diskutieren über das Thema „Die Stufenschule und der gymnasiale Bildungsauftrag“. Immerhin haben wir noch vor, in Bremen Abitur zu machen. Bis jetzt konnte man Abitur nur im Gymnasium machen. Jetzt hat die SPD das Wort Gymnasium mit einem negativen Begriff und Symbol versehen, auf den Knopfdruck „Gymnasium“ kommen sofort die Worte elitär, reaktionär und so weiter.

Aber bei der Stufenschule spricht man vom gymnasialen Zweig. Das ist wieder Verbalkosmetismus. Gymnasialer Zweig! Das Wort Gymnasium als solches ist negativ, also nicht mehr zu gebrauchen.

Nun, es gibt in der übrigen Bundesrepublik noch Gymnasien. An diesen wird in der Bundesrepublik noch Abitur gemacht, und so viele Gesamtschulen, so viele Stufenschulen hat Bremen noch nicht geschaffen, wo auch Abitur gemacht werden kann.

(C)

(D)

(A) Es ist auch berechtigt nach unserer demokratischen Vorstellung, daß diese Pädagogen, die ihre Aufgabe zu erfüllen haben, sich darüber klar zu werden versuchen, wie es aussieht mit dem gymnasialen Bildungsauftrag. Sie stellen fest: „Das Gymnasium kann seinen Bildungsauftrag nur mit einem Bildungsgang, der Kontinuität des Lehrens und Lernens ermöglicht und garantiert, erfüllen.“

Sie stellen auch die Nachteile fest, die in Bremen gegeben sind. Ich will das nicht alles lesen. Sie sagen: „Die Summe der aufgezeigten Nachteile macht deutlich, daß das Gymnasium seinen Bildungsauftrag innerhalb der Stufenschule nicht erfüllen kann. Gleichmaßen schwerwiegend ist es, daß die Nachteile der Stufenschule mit besonderer Härte die sozial Schwächeren treffen und deren Chancen verschlechtern. Die geplant weitergehende Integration der Bildungsgänge wird diesen Effekt für die Gymnasialschüler noch verstärken.“

Zum Schluß haben sie aber, um wegzukommen von dem Verdacht, sie seien elitär, reaktionär und was weiß ich, gesagt: „Die Forderung nach der Wiederherstellung der Geschlossenheit des gymnasialen Bildungsgangs bedeutet nicht automatisch die Wiederherstellung der alten Strukturen für alle Schularten.“

Was macht der Senator? Wie setzt er sich damit auseinander? Er sagt: „Die Kritik der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren an der Bremer Stufenschule macht handfeste politische Interessen dieser Vereinigung deutlich, die sich auch nicht scheut zu verunsichern, Ängste zu erzeugen und zu disqualifizieren.“

(B) Meine Damen und Herren, wie ist es mit den vielen Eltern, mit den vielen Lehrern und mit den vielen Schülern, die nicht zurechtkommen? Wie ist es mit denen? Sind sie politisch irgendwie auf einen falschen Zug gestiegen und machen alle Blödsinn? Die sind betroffen, meine Damen und Herren! Die sind betroffen von einer Problematik, die auch in dieser Studie deutlich geworden ist.

Warum scheut die SPD eine offene Diskussion? Warum kehrt die SPD alles vom Tisch? Warum sagt die SPD, Huckelriede schließen wir, sonst müßten wir ein paar von unseren furchtbaren Zentren schließen? Nein, lieber eine einigermaßen funktionierende Schule schließen, statt sich in Frage zu stellen!

Wir wußten es doch 1971, daß wir zuviel geplant hatten, das kommt doch nicht erst plötzlich heute mit dieser Zahl, mit der man jongliert. Wir wußten dies schon 1971. Warum wurden die vielen Zentren so geplant? Nein, wir haben plötzlich einen Raster im Kopf, der heißt Stufenschule, alles vereinheitlichen, und dann müssen die anderen dafür büßen. So, meine Damen und Herren, geht das nicht!

Die SPD schafft überall Betroffenheit, sie schafft aber ganz besonders in der Bildung und bei den Schulen Betroffenheit. Ich meine, man könnte doch auch bitten, wieder zur Raison zu kommen. Es sind

(C) nicht nur Grüne betroffen, es ist nicht nur die CDU betroffen oder die FDP betroffen, es sind auch viele in der SPD und viele SPD-Wähler betroffen. Ich war in der letzten Woche in einer Sitzung, und da ist ein Mensch aufgestanden und hat gesagt, ich bin SPD-Mitglied, ich bin in der SPD tätig, ich bin auch ein Betroffener von Herrn Stichweh und seinen fanatischen Kollegen.

In diesem Sinn haben wir unseren Antrag gestellt in der Hoffnung, daß Sie uns unsere demokratischen Rechte gewähren, offen zu diskutieren, was wirklich in Bremen Sache ist. Wir wollen uns nicht mehr schämen, weil man sich über den Starrsinn der Bremer Bildungspolitik in der ganzen Bundesrepublik lustig macht. Wir sind echte Patrioten.

(Beifall bei BGL und CDU)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Lucks.

Abg. **Lucks** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Antwort des Senats eingehe, möchte ich einige grundsätzliche Aussagen machen. Im Schuljahr 1980/81 wurde von den Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis eine „Untersuchung und Beiträge zur Frage des Übergangs von Schülern aus der Sekundarstufe I in die NGO, ihrer Befindlichkeit und Einschätzung von Gegebenheiten im Unterricht des Jahrgangs 11,1“ vorgelegt. Diese erste Untersuchung wurde von den Direktoren der betroffenen Schulen sowie von der Schulbehörde geplant durchgeführt.

(D) Im Vorwort wird ausdrücklich betont, daß die vorgelegte empirische Untersuchung nicht die Aufgabe habe, Vorurteile zu widerlegen oder zu bestätigen, sondern sie wolle Reaktionen der Schüler darlegen. Weiterhin heißt es in dieser Untersuchung, daß die Aussagekraft zu gering sei und 1981 ausgedehnt auf die Jahrgangsstufen elf und zwölf zu wiederholen sei.

Meine Damen und Herren, die zweite Untersuchung wurde vom Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis im Mai 1982 vorgelegt. Der Bericht wurde jedoch zurückgehalten und der interessierten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Erst während der Debatte zu den Innenstadtschulen wurde einstimmig von der Bürgerschaft beschlossen, den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien und Gruppierungen diesen Bericht vorzulegen.

Wie schon 1980 vorgezogen, wurde die Befragung dieses Mal unter den Schülern der gymnasialen Oberstufe in der elften und zwölften Jahrgangsstufe durchgeführt. Beteiligt waren wiederum die Leiter der betroffenen Schulen und die Schulbehörde.

Folgende Schulen wurden ausgewählt: Schulzentrum Bördestraße, Schulzentrum Rübekamp, Schulzentrum Sekundarstufe II Walliser Straße, Schulzentrum Geschwister-Scholl-Straße in Bremerhaven, Schulzentrum Holter Feld, Schulzentrum Eggstedter

- (A) Straße und die Gymnasien Kleine Helle und Kippenberg.

Diese Schulen wurden gewählt, weil sie im Hinblick auf das Bremische Schulgesetz einen unterschiedlichen Entwicklungsstand repräsentieren. Die Schulzentren Rübekamp und Walliser Straße wurden ausgewählt, um eine angemessene Anzahl von Gesamtschülern zu erfassen.

Von 2 271 Schülern, die zur Zeit der Umfrage die gymnasiale Oberstufe in den Jahrgangsstufen elf und zwölf besuchten, haben 1 891 Befragte geantwortet. Das entspricht einem Rücklauf von 83 Prozent.

(Abg. Klein [CDU]: Oha!)

Der Bericht betont ausdrücklich, daß das Selbstbild der Schüler erfaßt wird. Es wird vorgeschlagen, die vorgelegte Untersuchung durch eine Eltern- und Lehrerbefragung zu ergänzen. Der Zentralelternbeirat hat sein diesbezügliches Interesse bereits bekundet.

Meine Damen und Herren, obwohl der Schulbehörde eigenständige Untersuchungen aus der Region links der Weser vorliegen, wurden aus diesem Gebiet keine Schulen in die Befragung einbezogen, im Gegenteil, eine Ausdehnung der Befragung von Schülern des Gymnasiums Huckelriede und des Schulzentrums Huchting wurde von der Schulbehörde unterbunden.

- (B) Warum ist es in Bremen eigentlich nicht möglich, kritische Aussagen, die eventuell gegen das etablierte Schulsystem lauten, sachlich zu diskutieren? Oder sollte das Abqualifizieren kontroverser Standpunkte bereits ein Eingeständnis verfehlter Schulpolitik in unserem Land sein?

(Beifall bei der CDU)

Bremen entwickelt sich gegenüber den anderen Bundesländern immer mehr zur Insel in Sachen Bildungspolitik. Selbst SPD-regierte Länder wie zum Beispiel Hamburg sind bestrebt, neben neuen Schulformen zum Vergleich bestehende Schularten, zum Beispiel in Hamburg 77 Gymnasien der Jahrgangsstufen fünf bis 13, zu erhalten und zu unterstützen.

Der Wettbewerb verschiedener Schulformen in Bremen wird dadurch abgebaut, daß die SPD alles daransetzt, funktionierende Schulen zu zerschlagen. Das beste Beispiel ist die Umstrukturierung der Innenstadtsschulen, die von der SPD auf der letzten Deputationssitzung beschlossen wurde.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Bericht zeigt auf, daß es dringend geboten erscheint, die Auswirkungen der Einführung der Stufenschule im Land Bremen zu untersuchen. Warum hat eigentlich der Senat oder das zuständige Fachressort eine solche Untersuchung noch nicht in Auftrag gegeben? Kritische Äußerungen zum Problem Stufenschule liegen ja nicht erst seit Mai 1982 vor. Es gibt eine Vielzahl von kritischen Berichten aus verschiedenen Schulen, auch Schulzentren, die zu dieser Problematik Stellung nehmen.

(C) Scheut der Senator für Bildung eine solche Untersuchung? Dann muß er sich der Kritik von Gremien stellen, die zum Teil von außerhalb Bremens die schulpolitische Landschaft in Bremen beobachten. Auf Äußerungen solcher Kritiker, wie zum Beispiel der Bundesdirektorenkonferenz, die vom 21. bis 24. September 1982 in Bremen tagte, nur mit Polemik zu antworten, statt auf die Kritik sachbezogen einzugehen, zeigt die Unsicherheit, die in der Leitung der Bildungsbehörde zu herrschen scheint.

Der Vorsitzende der Bundesdirektorenkonferenz hat auf die polemische Presseerklärung des Senators für Bildung in einem offenen Brief geantwortet. Er betont, daß dieses Gremium stets auf der Grundlage der Sachlichkeit, der Toleranz und des gegenseitigen Respekts argumentiert hat. Dann führt er weiter aus, ich zitiere:

„In Ihrer Presseerklärung vom 30. September 1982 im ‚Weser-Kurier‘ haben Sie, sehr geehrter Herr Senator von Hassel, diese Grundlage verlassen. Sie haben auf den Erfahrungsbericht von Frau Keunecke ‚die Stufenschule und der gymnasiale Bildungsauftrag‘ keinerlei sachliche Entgegnung gebracht. Statt dessen haben Sie uns, die Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren, in einmaliger Weise beschimpft, verunglimpft und in herablassender Weise beleidigt.“

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

(D) Wenn Sie uns unter anderem Polemik oder Unredlichkeit vorwerfen, so muß ich diese Vorwürfe mit aller Schärfe zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich mit diesen Anschuldigungen im Bereich der fachlich-pädagogischen Auseinandersetzungen als Vorbild für die Jugend, wie man Kontroversen austrägt, als verantwortlicher Bildungspolitiker in einmaliger Weise selbst geschadet.

(Beifall bei der CDU)

So etwas hat es bei einem Kultusminister/-senator im Umgang mit der Bundesdirektorenkonferenz noch nicht gegeben.“

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, Untersuchungen, Aussagen, Diskussionsangebote, die nicht ins Konzept passen, werden abqualifiziert, werden als nicht repräsentativ abgestempelt oder als nicht relevant bezeichnet. Das war auch die Reaktion zu der von Mitarbeitern des WIS vorgelegten empirischen Untersuchung.

Was sagt diese nun aus? Die zentrale Hypothese der Untersuchung lautet: Der Wechsel des Lernorts, zum Beispiel Anspruchsniveau, Leistungsorientierung, Fachwissen, Arbeitstechniken oder Gebäude, der Wechsel der Bezugsgruppen, zum Beispiel Freunde, Mitschüler, Lehrer, können beim Schüler zu psychischer Belastung und sozialer Unsicherheit

- (A) führen, was sich nachteilig auf Lernen und Identitätsfindung auswirken könnte.

Auf dem Hintergrund dieser Hypothese wurden die Schüler nach ihrer Einschätzung der gymnasialen Oberstufe befragt. So gaben über 50 Prozent der befragten Schüler an, sie würden die gewählten Leistungskurse nicht wieder wählen. Als Ursache für diese Aussage wurde Unzufriedenheit mit den eigenen Arbeitserfolgen und Enttäuschungen über den Inhalt der Leistungskurse genannt.

Die Umstellung auf das Kurssystem wird überwiegend positiv bewertet. Nur ein Drittel der befragten Schüler zieht den Klassenverband vor.

Das Verhältnis zu den Mitschülern ist zum Teil unpersönlicher geworden. Fast 60 Prozent sehen ihre Mitschüler leistungsorientierter.

Bei den Fragen zur Beurteilung der Arbeitsmaterialien würden 75 Prozent der Schüler am liebsten mit Lernbüchern und Textauszügen arbeiten. Allerdings sind nur bei zirka 40 Prozent der Schüler Lernbücher vorhanden, die aber nur zum Teil als gut benutzbar bezeichnet werden.

Erschwerende Bedingungen beim Übergang zur gymnasialen Oberstufe waren für die befragten Schüler unter anderem: Zirka 45 Prozent kannten keinen Lehrer dieser gymnasialen Oberstufe; zirka 45 Prozent mußten die Schule wechseln; bei zirka 45 Prozent waren die Mitschüler weitgehend unbekannt; 30 Prozent hatten Schwierigkeiten mit den vorausgesetzten Arbeitstechniken; 25 Prozent beklagten mangelndes Fachwissen aus der Sekundarstufe I; 23 Prozent waren verunsichert durch die Umstellung vom Klassenunterricht auf Unterricht in wechselnden Lerngruppen.

Meine Damen und Herren, dies sind nur einige Aussagen des Berichts. Es sind persönliche Aussagen von betroffenen Schülern, die es aufzuarbeiten heißt.

Warum ist dieser Bericht nicht der Deputation für Bildung vorgestellt worden, damit dieses Gremium sachbezogen die notwendigen Empfehlungen weitergeben könnte?

Festzustellen ist in Übereinstimmung mit der Untersuchung, daß erstens der durch den Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II abgebrochene soziale Kontakt schwerwiegende Auswirkungen auf die Schüler hat; zweitens durch durchgängige Schulen der Übergang in die gymnasiale Oberstufe für die betroffenen Schüler leichter zu verkraften ist; drittens die Stufenschulen des Sekundarbereichs I und II durch die Entwicklung zu einem selbständigen Eigenleben eine einheitliche gymnasiale Bildung vereiteln; viertens die einheitliche gymnasiale Bildung durch die notwendige Installierung von getrennten Lehrerkollegien in den Sekundarstufen I und II verlorengegangen ist; fünftens den Lehrern an den Sekundarstufen I durch die Trennung im Interesse der Schüler die Möglichkeit genommen wird, diese besser auf die Klassen elf bis 13 vorzubereiten; sechstens sich das Selbstver-

ständnis der Schüler und Lehrer des Sekundarbereichs I vorrangig an dieser Organisationseinheit und nicht notwendig am Endziel des Sekundarbereichs II orientiert; siebentens die Lehrpläne in der Sekundarstufe I am Endziel der Ausbildung orientiert sein müssen und nicht eine bloße Fortschreibung der Orientierungsstufe sein dürfen; achtens in der Sekundarstufe I ein Abschlußprofil für die Haupt- und Realschüler fehlt; neunten jeder Bildungsgang qualitativ speziell ausgebildete Lehrer benötigt; zehnten die in der Sekundarstufe I am Prinzip der Wissenschaftlichkeit ausgerichtete Ausbildung nicht für jeden Ausbildungsgang geeignet ist; elften die Ausrichtung der verschiedenen Bildungsgänge an allgemeinbildenden Schulen differenziert und stufenübergreifend gesehen werden muß.

Meine Damen und Herren, in der Zusammenfassung der Studie kommen die Verfasser zu folgenden Forderungen: erstens, auf Maßnahmen weiterer Horizontalisierung des Schulsystems zu verzichten, um Konkurrenz und Vergleichsmaßstäbe zu erhalten; zweitens, gegebenenfalls die Vielfalt der gymnasialen Abteilungen zu reduzieren, um vorhandene gut auszustatten und Folgeprobleme zu minimieren, das heißt also, nicht noch vorhandene Gymnasien zu zerschlagen, sondern eine vernünftige Konzeption für die Bremer Schulen zu erarbeiten; drittens, Bereitschaft zu zeigen, unterschiedlich arbeitende Kollegien und Schulen zu ertragen, individuelle Ausprägungen anzuerkennen; viertens, differenzierte Abschlußqualifikationen für die Sekundarstufe I und Eingangsvoraussetzungen für die gymnasiale Oberstufe zu formulieren und zu konkretisieren.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die hier vorgelegte Studie ist ein erster Schritt, die Auswirkungen der in Bremen eingeführten Stufenschule zu bewerten. Das erste Mal wurden die Betroffenen, nämlich Schüler, nach ihren Einschätzungen befragt. Aber auch Eltern und Lehrer sollten ihre Meinung frei äußern können. Die Erkenntnisse dieser Studie und weitere Befragungen müssen dazu führen, in Bremen wieder zu einem auch in anderen Bundesländern anerkannten Schulsystem zu kommen.

Dem Antrag der Bremer Grünen Liste, Drucksache 10/892, die Untersuchung der Schulsituation auch auf die Schulen links der Weser auszudehnen, stimmt die CDU-Fraktion zu.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch einige Bemerkungen zu der Antwort des Senats! Herr Senator von Hassel, Sie sagten gleich in der Beantwortung zu Frage eins: Stichwortartig an sieben Bremer Schulen und einer Bremerhavener Schule sei die Untersuchung durchgeführt worden.

(Senator v. Hassel: Stichprobenartig!)

(C)

(D)

(A) Stichprobenartig! Wenn von 2 200 Schülern 1 800 antworten, dann ist das aus unserer Sicht bereits ein sehr hoher Anteil und gibt schon einen sehr repräsentativen Querschnitt für die Ergebnisse.

Sie sagten weiter, es sei nicht Sache des Senats, Untersuchungen und Berichte, die von Mitarbeitern in eigener Verantwortung erstellt und veröffentlicht würden, zu bewerten. Wir sehen für diese Studie als Absender allein das Wissenschaftliche Institut für Schulpraxis — aufgeführt sind die Verfasser dieser Studie — an.

Ich habe bereits in meinen vorhergehenden Ausführungen gesagt, daß auch die Schulbehörde daran mitgearbeitet hat, zumindest an der Planung. Ich hörte hier von der Kollegin Frau Brox, daß darüber bereits Konferenzen beziehungsweise Besprechungen stattgefunden haben.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lucks, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Lucks** (CDU): Noch zwei Minuten!

Zu den einzelnen Fragen in der Bewertung! Die in dem Bericht zusammengestellten Schülerantworten geben aufschlußreiche Informationen, das sehen wir auch so. Ich sagte schon, die 83 Prozent sagen etwas aus, und wir müssen das aufarbeiten.

Dann geht es weiter! Der Untersuchungsbericht weist hinsichtlich der Auswertung methodische und systematische Mängel auf. Herr Senator, im Vorwort und im Nachwort steht ganz ausdrücklich, daß persönliche Meinungen auch der Verfasser hier in die Bewertung dieser Aussagen eingebracht worden sind. Das ist nie, auch nicht von den Verfassern, verschwiegen worden, deswegen können wir es doch nicht abqualifizieren.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Dann sagen Sie, der Senator für Bildung werde im Rahmen seiner Zuständigkeit darüber entscheiden, welchen Fragestellungen weiter nachzugehen ist. Herr Senator, ich kann Sie nur noch einmal auffordern, diesen Bericht wirklich systematisch in den zuständigen Gremien, zum Beispiel in der Deputation für Bildung, aufzuarbeiten!

Zu der Frage zwei, zu den Einzelpunkten, die dort genannt sind! Sie sagen gleich zu Anfang, daß der Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II keine Schwierigkeiten gebe. Ich kann das nur als Ihre persönliche Einschätzung oder die Einschätzung Ihres Hauses werten. Hier stehen sich zwei persönliche Einschätzungen gegenüber. Das müssen wir auch einmal sagen.

Sie sagen dann weiter, es gebe den Übergang zu allen anderen weiterführenden Ausbildungsgängen, und die Schüler hätten dabei die gleichen Schwierigkeiten. Ich würde das auch differenzieren. Wenn ein Schüler von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe wechselt, geschieht das von einer Schule zur anderen mit einem entsprechenden

Bruch. Wenn jemand aus der Sekundarstufe I in einen Beruf geht, kommt er an einen neuen Ort, wo er Beziehungen hat, sei es zu dem Lehrmeister oder zu seinen Kollegen, die dort sind, und wenn er zur Berufsschule geht, dann ist das ein- oder zweimal in der Woche, er hat sonst aber seinen Bezugspunkt dort. Dies ist also nicht ganz gleich zu bewerten.

(C)

Sie sagen zur Frage b), daß die Einheitlichkeit der gymnasialen Lehrpläne gegeben sei, und Sie sagen, diese seien durchgängig. Herr Senator, die Lehrpläne für die gymnasiale Bildung schließen nicht nahtlos aneinander an, sondern sie sind in sich getrennt, und es gibt hier einen Bruch. Sie sagen nämlich auf Seite vier genau das Gegenteil von dem, was Sie vorher gesagt haben, daß es wünschenswert sei, daß die Schulstufen sich gegenseitig abkapseln. Ich sehe diesen Widerspruch so, so habe ich es herausgelesen, vielleicht kann ich noch einmal aufgeklärt werden, welchen Fehler ich gemacht habe.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen! Wie lange benötigen Sie noch?

Abg. **Lucks** (CDU): Noch zwei Minuten!

Zur Frage c), den Lehrplänen, habe ich schon etwas gesagt. Zur Frage d)! Die Frage richtete sich, um das noch einmal deutlich zu machen, auf das Prinzip der Wissenschaftlichkeit. Wir wollen die dafür ausgebildeten Lehrer haben, und es geht nicht darum, daß wir Schülergruppen meinen, sondern Schularten meinen. Wir müssen uns also auf die verschiedenen Schularten, die in der Sekundarstufe I vorhanden sind, orientieren.

(D)

Als letztes zur Konsequenz! Sie sprechen in der Frage drei von Konsolidierung. Konsolidierung heißt nach unserer Vorstellung aber auch, gewonnene Erkenntnisse — und hier liegen Erkenntnisse vor, die noch weiter zu bewerten sind — konstruktiv umzusetzen. Warum haben Sie dann einen Arbeitskreis für die Sekundarstufe I unter Leitung von Herrn Eisenhauer eingesetzt?

(Senator v. **Hassel**: Von Herrn Pühnl!)

Von Herrn Pühnl, Entschuldigung! Warum haben Sie diesen eingesetzt, um die Unstimmigkeiten aufzuarbeiten? Ein Bericht liegt leider noch nicht vor. Ich will damit das erst einmal abschließen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Holl.

Abg. **Professor Dr. Holl** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich Mitglied dieses Hohen Hauses wurde, hätte ich mich wahrscheinlich nicht gewundert, eine solche Antwort zu erfahren, wie sie der Herr Senator von Hassel auf die Große Anfrage der CDU hier vorgetragen hat. Nach drei Jahren Mitgliedschaft in diesem Hohen Haus kann

(A) ich mich nicht mehr wundern, denn diese Antwort des Senats offenbart die gleiche, uns inzwischen sattsam bekannte Unempfindlichkeit gegen Kritik, wie wir sie eigentlich bei jeder Sitzung hier erfahren haben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muß ich leider sagen, ich kann mich nicht mehr wundern, das ist vielleicht schade, aber nicht zu ändern.

Ich nehme an, auch die Mehrheitsfraktion stimmt mir zu, wenn ich sage, jede Schule, das gilt auch für Schulen, um die es uns hier in Bremen geht, ist in erster Linie, nein, was sage ich, nur und ausschließlich eine Veranstaltung für Schüler

(Beifall bei FDP und CDU)

zu deren Ausbildung, zu deren Qualifizierung, zu deren Einübung auf ihre künftigen Tätigkeitsfelder im Beruf. Dies, was sie in der Schule erleben, vollzieht sich im Zusammenwirken mit dem Elternhaus, durch die Gesellschaft als globale Bildungsveranstaltung überhaupt, im Zusammenwirken mit Gleichaltrigen, Älteren und Jüngeren, also in einem Geflecht von Beziehungen, in einem kommunikativen Geflecht, wie man das etwas anspruchsvoller sagen könnte.

Insofern kann man eigentlich nicht verstehen, daß offenbar ein ganz anderes Bild von Schule gelegentlich von der Mehrheitsfraktion hier gezeichnet wird, das ausgeht von Wünschen, Hoffnungen und Erwartungen, die aber der Wirklichkeit und ihrer präzisen Beobachtung in den allermeisten Fällen überhaupt nicht standhalten können.

(B) Auch was der Senator in bezug auf die Voraussetzungen der Untersuchung, die hier in Rede steht, gesagt hat, trifft ja nun eigentlich gar nicht zu, wenn er sagt, es sei ja nun gerade ein Vorteil, wenn man vom Übergang von der einen in die andere Stufe Widerstände erfahre, daß man sich an ihnen abarbeiten müsse, daß das im Grunde ein erzieherisches Ziel sei, das man bejahen müsse, und daß das im Grunde auch in aller Regel von den Schülern verkraftet werde. So, meine ich, steht hier einfach Behauptung gegen Erfahrung. Ich überlasse es Ihnen zu entscheiden, meine Damen und Herren von der SPD, was Ihnen wichtiger ist, eine Behauptung oder das, was durch die Erfahrung tagtäglich erhärtet wird. Ich neige zu letzterem.

(Beifall bei der FDP)

Nun zur Untersuchung, die uns ja schon zum wiederholten Male beschäftigt hat! Sie bringt Ergebnisse, die der Mehrheitsfraktion und dem Senat nicht willkommen sind. Es ist legitim, daß der Senat sich durch eine Untersuchung nicht bestätigt sieht. Aber ich finde, es ist doch etwas merkwürdig, wenn mit einem vielleicht probaten, aber hier doch nicht zu bejahenden Argument geantwortet wird, nämlich mit dem Argument der Unwissenschaftlichkeit. Meine Damen und Herren, ein solches Argu-

ment wäre mir eigentlich zu billig, als daß ich es benutzen würde. (C)

Ich könnte mir vorstellen, es wäre auch möglich gewesen, daß die SPD und der Senator gesagt hätten, gut, ich teile nicht die Ergebnisse, aber ich setze mich mit den Methoden kritisch auseinander, nehme manche Kritik ernst, von manchen distanziere ich mich, aber eine so globale Behauptung, dieses ganze Werk sei in sich unwissenschaftlich, dies zu akzeptieren vermag ich beim besten Willen nicht.

Ich kann dies nicht als eine überzeugende Leistung des Senats betrachten, vor allem dann, wenn in der Antwort gleich zu Anfang steht, ich darf einmal zitieren, meine Damen und Herren: „Es ist jedoch für den Senat bei einer Untersuchung, die sich mit Fragen der bremischen Schule befaßt, von Interesse, von welchen Hypothesen die Untersuchung ausgeht, welche wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden angewandt worden sind und zu welchen Ergebnissen der Verfasser kommt.“

Also offenbar wird beklagt das Fehlen einer Hypothese, so verstehe ich dies, was der Senator dazu sagt. Ich lese aber gleich in der Vorbemerkung dieser Untersuchung auf Seite sechs und sieben: „Die zentrale Hypothese der Untersuchung lautet, der Wechsel des Lernorts (Anspruchsniveau, Leistungsorientierung, Fachwissen, Arbeitstechniken, Gebäude), der Wechsel der Bezugsgruppen (Freunde, Mitschüler, Lehrer) können beim Schüler zu psychischer Belastung und sozialer Unsicherheit führen, was sich nachteilig auf Lernen und Identitätsfindung auswirken könnte.“ (D)

Die Verfasser bekennen sich uneingeschränkt zu dieser zentralen Hypothese, und ich möchte den verantwortungsvollen Pädagogen und verantwortungsvollen Bildungspolitiker einmal erleben, der sich nicht zu einer solchen zentralen These ebenfalls bekennen könnte. Ich kann mir das nicht vorstellen.

(Beifall bei FDP und BGL)

Ich finde auch, daß diese Hypothese bei der ganzen Untersuchung durchgängig transparent ist. Sie liegt schlechthin dieser Untersuchung zugrunde, das ist auch gut so. Wir wissen ja von den vielen Klagen und Schwierigkeiten und Problemen, die die Schüler und die Lehrer mit den Stufenschulen haben. Wenn also behauptet wird, die Untersuchung sei unwissenschaftlich, so meine ich, muß gerechterweise gesagt werden, aus welchen Gründen sie unwissenschaftlich ist, was daran beanstandet werden muß und was notfalls an Korrekturen vorzusehen wäre. Abgesehen davon, wieso stellt sich der Senator eigentlich nicht vor die Mitarbeiter des WIS, das ja eine nachgeordnete Behörde seiner eigenen Behörde ist, warum sagt er nicht, ich stelle mich vor dieses WIS?

(Beifall bei FDP und BGL)

Es ist ja nicht nur dem Namen nach wissenschaftlich, sondern seinem ganzen Anspruch nach eine

- (A) Institution, die der Förderung von Wissenschaft dienen soll, der Vermittlung von Wissen an Referendare. Wieso kann er dann sagen, daß Mitarbeiter dieser seiner eigenen Unterbehörde unwissenschaftlich arbeiten? Er hat sie eigentlich damit in einer nicht mehr zu vertretenden Weise disqualifiziert.

(Beifall bei FDP und BGL — Abg. W e d e -
m e i e r [SPD]: Man muß auch einmal die
Wahrheit sagen können!)

Dies ist die Praxis, die inzwischen ja auch an anderen Orten bekannt geworden ist. Frau Kollegin Brox und, ich glaube, auch Herr Lucks haben ja darauf hingewiesen, daß Herr Senator von Hassel sich zu der, wie mir scheint, sehr durchdachten und berechtigten Einschätzung geäußert hat, die von der Vereinigung der Direktoren von Gymnasien und gymnasialen Abteilungen vorgetragen worden ist. Auch hier hätte durchaus Gelegenheit bestanden, mit der sehr verantwortungsvollen Kritik etwas pfleglicher umzugehen, als es tatsächlich geschehen ist.

(Beifall bei der FDP)

Es wird nun in der Antwort des Senats immer wieder behauptet, daß die Einheitlichkeit gymnasialer Bildung am durchgängigen Lehrplan festzumachen sei. Das ist eine Formulierung, die hier auf Seite drei steht, und die sagt, daß damit schon erwiesen sei, daß es überhaupt keine Brüche gebe, weil ja die Einheitlichkeit der Lehrplanung dafür Sorge, daß Brüche gar nicht erst auftreten oder jedenfalls minimiert würden.

- (B) Das, meine Damen und Herren, ist nun wiederum eine ganz schlichte, durch nichts erwiesene Behauptung. Die Erfahrung steht wiederum dagegen und nicht nur die Erfahrung, sondern der erklärte Wille der Bildungspolitik der SPD steht dagegen, denn es ist ja keineswegs so, daß die Einheitlichkeit des Lehrplans ihre Entsprechung in der Einheitlichkeit der Lehrerbildung fände, sondern man achtet ja ganz entschieden darauf, daß nach Stufenorientierung ausgebildet wird, und die setzt sich ja bis in die universitäre Ausbildung fort.

Wie wir wissen, gibt es ja seit geraumer Zeit die Absicht, daß die Ausbildung von Lehrern an der bremischen Universität sich ganz strikt an dem Stufenkonzept bremischer Schulplanung orientiert. Nebenbei bemerkt, dies ist mit Gewißheit kein Beitrag zur Konsolidierung der Universität Bremen, kein Beitrag zu der Sicherung ihrer Anerkennung in anderen Bundesländern, sondern das Gegenteil davon. Mit Sicherheit werden davon weitere ganz gravierende Gefährdungen für die Anerkennung der Universität und ihre Abschlüsse in der Lehrerbildung ausgehen. Ich möchte vorsorglich schon jetzt darauf hinweisen, daß solche Gefahren sich abzeichnen.

Meine Damen und Herren, weil das alles so ist, wie wir, ich glaube, zutreffend sagen, da wir Erfahrungen zugrunde legen und nicht Behauptungen

- und Intentionen und ideologische Vorstrukturierung der Argumentation, weil alles so ist, sind wir der Meinung, wenn dies alles als unwissenschaftlich abgetan wird, daß dann alles darangesetzt werden muß, damit die Mängel, die diesem Werk angeblich anhaften, korrigiert werden, dann muß neu angefangen und auch nachgeholt werden, was die Kollegin Frau Brox für die BGL ja hier begründet hat, nämlich die Untersuchung auf die Neustadtschulen auszudehnen. (C)

Ich spreche damit gleichzeitig die Zustimmung meiner Fraktion zu dem BGL-Antrag aus und erkläre noch einmal unser ausdrückliches Erstaunen über das Verfahren, das der Senat geglaubt hat anwenden zu können gegenüber einer Untersuchung, die alle unsere Befürchtungen, alle unsere Beanstandungen, alle unsere Fragen, die wir der Stufenschule gegenüber seit Jahr und Tag formuliert haben, in vollem Umfang bestätigt.

(Beifall bei FDP und BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht im einzelnen auf die WIS-Studie eingehen, unter anderem deswegen, weil ich die langen Bildungsdebatten in diesem Haus hassen gelernt habe. Nur soviel dazu! Ich bin auch der Meinung, daß die Autoren dieser Studie durchaus schulpolitisch voreingenommen sind. Das, was sie in ihrem Vorwort den Befragten unterstellen, ist auch gar nichts Schlechtes, diese Voreingenommenheit und diese bestimmte politische Herangehensweise hat schließlich jeder. (D)

Trotzdem denke ich, daß einige Gewichtungen in der Studie problematisch sind. So werden wesentliche Ziele der Oberstufe, zum Beispiel Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung, Persönlichkeitsbildung, Erziehung zur Toleranz, so gering angesehen, daß sie da nicht einmal erwähnt werden. Diese Studie hat also sicher Probleme. Womit ich mich aber eigentlich in aller Kürze beschäftigen möchte, ist, was denn nun die SPD, die hier die Studie so vehement attackiert, nun eigentlich ihrerseits tut auf diesem Sektor.

Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß alle gegenwärtigen Veränderungen und Diskussionen zum Gymnasium dazu bestimmt sind, die Zahl der Hochschüler und damit die der Abiturienten und die der gymnasialen Oberstufenschüler und die des Gymnasiums überhaupt zu senken, auch gerade in dieser Reihenfolge. Das geschieht durch Prüfungen oder Herausprüfungen.

Auch die Veränderungen in der NGO haben bundesweit das Ziel zu selektieren. Da macht Bremen jetzt organisatorisch mit durch die Verlängerung der Hauptphase auf den benoteten 13/2-Unterricht. Die KMK wird das demnächst, ich glaube, im November mit Bremens Stimme beschließen, und wir und übrigens auch die GEW

- (A) befürchten, daß danach dann, was jetzt noch entschieden verbal abgelehnt wird, die inhaltlichen Auflagen nach und nach auch kommen werden.

(Abg. Dr. Menke [CDU]: Das hoffen wir!)

Die SPD hat die WIS-Studie als Angriff auf die Stufenschule entschieden abgewehrt, beschließt aber gleichzeitig Veränderungen an den Bremer NGO, die in die gleiche Richtung laufen. Sie bestreiten diese Richtung bis jetzt noch entschieden.

Herr Stichweh hat in den Gesprächen mit der GEW-Fachgruppe in den letzten Wochen immer wieder entsetzt aufgeschrien, wenn die sagten, daß die Einführung von 13/2 der weitere Schritt nach der in den letzten Jahren bereits von der KMK mit Bremer Unterstützung beschlossenen Richtung Selektion sei und der nächste dann die weiteren inhaltlichen Auflagen. Daß inhaltliche Auflagen kommen sollten, bestreitet die SPD bis jetzt, sagt aber gleichzeitig, daß sie natürlich ihre Position nur hochhalten könne, wenn mindestens Nordrhein-Westfalen mitmache. Die SPD Nordrhein-Westfalens wird, so wie die hessische SPD und die hamburgische SPD es schon haben, Schritt für Schritt mit Auflagenerhöhungen weitergehen. Das, Herr Stichweh, wissen Sie, und das ist ein Stück Täuschung der Öffentlichkeit, und das ist auch ein weiteres Beispiel für die Breitbandlüge der SPD.

- (B) (Abg. Stichweh [SPD]: Das ist doch Olafs Wort! — Abg. Gassdorf [CDU]: Was ist das denn?)

Das ist ein Wort, das sich inzwischen eingebürgert hat,

(Abg. Stichweh [SPD]: Bei wem?)

das nicht nur geistiges Eigentum der BGL allein ist. Das ist inzwischen in Bremen gängig, Herr Stichweh! Gerade auf diesem sensiblen Bildungssektor diese Art von schizophrener Politik und auch Täuschungspolitik zu betreiben, das finde ich eine besonders schlimme Angelegenheit.

(Abg. Kunnick [SPD]: Das finde ich hoffentlich im Protokoll wieder!)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Stichweh.

(Abg. Stichweh [SPD]: Herr Präsident, ich beabsichtige aber, meine Redezeit voll auszuschöpfen!)

Meine Damen und Herren, dann schlage ich vor, daß wir bis 14.30 Uhr die Sitzung unterbrechen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.50 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr. (C)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nimmt unter anderen eine Gruppe der Altentagesstätte Anna-Stiegler-Haus als Zuhörer teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Wir befinden uns in der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte acht und neun und setzen die Aussprache über den Antrag der Gruppe der BGL zur Schulsituation links der Weser sowie über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU zum Schulstufenwechsel fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh.

Abg. Stichweh (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorhin hat jemand gesagt, Bildungspolitiker schaffen es, jede Kirche leereden. Ich halte es in Anbetracht der Tatsache, daß ich mich praktisch niemals ein zweites Mal melde — ich sehe das heute so, daß ich nicht so auskommen werde —, in der Regel gemeinsam mit dem Senator, wir aber immerhin gegen drei bis vier Redner halten müssen, von denen sich die meisten noch zweimal melden — —.

(Abg. Josette Delphine Brox [BGL]: Der arme Herr Stichweh!) (D)

Das geht schon wieder los! Frau Brox, lassen Sie mich doch wenigstens den ersten Satz zu Ende führen, und dann fangen sie mit Ihren Zwischenrufen an! Ich halte es also für notwendig und bedauern es, daß wir diese Debatte nicht heute vormittag abschließen konnten, aber ich muß jetzt versuchen, den Faden wieder aufzunehmen.

Ich möchte zu den Debattenrednern vier Vorbemerkungen machen. Zunächst zu Herrn Luks! Herr Luks hat gesagt und hat das ziemlich ausführlich auch sogar noch begründet, daß es sich um eine Untersuchung des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis, abgekürzt WIS, handele. Nun habe ich die Untersuchung hier in der Hand. Da steht auf dem ersten Deckblatt — die Untersuchung hat nämlich zwei Deckblätter —, auf dem ersten Deckblatt steht: „Empirische Untersuchung zum Übergang aus der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II, gymnasiale Oberstufe — eine Schülerbefragung, durchgeführt im ersten Schulhalbjahr 1981/82“. Dann heißt es hier: „Frei“ — das soll wohl „Freie“ heißen —, „Freie Hansestadt Bremen, Wissenschaftliches Institut für Schulpraxis“, dann blättert man um, dann kommt eine Leerseite, dann kommt noch

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) einmal haargenau der gleiche Titel, und dann heißt es bloß nicht mehr, „Freie Hansestadt Bremen“, sondern dann heißt es, „vorgelegt von C. Büchner und I. Garrels, Mai 1982“. Da kommen einem die ersten Zweifel.

Wenn man dann noch hört, und das ist jetzt mein Erkenntnisstand, daß die Leitung des WIS dieses Papier nicht geprüft und nicht genehmigt hat — Gott sei Dank, das WIS ist nämlich so gut, und es spricht für das WIS, daß es sich hinter diesem Papier nicht versammelt hat —

(Beifall bei der SPD)

daß dieses Papier nicht durch die Gremien des WIS gegangen ist und daß der eine der beiden Verfasser, Abteilungsleiter am WIS, dieses Papier in zweihundertfacher Ausfertigung mit seinem Privat-Pkw in die Schulbehörde gefahren hat und dort die Postverteilung überwacht hat — was hat eigentlich jemand in der Besoldungsgruppe als Postverteiler zu tun? —, dann fragt man sich, wo der nächste Zweifel ist.

Wenn dann Herr Lucks hier behauptet, daß die Schulverwaltung an dieser Sache beteiligt war, dann möchte ich wirklich bitten, daß der Senator hierzu einmal Stellung nimmt, damit wir das endlich einmal herausbekommen, wie dieses Ding zustande gekommen ist.

(B) (Abg. Klein [CDU]: Das sind ja balkanische Zustände des vorigen Jahrhunderts! — Zuruf der Abg. Josette Delphine Brox [BGL])

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, Herr Abgeordneter Stichweh, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Richter anzunehmen?

Abg. **Stichweh** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Herr Kollege Stichweh, ist es denn dann möglich, wenn vollkommen Unberechtigte nach Ihren Ausführungen Dinge dort abliefern können und in den Postverteiler geben, daß ich morgen auch mit meinem Pkw komme und Dinge abliefern?

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Abg. **Stichweh** (SPD): Herr Kollege Richter, da gebe ich Ihnen recht, wir Abgeordneten sind mit dem, was Zuarbeit betrifft, denkbar schlecht ausgestattet, so daß das sehr häufig unsere Aufgabe ist, dergleichen Aufgaben wahrzunehmen. Das sollten wir auch weiter tun, damit wir nicht einen riesigen Unterbau haben!

Die zweite Vorbemerkung! Ich dachte, meine Damen und Herren, es stand diese empirische Untersuchung auf der Tagesordnung, wenn ich aber Frau

Brox und auch Herrn Lucks anhöre, dann ging es in erster Linie wohl um die Bundesdirektorenkonferenz und um den Briefwechsel, den Herr Senator von Hassel mit diesen Damen und Herren gehabt hat.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Ich kann Ihnen nur eines dazu sagen, ich habe diesen Briefwechsel aufmerksam verfolgt, Herr Senator von Hassel, Sie haben meine volle Unterstützung für das, was Sie diesen anmaßenden Herren dort geschrieben haben,

(Beifall bei der SPD)

denn das haben sie verdient gehabt. Ausgangspunkt schulpolitischer Überlegungen dürfen nicht Standesdünkel und Anmaßerei sein, sondern die Interessen der Schüler nach Förderung und Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu Herrn Willers! Herr Willers hat nur ganz kurz auf die Studie Bezug genommen und hat dann sehr ausführlich über die Beratungen — mehrere Termine hat es dort gegeben — der SPD-Bildungsdeputierten mit dem GEW-Landesvorstand gesprochen, obwohl er selbst an diesen Verhandlungen nicht teilgenommen hat. Er hat sich sehr zum Anwalt der GEW gemacht, aber leider, Herr Willers, haben Sie die Stellungnahme der GEW, die zu diesem Komplex vorliegt, hier nicht vorgetragen. Jetzt muß ich das nachholen, damit auch einmal deutlich wird, was Ihre Freunde zu diesem Papier gesagt haben. Es heißt dort in der Stellungnahme der GEW, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

„Die GEW fordert den Senator für Bildung auf, erstens die Untersuchung von Büchner/Garrels nicht zur Grundlage weiterer Änderungen im Bereich der GyO zu nehmen,“ — GyO ist gymnasiale Oberstufe — „sondern sich an der im Bremer Schulgesetz vorgeschriebenen Weiterentwicklung der NGO zu einem voll integrierten Teil einer Sekundarstufe II zu orientieren; zweitens, nicht den Forderungen der Autoren für die Sekundarstufe I zu folgen (Verschärfung des Leistungsdrucks unter dem Titel ‚bessere Vorbereitung auf die Sekundarstufe II‘ und Verschärfungen der Bestimmung des Übergangs auf die Sekundarstufe II); drittens, gegenüber dem Zentralerlernbeirat deutlich die mangelnde Wissenschaftlichkeit der empirischen Erhebung und Unsicherheit und Gefährlichkeit der Schlußfolgerungen der Autoren darzustellen.“

Es hätte Ihnen gut angestanden, Herr Willers, wenn Sie das auch zitiert hätten!

Dritte Vorbemerkung! Frau Brox hat angekündigt, sie wolle mich glücklich machen,

(Zurufe von der SPD)

(A) und sie hat das auch begründet.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:
Solch ein Angebot würde ich aber wahr-
nehmen!)

Frau Brox hat das damit begründet, daß ich in der letzten Sitzung am 31. August gefordert hätte, diese Untersuchung auch auf das linke Weserufer auszu-
dehnen. Deswegen hat die Bremer Grüne Liste diesen Antrag übernommen und fordert nun, diese Untersuchung auch auf das linke Weserufer auszu-
dehnen. Jetzt habe ich zufällig, wie das eigentlich gar nicht meine Art ist, das Bürgerschaftsprotokoll dabei vom 31. August, und nun wollen wir doch einmal feststellen, was da gesagt worden ist. Ich zitiere aus Seite 1775.

„Abg. Professor Dr. Holl (FDP): Herr Stichweh, glauben Sie nicht, daß die Zahl von 1 800 und mehr Schülern, die befragt worden sind, doch eine hinreichende Grundlage für aussagefähige Beurteilungen abgeben könnte?“ Dann kommt noch eine zweite Frage, die ich übergehe. Ich wiederhole nur die Antwort, die ich gegeben habe. „Zu der ersten Frage, zu der verhältnismäßig hohen Zahl von Schülern — ich muß das jetzt in zwei Minuten beantworten und muß auch noch zu zwei Anträgen Stellung nehmen — nur einen Hinweis! Das linke Weserufer kommt bei den befragten Schülern überhaupt nicht vor, das ist vielleicht ein Hinweis, man muß das alles in Ruhe betrachten.“

(B)

Meine Damen und Herren, wo habe ich denn gefordert, die Untersuchung auf das linke Weserufer auszudehnen? Mitnichten! Frau Brox — jetzt hört sie leider nicht zu, jetzt wollte ich ihr den Hinweis geben, wie sie mich glücklich machen kann —, Frau Brox,

(Zurufe von der SPD)

ich wollte Ihnen den Hinweis geben, wie Sie mich einmal glücklich machen können, das können Sie nämlich machen, Frau Brox, indem Sie mich ein einziges Mal nur korrekt zitieren.

(Beifall bei der SPD — Abg. Wedemeier [SPD]: Da hat sie aber sicher mehr erwartet! — Unruhe — Zurufe — Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Stichweh!

Abg. **Stichweh** (SPD): Ja, so einfach ist das, wie das mit der Wahrheitsliebe von Frau Brox ist! Es tut mir immer leid, eine Kollegin angreifen zu müssen.

(Zurufe — Abg. Dr. Zollmann [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Abgeordneter Stichweh, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? (C)

Abg. **Stichweh** (SPD): Nein, ich möchte jetzt eben auf den Punkt einmal eingehen! Wie das mit der Wahrheitsliebe von Frau Brox ist, das haben wir gestern erlebt, als sie behauptet hat, die Bürgerinitiative Gesamtschule Mitte bestünde ausschließlich aus DKP-Leuten und Sozialdemokraten, und ihr hier durch den Kollegen Schröder nachgewiesen wurde, der ja FDP ist, daß das nicht der Fall ist, und sie nicht den Mut gehabt hat zu sagen, daß sie sich in diesem Punkt irre. Es wird in Bausch und Bogen verurteilt, und dann machen Sie hier Unterstellungen und sprechen davon, daß wir bestimmte Raster hätten! Untersuchen Sie sich bitte einmal selbst, welche Raster Sie haben!

(Beifall bei der SPD)

In allem Ernst und in aller Unhöflichkeit!

Herr Dr. Holl hat gesagt, SPD und Senat seien unempfindlich gegen Kritik. Das ist ein schlimmer Vorwurf. Man muß empfindlich sein gegen Kritik, aber die Kritik muß dann auch fundamentierte sein. Die muß dann gut sein, die muß qualifiziert sein, und diese Kritik, die in diesem Papier auftaucht, ist unqualifiziert, und das werde ich jetzt beweisen. Die Untersuchung beginnt mit folgenden Sätzen, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

(D)

„Die hier vorgelegte Untersuchung ist eine Überprüfung und Fortsetzung einer Erhebung, die im Jahre 1980 zirka acht Wochen nach Beginn des Schuljahres durchgeführt wurde. Die damals erhobenen Daten ließen es nicht zu, die gymnasiale Oberstufe — GyO — insgesamt als Fehlplanung zu bezeichnen, vielmehr rückten neben negativen Erscheinungen positive Aspekte in den Vordergrund.“

Hiermit geben die Verfasser selbst zu in ihrem ersten Satz, daß sie schulpolitisch voreingenommen sind. Dennoch kann man das nicht als ausschließlichen Beweis belegen. Das geht jetzt weiter. Weiterhin ist gesagt worden, daß die Befragung ausschließlich auf Selbsteinschätzung — das ist mir nicht gesagt worden, das steht auch darin —, ausschließlich auf Selbsteinschätzung von Schülern beruht. Das kann man machen, man muß daraus nur die richtigen Schlüsse ziehen. Die Fachleute, ich erläutere gleich den Begriff, etwas vereinfacht, reden hier von Signifikanz.

Man muß nämlich, wenn jemand eine Selbsteinschätzung vornimmt, fragen, wie hoch der Grad der Wahrscheinlichkeit, daß diese Selbsteinschätzung richtig ist, ist. Das weiß auch jeder, der Kollege Richter nickt. Um das einmal an einem Beispiel klarzumachen: Wir haben jetzt gerade in den verschiedenen Parteien das Problem, daß wir Kandidatenlisten aufstellen, und da ist es ein Problem der Signifikanz, daß beispielsweise der einzelne Kandidat,

(A) das wird sicherlich einmal zutreffen, sich etwas besser einschätzt als das Gremium, das ihn aufstellt.

So ist das mit der Selbsteinschätzung. Sie muß nicht unbedingt falsch sein. Man muß nur die Fehlerquoten, die es bei Selbsteinschätzungen gibt, überprüfen und muß sie dann mit einbauen. Das ist in diesem Papier unterblieben. Das trifft nur den Bereich, daß man sagen kann, hier sind wissenschaftliche Kriterien nicht in der gebotenen Sauberkeit und Ordnungsgemäßheit angewendet worden.

Der nächste Punkt ist der, daß es mehr Fragen gegeben hat, als tatsächlich nachher ausgewertet wurden. Nun weiß man auch, wenn man eine Befragung macht, muß man sich besonders gründlich überlegen, welche Fragen man stellt, und wenn man dann Fragen nicht auswertet, weil man mit den Antworten unter Umständen nichts anfangen kann, dann gehört es sich so, daß man diese Fragen aufführt und auch aufführt, warum man sie in der Auswertung nicht verwenden konnte. Das fehlt in dieser Arbeit, das ist der zweite Punkt, bei dem die Wissenschaftlichkeit nicht den allgemein üblichen Erfordernissen standhält.

Dann wird die schulpolitische Voreingenommenheit, das ist der nächste Punkt, der Verfasser besonders im Nachwort deutlich, und in diesem Nachwort wird zu dem ganzen Fragenteil überhaupt nicht Bezug genommen. Es werden gerade in diesem Nachwort sehr weitreichende Behauptungen aufgestellt, ohne daß auch nur ein einziger Versuch gemacht wird, jede dieser Behauptung oder die meisten dieser Behauptungen mit Fragestellungen zu belegen. Ich werde nachher genau das Gegenteil tun und werde, damit muß ich Sie ein bißchen langweilen, indem ich Seitenzahlen und Tabellen aufzähle, beweisen, wo beispielsweise Ergebnisse, die für die Stufenschule sprechen, in dieser Auswertung überhaupt nicht vorkommen. Das ist nicht gemacht worden.

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Abgeordneter Stichweh, sind Sie jetzt bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen? Ich muß Sie aber darauf aufmerksam machen, daß die letzten drei Minuten angebrochen sind.

Abg. Stichweh (SPD): Ja, dann muß ich mich sowieso zum zweiten Mal zu Wort melden, dann nehme ich die Zwischenfrage an.

Vizepräsident Ehlers: Bitte, Herr Professor Dr. Holl!

Abg. Professor Dr. Holl (FDP): Herr Kollege Stichweh, da Sie offenbar den Nachweis zu erbringen beabsichtigen, daß die beiden Verfasser einer wissenschaftlichen Qualifikation entbehren, eine solche Studie zu erstellen, jedenfalls daß die Studie unwissenschaftlich sei, wie erklären Sie es sich dann, daß diese beiden Mitarbeiter dann überhaupt Mitarbeiter des WIS haben werden können?

Abg. Stichweh (SPD): Also, erst einmal, um das klarzustellen, Herr Dr. Holl, ich habe mich nicht zu der wissenschaftlichen Qualifikation der Verfasser geäußert, ich habe mich zu der Wissenschaftlichkeit dieser Studie geäußert, und ich habe zwei gravierende wissenschaftliche Mängel nachgewiesen.

Ich komme jetzt zu dem Punkt, bei dem ich schulpolitische Voreingenommenheit nachweisen möchte, das ist der nächste. Dann, Herr Dr. Holl, um das einmal deutlich zu sagen, wie jemand das oder das sein konnte, also ich habe in diesem Hause auch schon Sachen, gerade gestern mußte ich mich für einen Fehler entschuldigen, falsch und Fehler gemacht. Es ist nun nicht so! Man könnte auch sagen, ein Abgeordneter kann sich nicht irren, oder ein Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Instituts kann sich nicht irren, ich bitte doch wirklich, nicht abzulenken, denn Sie alle sind der Sache ausgewichen, was in diesem Papier steht, wo sich die Spalten und die Auswertung widersprechen! Jetzt wollen Sie davon ablenken und so tun, als hätte ich die Personen persönlich diffamiert. Das ist nicht der Fall! Das weise ich in aller Form zurück!

(Beifall bei der SPD — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich setze mich mit diesem Papier auseinander, ich setze mich mit dem Papier auseinander, was Sie benutzt haben als Fundament, um eine massive Kritik gegen die Stufenschule zu führen, und ich breche jetzt an dieser Stelle ab, weil das ganz gut paßt, dann kann ich mich in einem zweiten Teil noch einmal melden. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator von Hassel.

Senator für Bildung v. Hassel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat wesentlich im Mittelpunkt — vor allen Dingen der kritischen Beiträge der Opposition — die Behauptung gestanden, daß es der Mehrheitsfraktion, dem Senator für Bildung und dem Senat in irgendeiner Weise unangenehm sein könnte, Untersuchungsergebnisse zur Kenntnis zu nehmen, die die schulische Wirklichkeit an einzelnen Stellen kritisch beleuchten.

Ich möchte dazu zunächst eine allgemeine Bemerkung machen. Ich habe, seit 1971 Mitglied dieses Hauses, über all die Jahre im Bereich der Bildungspolitik die ständig wiederholt vorgetragene Forderung gerade der CDU-Fraktion im Gedächtnis vor allem die in der Reform befindlichen Teile unseres Schulwesens doch ständig möglichst überall einer intensiven begleitenden Untersuchung und Überprüfung zu unterziehen.

Ich bemerke dazu zunächst, daß meiner Meinung in wachsendem, in zunehmendem Maße dabei verdrängt wird, daß es auch sicher in den Bücher-schränken der Fachleute in den Oppositionsfraktio-

(C)

(D)

(A) nen in langen Reihen Literatur gibt aus den sechziger und siebziger Jahren, in denen als Ergebnisse umfassender wissenschaftlicher Untersuchungen strukturelle Mängel des bestehenden Schulwesens dargestellt und aufgelistet sind, die ja alle miteinander zu Beginn der siebziger Jahre die wesentliche Basis für die Reformvorstellungen und Veränderungskonzepte gewesen sind, wie sie nicht nur das Bundesland Bremen aufgenommen hat. Es gibt, bezogen auf das herkömmliche Schulwesen, diese Feststellungen zu Bänden, nicht in dem Sinne, daß man diejenigen, die dort Arbeit leisten, zu kritisieren hätte, sondern in dem Sinne, daß diese Struktur aus ihren Bedingungen bestimmte Anforderungen, Erfordernisse der modernen Gesellschaft nicht erfüllen kann. Das wissen alle Fachleute in diesem Hause. Das wird verdrängt bei dieser Diskussion.

Dennoch sage ich, für die Bereiche, die sich in der Veränderung befinden, akzeptiere ich den Anspruch begleitender Untersuchungen. Aber solche Untersuchungen müssen gründlich sein, sie müssen methodisch präzise und zuverlässig, sie müssen auch, das füge ich ausdrücklich hinzu, ergebnisoffen sein.

Als einen Beleg dafür, daß dies mit den begrenzten Kräften meines Hauses ständig geschieht, nenne ich als ein Beispiel, daß wir im Augenblick eine sehr umfangreiche Umfrage von allen Schulzentren der Sekundarstufe I mit den Antworten vorliegen haben, die bei uns im Haus gerade mit dem Ziel ausgewertet wird, meine Damen und Herren Bildungsdeputierten und Sprecher, sie etwa Anfang nächsten Jahres der Deputation für Bildung mit ihren Ergebnissen und unserer Beurteilung vorzulegen.

(B) Nun zum Thema Untersuchung hier konkret! Da unterscheide ich zunächst, auch nach dem Ablauf der Debatte, solche Untersuchungen, die ich kennzeichnen möchte als mehr privat und persönlich zu beantworten, bildungspolitische Stellungnahmen und ähnliches, wie es zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren und ihrer hiesigen Tagung angefertigt und dort vorgetragen worden ist. Ich möchte Ihnen, damit Sie den Ablauf der Ereignisse einmal richtig beurteilen können und nicht Wirkung vor Ursache stellen, kurz berichten, wie das alles abgelaufen ist.

Ich habe auf eine entsprechende Bitte hin den hier zu Gast weilenden Vertretern dieser Bundesvereinigung, die nach meiner Beurteilung, sagen wir, eine private Vereinigung ist zur Beratung und Vertretung gemeinsamer Interessen und Standpunkte, insofern unter diesem Vorzeichen auch legitim, ich habe auf eine solche Bitte hin den anwesenden Gästen einen Senatsempfang gegeben und mich anschließend gegen Ende jener Woche, weil ich früher nicht konnte, einer mehrstündigen Debatte gestellt im Rathaus, durchaus sachlich, kontrovers und auch anschließend, von beiden Seiten übrigens, auch schriftlich von dem Vorsitzenden der Vereinigung so bewertet. Gegen Ende dieser Veranstaltung ist mir

(C) dieses Papier überreicht worden, das schon wenige Tage vorher in der gleichen Gruppe vorgetragen worden war, das ich gern vor meinem eigenen Beitrag gekannt hätte und das dieses Papier darstellt, über das Sie hier reden.

Es hat dann anschließend eine Pressekonferenz dieser Bundesvereinigung und ihrer Vertreter gegeben, in der man dann geglaubt hat, gestützt auf dieses Papier, das eine Einzelmeinung aus der hiesigen Szene darstellt, das bremische Schulwesen, die bremischen schulgesetzlichen Regelungen und unsere Wirklichkeit in massiver Weise und auch die Eltern und ihre Einstellung berührende Weise herabsetzen zu können, in herabsetzender Weise kritisieren zu können. Dies ist ein Stück Politik, ist insofern legitim. Ich habe dieses Stück Politik, Interessenpolitik, Schulpolitik mit einem bestimmten Standpunkt so aufgenommen und so beantwortet, wie sich das auf diesem Feld gehört, mit gleicher Münze ebenso deutlich zurückgezahlt. Wer sich auf dieses Feld begibt, das habe ich in diesem Zusammenhang hier schon einmal gesagt, muß sich nicht wundern, wenn er nach den Regeln dieses Feldes behandelt wird. Ich nehme von dem, was ich auf diese Münze daraufgelegt habe, nichts zurück.

(Beifall bei der SPD)

(D) Von solchen Untersuchungen ist das zu unterscheiden, worüber wir hier reden. Dies ist, um es klarzustellen, weil auch gefragt worden ist in dem förmlichen Sinne, daß es sich um einen Auftrag und unter der Verantwortung der Leitung dieses Instituts um eine Untersuchung des WIS gehandelt hätte, keine Untersuchung des WIS.

Es ist eine Untersuchung, die von zwei Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Instituts vorgenommen worden ist in Fortführung einer Voruntersuchung, die durchaus auch bekannt war, auch bei mir, bei deren Vorbereitung, was diese Untersuchung angeht, durchaus Mitarbeiter meines Hauses geholfen haben, Unterstützung angeboten haben, weil ja zum Beispiel solche Erhebungen in Schulen ohne Begleitung und Unterstützung der Schulaufsicht gar nicht möglich wären. Das trifft auch durchaus auf meine Zustimmung und Unterstützung, weil wir, ich auch, an Untersuchungen solcher Art natürlich interessiert sind, auch mit der Zielrichtung, über mögliche Schwachstellen unserer Schulwirklichkeit unterrichtet zu werden.

Aber, das muß ich hinzufügen, wer dann das, was herauskommt als Ergebnis dieser Befragung, ihre Auswertung zusammengefaßt in einem Bericht unter einem Vorblatt veröffentlichen möchte, das die Bezeichnung meines Amtes trägt, der muß sich dann mit allem, was dahintersteht, weil ich dann ja Verantwortung dafür mitübernehmen soll, meiner kritischen Beurteilung stellen und ist auf meine Zustimmung angewiesen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Dieser Hinweis mit der Zustimmung meint nicht und in keinem Fall, daß hinter diesem Deckblatt nur ein mir genehmes Ergebnis stehen kann. Es meint aber, daß es in der Stringenz, im Ablauf, in der Darstellung gewissen Kriterien von Objektivität und Sachgerechtigkeit entsprechen muß. Dazu sage ich, ohne ins einzelne zu gehen, man kann über die Formulierung der Hypothese kritisch diskutieren, ich akzeptiere sie so. Man kann — ich sage das jetzt mit dem „man“, weil ich ein Bündel von Stellungnahmen inzwischen habe von Leuten, die etwas davon verstehen, die hierzu kritische Positionen auch aufgemacht haben, das ist aber in diesen Fällen auch alles möglich —, man kann zu der Stellung, Formulierung der Fragen Kritisches anmerken; ich akzeptiere sie so. Man kann zu der Auswertung, was man hineingenommen hat und was nicht, Kritisches anmerken; ich will sie so akzeptieren.

Was in diesem Bericht, um nur darauf den Finger zu legen, als ein insgesamt so angelegter Bericht von mir nicht akzeptiert und toleriert wird, ist der Zusammenhang, der sich zwischen Untersuchung, Auswertung und Nachwort ergibt. Dieses Nachwort enthält schulpolitische Forderungen, die an vielen Stellen von den schulgesetzlichen Vorgaben, wie sie hier heute gültig sind und für mich und meine Mitarbeiter verbindlich sind, nicht gedeckt sind. Es erweckt den falschen Anschein, als ob sich diese Forderungen in dem Nachwort ableiten ließen und stützen könnten aus den Untersuchungen und ihren Ergebnissen, die man davor dargestellt hat. In dieser Gesamtbetrachtung genügt das Ganze nicht dem selbsterhobenen Anspruch.

(B) Ich bin dafür, daß jedermann, auch diejenigen, die beim Senator für Bildung beschäftigt sind, solche Meinungen schulpolitischen Inhalts, die auch abweichend sind von meinen, als ihre eigenen äußern dürfen. Aber bitte dann nicht unter meinem Namen und außerdem nicht in einem Zusammenhang, der dann am Ende — entschuldigen Sie, Herr Lucks! — dazu führt, daß sogar Sie verwechseln, was in diesem Papier Zusammenfassung der Ergebnisse und was Nachwort ist! Sie haben dem Hause als Zusammenfassung angeboten, was im Nachwort steht,

(Beifall bei der SPD)

und insoweit auch in Ihren Zitaten selektiv gelesen.

Ich will Ihnen einmal — es geht ja nicht in die Breite — aus dem, was nun wirklich die Zusammenfassung ist auf Seite 106, den letzten Absatz zitieren. Da heißt es:

„Nach unserer Einschätzung bestätigt sich, was die Voruntersuchung schon zeigte. Lehrer können mit der Grundhaltung der Schüler der NGO und der damit verbundenen realen Einschätzung der institutionellen Gegebenheiten zufrieden sein. Ihnen bietet sich durch die Motivationslage der Schüler eine gute Ausgangslage an, die es zu nutzen gilt. Voraussetzung oder Bedingung dürfte allerdings eine er-

ziehungswissenschaftlich ausgerichtete, fachbezogene didaktische Reflexion sein, die wahrscheinlich macht, daß Schüler als Personen in ihrer fachlichen Orientierung durch Unterricht vorankommen. Das ist allem Anschein nach nicht durchgehend und hinreichend gewährleistet.“

Das ist eine nach meinem Verständnis im ersten Teil durchaus positiv formulierte Einschätzung mit einem kritischen Zusatz, den ich so als eine Aufgabe durchaus akzeptiere. Das ist die Zusammenfassung. Vergleichen Sie einmal dies im Tenor mit dem, was dann im Nachwort steht und sofort auf der nächsten Seite folgt! Da Sie zitiert haben, erlaube ich mir, auch ein paar Prozentsätze zu nennen.

Es kommt eben auch heraus aus dieser Untersuchung, daß zum Beispiel 66 Prozent der befragten Schüler erklären, sie kämen gut zurecht mit dem Kurssystem. 78 Prozent erklären, sie kämen gut zurecht mit dem Tutor. Nur 16 Prozent erklären, sie fühlten sich alleingelassen. 56 Prozent sagen aus, sie übernähmen mehr Verantwortung für eigenes Lernen in diesem System, 47 Prozent, sie seien selbständiger geworden. Also wer zitiert, muß bitte umfassend und in alle Richtungen zitieren! Ich lege Wert darauf, weil ich gern darstellen möchte, daß sich aus all dem, was ich hier nur beispielhaft und auch in Auszügen dargelegt habe, das, was im Nachwort an Konsequenzen steht, so in einem direkten und begründeten Zusammenhang nicht ableiten läßt. Deshalb kann ich auch nur an Sie appellieren, daß Sie bitte nicht die Qualitätsmängel unterstützen, nur weil es Ihnen im Ergebnis ins Konzept paßt!

(Beifall bei der SPD — Abg. Bürger
[CDU]: Aber das paßt nicht bei Ihnen!)

Übrigens gehört in den Zusammenhang, was die Poststelle angeht und dergleichen, durchaus auch schon, wenn ich gesagt habe, daß es im gesamten Vorlauf eine durchaus wohlwollende und positive Unterstützung der Mitarbeiter meines Hauses mit meinem Wissen und Wollen gegeben hat, weil wir interessiert waren an solchen Untersuchungen. Im Verfolg dieser Angelegenheit hat es dann eben Einstellungen gegeben, die diesen Verteilvorgang auch möglich gemacht haben. Ich finde — nun ist er gerade nicht da —, Herr von Schönfeldt, man sollte eine bremisch liberale Praxis nun nicht mit Laden bezeichnen und am Ende vielleicht Forderungen stellen, daß wir da noch jemanden einsetzen, der in jedem Fall kontrolliert, was da geschieht. Das, was da bei der Verteilung geschehen ist, war in diesem Zusammenhang so nicht in Ordnung. Ich möchte mich aber vor die Mitarbeiter in der Poststelle insoweit stellen, weil hier eben doch solche Kontrollmechanismen bisher nicht üblich waren.

Weiter weise ich zurück, wenn hier behauptet worden ist, daß die Mitarbeiter, um die es hier geht und die ich nicht mit allem, was hier geleistet, gearbeitet und aufgeschrieben worden ist, in Bausch

(A) und Bogen verurteile, darum geht es nicht, ich bitte Sie, genau zuzuhören, welche Punkte ich hier kritisch angemerkt habe, aber ich weise zurück, daß sie unter Druck gesetzt worden seien! Ich verstehe meine Aufgabe so und erinnere mich an einen anderen Vorfall, der gestern hier Herrn Meyer und mich betraf, daß Sie auch von uns erwarten, daß wir unseren Mitarbeitern sagen, wenn sie Fehler gemacht haben, damit wir gemeinsam daraus lernen können. Ich finde, hier ist ein Fehler gemacht worden, und ich habe die Pflicht, dies den Mitarbeitern zu sagen, und das bedeutet noch nicht, daß ich sie unter Druck setze. Im übrigen ist die hier erwähnte Kurzfassung bereits im Juni abgefaßt worden, ich kann Ihnen das zitieren aus einem entsprechenden Schreiben, zu einem ganz anderen Zweck, nämlich zu Lehrerfortbildungszwecken.

Wie soll es weitergehen? Es gibt einen Auftrag, nachdem dies jetzt diesen Punkt erreicht hat und ich nicht möchte, daß uns irgend jemand am Ende auch sagen kann, das sei alles jetzt, weil es nicht paßte, in die Schublade gelegt worden, es gibt einen Auftrag an das Wissenschaftliche Institut für Schulpraxis und seine Leitung, das vorliegende Material erneut und gründlich auszuwerten, und was dabei herauskommt, Herr Luks, werden wir der Deputation vorlegen. Dann werden Sie in der Lage sein, dies, was dann unter dem Namen und der Verantwortung des WIS läuft, mit dem, was Sie jetzt kennen, zu vergleichen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Willers! Es gehört ja eigentlich nicht direkt zum Thema. Sie haben auch auf Veränderungen in der NGO abgehoben. Ich kann nicht bestreiten, und das ist ein Stück negativer Seite des Kulturföderalismus, für die wir in den letzten Jahren, gerade wir Bremer, eine Menge Beispiele geliefert bekommen haben, daß es in der KMK, was die Umstellung der Organisation angeht, auch Druck auf Bremen gibt, der nun einmal eben auch gewisse Auswirkungen auf Anerkennungsfragen und dergleichen haben kann.

Aber ich füge hinzu, es gibt auch eine Menge inhaltlich gute Begründungen dafür, die Einführungsphase auf ein volles Jahr zu verlängern, die im übrigen der Deputation für Bildung vor Jahresfrist schon alle in Breite dargelegt worden sind. Wir werden uns gemeinsam bemühen, das, was Lehrer und Schüler für die zweite Hälfte der Jahrgangsstufe 13 befürchten, soweit wie irgend möglich als Belastung zu vermeiden. Ich gebe Ihnen aber mein Wort, daß auf den Feldern, die Sie angesprochen haben, was etwa Veränderungen der Auflagen, also eine Einschränkung der Wahlfreiheit in der bremischen gymnasialen Oberstufe betrifft, dieses Land mit diesem Senator für Bildung in den Gremien nichts mitmachen wird und Widerstand leisten wird gegen alle Anforderungen, die da aus allen Richtungen auf uns

zukommen. Wir sind davon überzeugt, daß dies so, wie wir inhaltlich organisiert haben, richtig ist und daß wir daran festhalten sollten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch vier weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Abg. Neujahr (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin nicht der Auffassung, daß wir in den Fehler des Senators verfallen sollten, wie es vorhin geschehen ist, der gesagt hat, als Senator stünde es ihm nicht an, Berichte aus einem Institut seiner Behörde zu beurteilen, um dann doch diesen Bericht zu beurteilen, und zwar als einseitig und mit methodischen Mängeln behaftet.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie sagen das Gegenteil! Man darf doch wohl noch eine Bewertung vornehmen!)

Ich meine auch, wir sollten nicht in den Fehler verfallen, die Kriterien zur Beurteilung von Wissenschaftlichkeit mit einem Anspruch der Verabsolutierung für sich in Anspruch zu nehmen, wie es von Herrn Stichweh geschehen ist. Das dient der Sache nicht, damit wird die Debatte ihrem Charakter einer Beratung nicht mehr gerecht. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Stufenschule sollte im Bereich der Sekundarstufe I die Durchlässigkeit fördern und in der Oberstufe die Integration des Gymnasiums mit der Berufsbildung fördern. Sie war von vornherein behaftet mit Problemen des Übergangs, also des Wechsels von einer Stufe zur anderen. Die Praxis hat inzwischen gezeigt, daß die Zielvorstellungen mehr geistiger Art waren als praktischer Art, sie sind bisher nur in wenigen Ausnahmefällen realisiert worden.

Besondere Bedeutung kommt aus diesem Grunde dem Problem zu, das von vornherein bestand, nämlich dem Übergang. Auf der einen Seite stehen dort die Lehrpläne der Sekundarstufe I, auf der anderen Seite die zum großen Teil überfrachteten Kursleisten der Sekundarstufe II, die beide nicht aufeinander ausgerichtet sind, die nicht miteinander koordiniert sind. Die Lehrpläne der Sekundarstufe I orientieren sich nicht an den Lehrplänen der Sekundarstufe II und umgekehrt.

Das Ergebnis bei voneinander abgetrennten Stufen muß natürlich sein, daß die Inhalte der Sekundarstufe II Unterrichtenden in der Sekundarstufe I unbekannt sind. Umgekehrt gilt das gleiche. Das bedeutet also, daß sowohl Lehrer als auch Schüler von dem, was in der nächsten Stufe auf Schüler zukommen wird, wenig oder gar keine Kenntnis haben. Ergebnis also: Die Stufen sind sowohl im System als auch im Inhalt voneinander abgeschottet, gekenn-

- (A) zeichnet von Unkenntnis oder geringer Kenntnis voneinander.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dann behauptet worden ist, es sei doch ein sieben-jähriger gymnasialer Bildungsgang vorhanden, so zeigt eben diese gegebene Begründung, daß die Behauptung falsch ist, daß mit der zehnten Klasse der Bildungsgang tatsächlich abgebrochen ist. Hier ist ein Bruch.

Nun kann man sagen, gut, um diesen Bruch zu verhindern, brauche man gewisse organisatorische Klammern. Da ist nun schon vieles probiert worden: Ich nenne Schulpartnerschaften, ich nenne gemeinsame Fachkonferenzen, ich nenne Konferenzen der Lehrer untereinander zur Kenntniserweiterung der unterschiedlichen Stufensysteme. Bedenken wir aber eines, die räumliche Trennung der Zentren und die außerordentlichen Mehrbelastungen bedingen, daß diese organisatorischen Klammern leider immer nur organisatorisch theoretisch bleiben, praktisch aber auf Dauer nicht herstellbar sind. Es geschieht nicht so, wie es gedacht ist, das heißt, der Bruch bleibt. Und in dem Bruch steht der Schüler, der übergeht. Er ist in der Sekundarstufe I, je nachdem auf welchem Zentrum er sich befand, unterschiedlich vorbereitet, sowohl inhaltlich bezogen auf die Fächer als auch organisatorisch hinsichtlich des Systems, in das er hineingeleitet wird, der Sekundarstufe II.

- (B) Nun hat er Fächer zu wählen, er muß seine entscheidenden Fächer wählen, nämlich die Leistungskurse und auch die Grundkurse, mit denen er sich letztlich bis zur Abiturprüfung beschäftigen will. Es wird also von ihm gefordert, daß er ohne Kenntnis des Systems, ohne Kenntnis der Inhalte der Fächer gleichen Namens im übrigen eine Entscheidung trifft, die zu treffen er gar nicht in der Lage ist. Er wird also gezwungen, zum Teil Fehlwahlen, die für seinen Lebensgang entscheidend sind, vorzunehmen. Ich will hier gern zugestehen, daß ein großer Teil der Schüler mit diesem Übergang zurechtkommt, das sagt im übrigen auch die hier mehrfach verunglimpft Studie.

Es steht aber auch fest, daß eine, wenn auch geringere Zahl an Schülern an dieser Fehlwahl eben scheitert. Meine Damen und Herren, hier tritt eine sehr unsoziale Komponente in das System: Gerade dem Schüler, der der Hilfe am meisten bedarf, wird diese Hilfe versagt.

(Beifall bei der FDP)

Das Ergebnis der Studie, daß zirka 14 Prozent der Schüler alleingelassen werden, die sowohl mit den Fächerinhalten, mit der Wahl der Organisation als auch mit dem sozialen Umfeld nicht zurechtkommen, die also Hilfe brauchen, denen aber die Hilfe versagt bleibt, entspricht der Erfahrung sehr genau.

Nun noch eines! Die Studie hat ja gar nicht die Zahl derjenigen Schüler berücksichtigt, die früh-

- zeitig abgegangen sind, weil sie mit diesem System nicht zurechtkamen. (C)

(Beifall bei der FDP)

Das bedeutet, Herr Stichweh, gerade weil Sie zustimmend nickten, daß die Zahl, die mit 14 Prozent angegeben ist, wahrscheinlich um eine Dunkelziffer erhöht werden muß. Die Ursache, meine Damen und Herren, für diese Schwierigkeiten, ich will es schlicht bei diesem Begriff der Schwierigkeiten belassen, liegt im System der Stufenschule. Die unsoziale Komponente, daß diejenigen, die am meisten der Hilfe bedürfen, alleingelassen werden, ist für die Stufenschule nicht wegzuleugnen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen dies nur in aller Kürze als jemand, der diese Erfahrungen selbst sowohl an der Nahtstelle als Unterrichtender als auch als Jahrgangleiter lange Jahre gemacht hat, aus tiefer Sorge, daß hier durch theoretische Überlegungen zum Teil leidvolle Erfahrungstat-sachen vernachlässigt werden.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Brox.

Abg. Josette Delphine **Brox** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nicht die Diskussion episch verlängern, dennoch möchte ich einige Sachen richtigstellen. Also, ich nehme das Protokoll der Bürgerschaft, der 31. Sitzung am 31. August 1982, aus dem Herr Stichweh auch zitiert hat, und ich komme zurück auf solche Sprüche von Herrn Stichweh, er meine, daß ich falsch zitierte. Ich möchte ihn wortwörtlich zitieren: Der Abgeordnete Stichweh ruft „scheinwissenschaftlich“ oder „so einen Mist muß man verteilen“. Das haben Sie gesagt, Herr Stichweh!

An anderen Stellen, weil es ihm peinlich war, daß es im Protokoll, im letzten Protokoll steht, auf derselben Seite 1766, scheut sich Herr Stichweh überhaupt nicht, Protokollfälschung zu betreiben, und streicht einfach weg, was er als Zwischenruf gesagt hat. Mein Beitrag, der daraufhin gerichtet war, darauf zu antworten, ist natürlich ohne Zusammenhang. Das macht Herr Stichweh!

(Abg. Stichweh [SPD]: Was habe ich, bitte schön, gestrichen? — Glocke)

Herr Stichweh, das müssen Sie selbst wissen! Lesen Sie das Protokoll, Seite 1766! Ich habe gesagt: „Das ist unter den Bonzen der SPD verteilt und im Schrank versteckt worden.“ Daraufhin machten Sie einen Zwischenruf. Er wurde gestrichen und ersetzt durch „Zuruf des Abgeordneten Stichweh“, Sie hatten etwa so gesagt, Herr Büchner hat persönlich — ich habe es nicht mehr so ganz im Kopf — die Broschüre verteilt. So etwas ähnliches haben Sie

(A) gesagt. Das nur zu den Methoden, wie Herr Stichweh mit dem Protokoll umgeht!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Brox, ich weise zurück, daß das Protokoll gefälscht wurde! Es ist nicht nur, daß man einen Abgeordneten hier in Verdacht bringt, sondern, was mich genauso trifft, ist, daß man die Beamten des Protokollendienstes verdächtigt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Wedemeier [SPD]: Dann haben die den Zwischenruf nicht verstanden, wenn das so darin steht! Das ist ein Hinweis dafür, daß Sie es nicht verstanden haben!)

Abg. Josette Delphine Brox (BGL): Also, wir hatten das alles verstanden, ich habe das selbst notiert als Zwischenruf.

(Zuruf des Abg. Wedemeier [SPD])

Nein, das Protokoll ist einfach gefälscht worden, ich bestehe darauf!

(Widerspruch bei der SPD)

Nun zum zweiten Punkt! Ich fahre weiter fort in meiner Auseinandersetzung mit Herrn Stichweh! Er will mich diffamieren, indem er sagt, ich hätte von der Bürgerinitiative, also in der Sache der Bürgerinitiative Gesamtschule Mitte behauptet, sie bestehe ausschließlich aus DKP und SPD. Ich habe nicht gemeint, diese Bürgerinitiative besteht ausschließlich aus DKP- und SPD-Leuten, ich habe gemeint, die Motoren dieser Bürgerinitiative sind SPD- und DKP-Leute, und es ist auch nicht abnormal, daß andere Menschen, wie Herr Schröder, der wirklich nicht in der DKP ist, mitmachen. Das habe ich gesagt, und Sie sehen, wie Herr Stichweh es versteht, die Leute, ob es Herr Büchner oder Frau Garrels waren, oder ob wir es sind, demagogisch diffamieren.

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines zum Protokoll sagen! Die Abgeordneten wissen alle, wie gründlich und fast penibel die Beamten des Hauses sind,

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

wenn es darum geht, Veränderungen nachträglich durchzuführen. Das gelingt nicht, es sei denn, daß es sprachliche Änderungen sind, daß es Kommata sind, daß es Dinge sind, die offensichtlich falsch sind, ganz offensichtlich falsch sind. Aber wenn etwas inhaltlich geändert werden soll, wird es zurückgewiesen, und es wird nicht geduldet, daß da etwas geändert wird. Das möchte ich nur feststellen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Außerdem werden Zwischenrufe ja nicht zur Genehmigung vorgelegt, das ist auch Unsinn, was sie erzählt!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh. (C)

Abg. Stichweh (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist so, insofern kann ich eigentlich ganz ruhig bleiben zu dem, was Frau Brox gesagt hat, daß ich es mir seit Jahren angewöhnt habe, meine Reden nicht zu korrigieren. Das werden Sie seit Jahren an allen Reden, die ich gehalten habe, feststellen, daß bei meinen Reden ähnlich wie bei Herrn Adamietz ein Sternchen steht, und das heißt, vom Redner nicht überprüft. Ich korrigiere meine Reden gar nicht!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Es geht doch gar nicht um deine Rede, es geht um ihre Rede! — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Er hat es gesagt!)

Frau Brox hat hier in der etwas pauschalierenden Art und Weise gesagt, ich hätte das Protokoll verfälscht. Seit Jahren korrigiere ich keine Rede mehr, gebe die Manuskripte überhaupt nicht mehr zurück. Das ist bei mir ein Problem meiner eigenen Faulheit, aber in diesem Fall hat es mich einmal entlastet. Da kann man einmal sehen, wozu Faulheit manchmal gut sein kann!

(Abg. Adamietz [BGL]: Hatten Sie denn Kenntnis von dem Zwischenruf?)

Der andere Punkt ist der Zwischenruf. Was an meinen Zwischenrufen verstanden wird und was nicht verstanden wird, ist nicht meine Sache. Ich habe darüber, über Zwischenrufe, nicht ein einziges Mal mit einem einzigen Mitglied des Protokolls geredet, und im übrigen kann ich immer nur sagen, daß das, was ich am Protokoll finde, mir noch nicht ein einziges Mal das Gefühl gegeben hat, daß hier unsauber gearbeitet worden ist. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle nach dem Beitrag von Herrn Neujahr fest, daß, nachdem Herr Dr. Holl beim letzten Mal sehr ausführlich aus dem Nachwort zitiert hat und das sozusagen als politische Wahrheit dargestellt hat, daß diesmal der Auseinandersetzung, wieweit hier mit Qualität, mit Stichhaltigkeit die Beweise geliefert werden, ausgewichen wird. Jetzt wird wieder auf die NGO und auf die Übergangsproblematik hingewiesen, aber nicht mehr auf die hier vorgenommenen Behauptungen.

Deshalb noch einmal kurz und konzentriert: Ein weiterer Beleg für das, was ich schon fast als wissenschaftliche Manipulation bezeichnen möchte, ist das, wie man mit dem Holter Feld umgegangen ist. Obwohl das in der Fragestellung überhaupt nicht vorgesehen war, es waren acht Schulen befragt worden, wie hier dargestellt worden ist, werden plötzlich, das nennt man Nachschieben von Belegmaterial,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) in der Auswertung drei Schulen, ohne daß man die Kriterien näher erläutert, herausgehoben, offensichtlich in der diffamierenden Absicht, das Holter Feld, was ja nun eine Schule ist, die die Sozialdemokraten propagieren, zu diffamieren.

Die Schule hat keine Gelegenheit gehabt, diese Diffamierungsabsicht, dieses gesonderte Herausgehobensein aus der Fragestellung zu erkennen, und sie hat auch nicht einmal Gelegenheit gehabt, sich zu den Vorwürfen zu äußern. Das konnte die Schule erst hinterher tun. Das hat die Konferenz der dort betroffenen Gymnasiallehrer einstimmig gemacht und hat sich von dieser Studie distanziert.

Jetzt komme ich zu dem, was die zentrale wissenschaftliche Hypothese ist und zu der Herr Dr. Holl festgestellt hat, daß die Verfasser sich unumschränkt, glaube ich, haben Sie gesagt, zu dieser zentralen Hypothese bekennen. Die muß noch einmal wörtlich wiedergegeben werden. Seite 6, 7 heißt es — ich lasse die Klammern weg —: „Die zentrale Hypothese der Untersuchung lautet: Der Wechsel des Lernortes, der Wechsel der Bezugsgruppen können beim Schüler zu psychischer Belastung und sozialer Unsicherheit führen, was sich nachteilig auf Lernen und Identitätsfindung auswirken könnte.“

Meine Damen und Herren, das Wort „könnte“ ist hier der zentrale Punkt! Eine Hypothese, die besagt, ein Wechsel der Schule kann Nachteile haben, ist natürlich nicht zu widerlegen. Wir müssen immer davon ausgehen, daß jede wissenschaftliche Hypothese, wenn sie überhaupt etwas bringen soll, widerlegbar sein muß, erstens, und sie muß nachprüfbar sein. Eine Kann-Hypothese ist nicht zu widerlegen, weil genau das Gegenteil, daß es keine Nachteile bringen kann, genauso wenig widerlegt werden kann! Also, es ist mit einer zentralen Hypothese gearbeitet worden, die, was den wissenschaftlichen Anspruch anbelangt, sich gegen Null bewegt.

Diese zentrale Hypothese kann man in etwa so werten — jetzt einmal etwas ironisch! — wie die meteorologische Einsicht, die da lautet: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter, oder es bleibt so, wie es ist.“ Mit Sowohl-als-auch-Hypothesen kann man nicht arbeiten. Man kann mit Negativhypothesen arbeiten, aber man kann nicht mit Sowohl-als-auch-Hypothesen arbeiten.

Der nächste Punkt: Bei der Auswertung sind statistische Einzelergebnisse zu weitgehend, sehr weitgehend analysiert worden. Andere sind wenig analysiert worden. Einige Punkte sind sehr weitgehend ausgewertet worden, andere Sachen nicht. Es ist mit Mehrfachbenennungen gearbeitet worden, was durch Herrn Senator von Hassel schon eben dargelegt worden ist. Ich belege das mit einigen Seitenzahlen, mit der Tabelle auf Seite 30 und dem zweiten Absatz auf Seite 25. Ich erwähne die Spalten 148, 155, 152 auf Seite 31, die Spalte 160 auf Seite 32, die Spalten 92 und 97 auf Seite 78, wo es um die Wahl der Leistungskurse, um die Schüleraussagen

der Schüler des Holter Feldes geht und um die Fragen, wie weit der Wechsel auf die Oberstufe erleichtert wird. (C)

Es werden außerdem, das kann man sehen, Teilergebnisse nicht in den Zusammenhang gestellt, sondern sie werden nach nicht einheitlicher Systematik — da kommt der nächste Fehler hinein —, nach nicht einheitlicher Systematik abgerufen. Dies belege ich mit den Fehlinterpretationen der Abbildung sechs auf Seite 34/35.

Ich kürze, komme jetzt noch einmal auf die zentrale Hypothese zurück: Die zentrale Hypothese, die die Verfasser an den Anfang stellen auf Seite 6, 7, die, wie ich eben nachgewiesen habe, völlig unzulänglich ist, taucht jetzt bei der Auffassung nur noch ein einziges Mal unter 16 Spiegelstrichen als Konsequenz auf. Das muß man sich einmal überlegen! Da wird an den Beginn einer wissenschaftlichen Untersuchung eine zentrale Hypothese gestellt, und am Schluß, wenn man zum Fazit kommt, werden 16 Punkte aufgelistet, und davon taucht dieses Fazit ein einziges Mal auf und dann noch in der Form, die ich jetzt hier mit einem Zitat auf Seite 105 belege. Das ist nämlich das, was von der zentralen Hypothese von der Auswertung übrigbleibt — Zitat mit Genehmigung des Präsidenten! —:

„Etwa die Hälfte der erfaßten Schüler sehen beim Übergang in die Sekundarstufe II unbekannte Lehrer und Schulwechsel als Erschwernis an, wobei die unterbrochenen sozialen Kontakte im Bewußtsein der Schüler schwerwiegender sind als fachliche Aspekte.“ Ich wiederhole, etwa die Hälfte der betroffenen Schüler! Hier halte ich es mit Willy Brandt, der davon gesprochen hat, daß man sich wahrlich lange streiten kann, ob ein halbgefülltes Bierglas halbvoll oder halbleer ist. Aber das ist die Qualität dieser Untersuchung. (D)

Außerdem halte ich aufrecht, daß die Auswahl der Schüler nicht repräsentativ ist. Es ist einmal regional, zum anderen, wenn ich Schüleruntersuchungen mache, insbesondere wenn ich Selbstbeurteilung von Schülern mache, muß ich mir auch etwas Gedanken machen, welche soziale Schülerpopulation ich finde. Da reicht die große Zahl, 1 800 ist eine beeindruckende Zahl, nicht aus, sondern da muß man auch in etwa soziale Gruppierungen vornehmen. Der entscheidende Punkt, der zumindest beachtet werden sollte, wenn man politische Forderungen aufstellt!

Man kann nicht im politischen Bereich, wenn man Änderung der politischen Linie fordern möchte, mit Momentaufnahmen arbeiten, sondern man muß Verlaufsdaten, man muß Verlaufsanalysen erstellen können. Diese Untersuchung ist jedoch eine einzige Momentaufnahme und ist von daher verlaufsanalytisch nicht auszuwerten und ist damit einfach nicht tauglich, schulpolitische oder allgemeinpolitische Aussagen zu machen.

Ein ganz besonderer Punkt, der mich bewegt, ist der, daß überhaupt nicht versucht worden ist, die

(A) Möglichkeit, die ich nun persönlich im Familienbereich erfahren habe, überhaupt einmal in Rechnung zu stellen. Daß ein Wechsel der Schule für den betroffenen Schüler auch Vorteile haben kann, ist überhaupt nicht in Rechnung gestellt worden. Ich frage mich eigentlich, warum es eigentlich so üblich ist, daß man sich in bildungsintensiven Elternhäusern darum bemüht, das Kind einmal für ein Jahr nach Amerika oder nach England zu schicken, wenn doch der Wechsel solch eine problematische Sache ist.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sehr gut!)

Ich weiß, daß es in vielen bildungsnahen Elternhäusern als unschick gilt, nur an einer Universität und dann möglichst noch an der Heimatuniversität zu studieren. Das heißt, der Wechsel wird intuitiv von Leuten, die sich intensiv mit Bildung beschäftigt haben, die viel Bildung am Hut haben, wenn er richtig vorgenommen wird, als etwas Positives empfunden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Gerade von der CDU!)

Gerade von Leuten, die auch mit Ihnen bildungspolitisch die gleiche Überzeugung haben! Also, den Wechsel als solches zu verdammen, reicht nicht aus.

(Unruhe)

(B) Ich möchte zusammenfassen. Diese Studie hat ein nicht überprüfbares Hypothesengerüst. Diese Studie hat ein nicht widerlegbares Hypothesengerüst. Diese Studie krankt an empirischen Mängeln der Untersuchungsmethoden — ich nenne das Beispiel Signifikanz —, diese Studie hat nicht die Möglichkeit, verlaufsanalytische Daten zu analysieren, gegeben. Ich fasse das mit dem sehr harten Urteil zusammen, es handelt sich, um damit meinen Zwischenruf wieder aufzunehmen, um scheinwissenschaftlichen Guano.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, Guano ist alter Mist, der sehr lange abgelagert ist!

(Abg. Welke [FDP]: Ein Düngemittel! — Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt am Schluß.

(Abg. Kudella [CDU]: Sie sollen nicht so über die SPD reden, Herr Kollege!)

Ich habe festgestellt — —.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe)

Präsident Dr. Klink: Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Stichweh!

Abg. Stichweh (SPD): Ich habe festgestellt, daß es mir noch nicht gelungen ist, alle Kolleginnen und

Kollegen dieses Hauses zu überzeugen. Deshalb nehme ich am Schluß noch ein Zitat heraus, was sich nicht nur ausschließlich mit Bildungspolitik beschäftigt. Es heißt nämlich auf Seite 16 dieser Studie — und jetzt bitte ich wirklich um Aufmerksamkeit, weil ich dann ja auch Schluß mache — —.

(Beifall bei der CDU)

Das ist immer die billigste Form von Kritik, die billigste Form, das kann jeder!

(Unruhe)

Ich meinte jetzt das Klopfen bei meiner Ankündigung, daß ich Schluß mache, damit das klar ist!

Herr Präsident, ich möchte zitieren mit Ihrer Genehmigung. Auf Seite 16 heißt es: „Die Annahme, daß Mädchen eine ausgeprägtere Begabung für Sprachen haben als Jungen, wird vom Wahlverhalten her unterstrichen.“ — Zitatende! Meine Damen und Herren, jetzt fehlt nur noch einer, der aus der Tatsache, daß hier in diesem Parlament weniger Frauen als Männer sitzen, den Schluß zieht, daß Frauen weniger politisch begabt seien als Männer!

(Zuruf der Abg. Josette Delphine Brox [BGL])

Diesen Verfassern, die so weitreichende schulpolitische und politische Aussagen machen, muß man vielleicht einmal klar machen, daß es so etwas wie historisch bedingte Zusammenhänge gibt. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD — Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lucks.

Abg. Lucks (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur auf einige Dinge eingehen, die Herr Stichweh und Herr Senator von Hasel gesagt haben. Herr Stichweh, ich bin Ihnen eigentlich ganz dankbar, daß Sie einmal aufgezeigt haben, wie man ein Buch liest, nämlich mit der ersten Seite beginnend und dann der zweiten Seite. Wenn ich mir ein Buch kaufe, dann steht in der Regel auf der ersten Seite neben dem Titel auch der Verfasser, ob das nun Autoren sind oder ob das eine Institution ist.

(Abg. Stichweh [SPD]: Da gibt es zwei Verfasser! — Abg. Wedemeier [SPD]: Lesen Sie beim Krimi erst den Schluß?)

Genauso ist das hier mit der Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis.

Zweitens: Neu für mich war — —.

(Zuruf des Abg. Wedemeier [SPD])

Nicht die Rückseite, da ist meistens nichts mehr darauf, Herr Wedemeier! Neu für mich war, daß die Leitung des Wissenschaftlichen Instituts diese Studie nicht genehmigt hat. Das ist heute das erste Mal hier

(C)

(D)

(A) angesprochen worden, ist aber interessant zu hören. Um so widersprüchlicher ist dann, was Herr Stichweh gesagt hat, daß nämlich einer der Verfasser mit seinem eigenen Auto herumgefahren ist, um diese Studie an den Schulen zu verteilen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

So habe ich es verstanden!

(Abg. Stichweh [SPD]: Das war durch die Poststelle des Senators!)

Ich muß nämlich dann erinnern, und darauf wollte ich eigentlich hinaus,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das war der Zweitwagen des Verfassers!)

daß in der Debatte am 31. August Herr Senatsdirektor Dücker in Vertretung des Senators ausdrücklich zugestanden hat und zugegeben hat, daß die Behörde über den Schulverteiler einen Teil der Exemplare verteilt hat.

Ich möchte noch einmal zu dem, was hier von Herrn Stichweh gesagt wurde zu der Hypothese, noch einmal daran erinnern —

(Abg. Stichweh [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(B) sofort, Herr Stichweh! —, daß ich in meinem Eingangsreferat ganz deutlich darauf hingewiesen habe und diese Hypothese wörtlich zitiert habe. Ich habe sie also nicht als absolut hingestellt, sondern in Fragezeichen gestellt. Aber Sie hatten eine Zwischenfrage, wenn ich das richtig sehe!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lucks, Sie können reden, und Sie können zuhören, aber Sie können nicht das Wort erteilen! Das kann nur ich!

Abg. Lucks (CDU): Nein, ich habe ja auch nur gefragt, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, die Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Lucks (CDU): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Stichweh!

Abg. Stichweh (SPD): Herr Kollege Lucks, darf ich Ihre Betrachtungsweise des Austeilens dieser Dinger so werten, daß in Zukunft, wenn von der Universität ein linkes Papier auf diese Art und Weise verteilt wird, Sie das mit der gleichen Gelassenheit betonen?

Abg. Lucks (CDU): Soweit mir bekannt ist, Herr Kollege Stichweh, gehört die Universität nicht zum Ressort des Senators für Bildung, aber das WIS ge-

hört zum Ressort des Senators für Bildung. Das sind also zwei verschiedene Paar Schuhe!

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht noch zwei Dinge oder noch eins zu Herrn Stichweh: Er sprach von der Population, der Befragtenpopulation. Sie haben vergessen zu zitieren, nachdem Sie so viele Zitate aus der Studie gebracht haben, ich habe es in meinem Eingangsreferat gesagt, daß eine Reihe von Schulen gerade deshalb ausgesucht wurde, weil dort speziell Realschüler und auch speziell Gesamtschüler darin vertreten waren, die genauso befragt worden sind. Wenn Sie sich dann die einzelnen Statistiken anschauen, dann sind auch diese Schülergruppen immer gesondert herausgehoben worden. Man muß hier also auch die Breite dann wirklich in der richtigen Form darbringen.

Zu Herrn Senator von Hassel: Ich finde es gut, Herr Senator, daß Sie auf diese meterlangen Bände zur Diskussion oder zur Problematik des dreigliedrigen Schulsystems hingewiesen haben. Nur, ich glaube nicht, daß Sie gemeint haben, daß wir jetzt erst einmal auch so lange warten müssen mit Erfahrungen der Stufenschule, bis es auch darüber mehrere Meter Bände gibt, um dann darüber zu diskutieren. Ich bin der Meinung, wir sind heute dazu aufgerufen, so früh wie möglich Erfahrungen, Erkenntnisse zu diskutieren und gegebenenfalls umzusetzen. So habe ich Ihren Beitrag jedenfalls verstanden.

(Zuruf von Senator v. Hassel)

Das habe ich auch nicht getan! Ich bin angenehm überrascht, daß Sie eben zugesagt haben, an dem mir neu, daß diese Umfrage in den Schulzentren I in der Auswertung ist. Sie haben es gesagt bei der letzten Deputationssitzung, daß wir Anfang des Jahres ein Ergebnis bekommen, möglicherweise in Verbindung mit dem, was Sie zuletzt sagten, nämlich daß auch das Wissenschaftliche Institut für Schulpraxis noch einmal aufgefordert worden ist, diese Studie erneut zu bewerten. Vielleicht kann man das dann miteinander vergleichen, und wir werden gegebenenfalls dann vielleicht auch in diesem Hause darüber reden müssen.

Ich möchte mich eigentlich ein bißchen dagegen verwahren, wir hätten nur selektiv gelesen und es seien nur persönliche Meinungen eingegangen. Ich habe ganz deutlich gesagt, daß die Verfasser sowohl im Vorwort als auch im Nachwort nicht verschwiegen haben, daß hier persönliche Einflüsse Eingang gefunden haben. Wenn Sie jetzt sagen, Herr Stichweh und Herr Senator von Hassel, daß soundso viel positive Aspekte da seien, so bitte ich, sich daran zu erinnern, daß auch ich positive Aspekte genannt habe.

Ich bitte, sich daran zu erinnern, daß fast alle Prozentsätze, die ich genannt habe, kleiner als 50 Prozent waren. Nur, wenn es lediglich 30 Prozent waren, wir machen hier nicht die Bierglasprozentsatzpolitik Ihres Parteivorsitzenden, sondern wir sagen,

(C)

(D)

- (A) 30 Prozent Schüler sind eine solche Anzahl, daß wir auch darüber etwas sagen müssen. Deswegen kommt es nicht immer darauf an, daß es mehr als 50 Prozent sind.

Ich möchte zum Schluß auf einen Punkt in der Beantwortung, dazu kam ich vorher leider nicht, eingehen, und zwar auf den Punkt e). Da hatten wir gefragt: „... weitere Maßnahmen der Horizontalisierung des Schulsystems zu unterlassen sind und damit insbesondere die in der Diskussion stehende Zerschlagung der letzten durchgängigen Innenstadt-schulen und des Gymnasiums Huckelriede zu unterbleiben hat?“

Sie haben geantwortet: „Die in den Anfragen genannten Schlußfolgerungen lassen sich nicht aus der genannten Untersuchung herleiten. Dies gilt sowohl für die Innerstadtschulen als auch für das Gymnasium Huckelriede. Im übrigen ist die in der Anfrage unterstellte Gleichsetzung der Konzeption des Senators für Bildung zur Entwicklung der Schulen im Innerstadtbereich mit Maßnahmen, die ausschließlich einer weiteren Horizontalisierung des Schulsystems dienen, nicht gerechtfertigt. Die notwendigen Veränderungen ergeben sich aus den erkennbar rückläufigen Schülerzahlen dieser Region und entsprechen den Zielvorgaben des bremischen Schulgesetzes. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind pädagogisch begründet und ökonomisch sinnvoll.“

- (B) Hier, meine Damen und Herren, muß ich Sie darüber aufklären, daß in der Vorlage 320, die zu dieser Umstrukturierung der Innerstadtschulen in der Deputation geführt hat, stand, pädagogische Gründe müßten vor der organisatorischen Notwendigkeit zurücktreten. Das ist genau das Gegenteil von dem, was hier in der Antwort des Senators für Bildung steht.

Zur Ökonomie möchte ich nur noch einmal sagen, wenn in der Vorlage der SPD-Fraktion zum Konzept der Schulen in der Neustadt steht, daß die Schließung des Gymnasiums Huckelriede für andere Schulzeiten in einer Größenordnung von mehr als zwei Millionen DM kostet, dann sehe ich diese Ökonomie nicht mehr.

Damit ich vielleicht auch mit einem kleinen Scherz hier abtrete, ist mir gerade spontan eingefallen, kennen Sie den Unterschied zwischen kostenlos und umsonst? Ich will Sie aufklären! In Bremen gibt es Bildung kostenlos.

(Abg. Stelljes [SPD]: Bei Ihnen umsonst?)

Ich habe den Eindruck, bei einigen SPD-Politikern war das umsonst!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es kurz! Herr Stichweh, was Ihre Wissenschaftlichkeit und deren Auslegung be-

trifft, muß ich sagen, haben Sie doch einige Purzelbäume geschossen. Die Definition einer Hypothese, wie Sie sie hier angeführt haben, ist zumindest wissenschaftlich nicht haltbar. Sie können und müssen davon ausgehen, daß eine Hypothese falsch sein kann.

Sie arbeiten hier in Ihrem Beitrag mit einer Art Gegengutachten. Sie urteilen und beurteilen und kommen zum Ergebnis, gewogen und für zu leicht befunden, weil es Ihnen in diesem Fall nicht in Ihren bildungspolitischen Ansatz paßt, während die Definition, die ich letztes Mal gebraucht habe, genau dieselbe war bezogen auf das Ergebnis, nämlich beim Bericht zur politischen Bildung und Erziehung. Da haben Sie aber dieses Urteil abgewiesen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Dazu habe ich gar nicht gesprochen!)

Durch Ihren Zwischenruf, Herr Stichweh! Lesen Sie das nächste Mal im Protokoll nach!

(Abg. Stichweh [SPD]: Ich habe beim letzten Mal dazu nicht gesprochen!)

Herr Senator, daß Sie Ihren Mitarbeitern eine eigene Meinung zubilligen, ist zu begrüßen. Sie haben das auch getan bei der Studie, auch herausgegeben vom Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis, zum handlungsorientierten Unterricht. Nur, dazu hatten wir damals eine andere Meinung geäußert, weil wir doch ganz erhebliche Mängel festgestellt hatten, zu denen Sie ja auch am Schluß gestanden haben, daß sie in Teilen zumindest akzeptabel für Sie sind. Sie hatten zugesichert, daß eine Ergänzung zu dieser Studie herauskommen sollte. Nur, meine ich, es kann doch nicht angehen, daß Sie, wenn das nicht in Ihren bildungspolitischen Ansatz — das waren Ihre Worte — paßt, dann hier von Unwissenschaftlichkeit reden. Ich meine, das ist nicht hinnehmbar.

Herr Senator, wir haben beide eine Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule gemacht, und ich meine, wir sollten hier beide nicht versuchen zu definieren, was wissenschaftlich akzeptabel und was wissenschaftlich nicht akzeptabel ist. Hier geht es letztlich um Bildungspolitik aller Schüler im Lande Bremen. Ich möchte definieren, jede Studie weist Mängel auf und ist unvollständig, wenn ich sie unter ganz bestimmten bildungspolitischen Gesichtspunkten betrachte.

Jede Studie kann durch ein Gegengutachten ad absurdum geführt werden, das wissen Sie so gut wie ich. Nur, wenn Sie hier die Unwissenschaftlichkeit dieser Studie feststellen, aber gleichzeitig aus dieser Studie zitieren und nur das zitieren, was für Sie bildungspolitisch immanent ist, dann meine ich, führen Sie sich selbst wissenschaftlich ad absurdum. Sie müßten doch zumindest eingestehen, Herr Senator, daß das eine oder andere, was in dieser Studie festgestellt worden ist, für Sie dazu reicht, zumindest darüber nachzudenken, und das ist etwas, was mich, ich will nicht sagen beschämt, was aber doch in die Richtung geht, daß in Bausch und Bogen diese

(A) Untersuchung als unwissenschaftlich abgelehnt wird, eben weil es nicht in Ihren bildungspolitischen Ansatz hineinpaßt.

Eines, und das möchte ich zum Schluß sagen, muß hier festgestellt werden: Das, was am Schluß der Studie herausgekommen ist, ist überdenkenswert und bestärkt zumindest uns in den Befürchtungen in der Bildungspolitik, die wir hier an dieser Stelle schon mehrmals geäußert haben. Ich meine, die Damen und Herren in der SPD-Fraktion, besonders möchte ich hier die Bildungsdeputierten ansprechen, täten gut daran, sich doch intensiver mit den Gedanken und Ergebnissen dieser Studie auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Wir haben noch zwei weitere Wortmeldungen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL)*): Meine Damen und Herren! In der Mittagspause

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Haben Sie gegessen!)

(B) beurteilte ein kluger Rundfunkjournalist die Debatte so: „Und dann ergriffen die Schulfachleute das Wort, und wenn die Schulfachleute das Wort ergreifen, dann lassen sie es so schnell nicht wieder los.“

(Heiterkeit und Beifall — Zuruf des Abg. **Jäger** [FDP])

Eine richtige Vorahnung, Herr Jäger, der ich mich nur deswegen entziehen kann, weil ich kein Schulfachmann bin!

(Heiterkeit — Abg. **Stichweh** [SPD]: In der Beziehung sind Sie besser als wir!)

Ich bin auch nicht, Herr Stichweh, nach vorn gekommen, um Schulfachliches hier zu erklären, obwohl das sicherlich dazugehört, sondern um meine Kollegin Delphine Brox in Schutz zu nehmen gegenüber einem Angriff von Herrn Stichweh, der ihr vorwirft, sie habe einen besonderen Umgang mit der Wahrheitsliebe. Er meint, er könne das mit seinen Zitaten dann auch nachweisen.

Die Bürger, die das am Radio hören oder die das auf den Zuschauerrängen verfolgen, haben nicht die Protokolle vorliegen, und die haben auch wenig die Möglichkeit und sicherlich nach solchen Debatten auch nicht die Neigung, sich diese Protokolle zu besorgen, um dann nachzulesen, wer recht hat. Deswegen ist es dann schon ein ganz schönes Stück, Herr Stichweh, so etwas hier einmal hineinzuworfen und zu meinen nach dem Motto, irgend etwas bleibt hängen, dann kann man auch jemandem einen

*) Vom Redner nicht überprüft.

besonderen Umgang mit der Wahrheitsliebe anhängen. (C)

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Das Protokoll hat doch Frau Brox angesprochen!)

Herr Stichweh, als Sie das sagten, war das mit dem Protokoll noch gar nicht im Raum! Das war der Gegenschlag, wenn Sie das einmal so nennen wollen, um Ihnen einmal deutlich zu machen, wie das mit der Wahrheitsliebe ist. Ich möchte doch meine Kollegin da in Schutz nehmen, das sehe ich als meine Aufgabe an, und ich meine, alle anderen Abgeordneten in diesem Hause sollten sich das auch einmal zu Herzen nehmen! Die Debatte, die wir geführt haben in der Stadtbürgerschaft, lief doch genau darauf hinaus, daß Sie, bevor hier überhaupt noch etwas ausgebreitet war, schon ankamen mit dem Etikett, diese ganze Untersuchung sei unwissenschaftlich, und dann haben Sie nach Punkten gesucht, woran man dieses Etikett denn einmal festmachen könne.

Weil Sie wenig Zeit hatten, Herr Stichweh, haben Sie dann gesagt, bitte, ich kann das jetzt nur noch in zwei Minuten beantworten und mache das in Stichworten, das kann ich verstehen. Dann haben Sie geantwortet: „Nur einen Hinweis! Das linke Weserufer kommt bei den befragten Schülern überhaupt nicht vor, das ist vielleicht ein Hinweis, man muß das alles in Ruhe betrachten.“ Wie anders sollten denn alle anderen hier im Hause das verstehen, als genau den Hinweis, daß das ein Kritikpunkt ist, dem nachgegangen werden muß, damit man diese Untersuchung sozusagen auf nach Ihrer eigenen Auffassung richtige Grundlagen stellen muß? (D)

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Lesen Sie doch einmal die Frage vor! Die Frage von Herrn Dr. Holl dazu!)

Die Frage von Herrn Dr. Holl waren die 1800 Schüler, daß die Zahl von 1800 und mehr Schüler, die befragt worden sind, doch eine hinreichende Grundlage für eine aussagefähige Beurteilung abgeben könne. Zweitens fragt er: „Können Sie sich vorstellen“, — so Professor Dr. Holl — „oder können Sie es vielleicht sogar sagen, wer einen der Mitautoren so eingeschüchtert haben könnte, daß er eine ganze Seite herauszunehmen bereit war?“

Daraufhin haben Sie das geantwortet: „Nur diesen Hinweis!“ Mit anderen Worten, wie anders sollten wir das denn verstehen als Aufforderung, gerade jetzt die Schulen links der Weser einzubeziehen, entweder damit die Zahl 1800 erhöht wird oder damit sozusagen strukturell auch solche Schulen dort auf der Seite einbezogen sind oder aus welchen Gründen immer. Aber immerhin jedenfalls genau dieser Hinweis!

Dann ist es doch einfach schäbig, Herr Stichweh, wenn Sie dann sozusagen den Spieß umdrehen wollen, wollen das nicht mehr wahrhaben und sagen dann, die Frau Brox habe einen besonderen Umgang mit der Wahrheitsliebe. Das, meine ich, sollten

- (A) Sie doch hier einmal korrigieren. Dann können wir uns über die Protokollfälschung gern weiter unterhalten.

(Zuruf des Abg. St i c h w e h [SPD])

Herr Stichweh, Sie gehen hier hin

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Nein, Sie gehen dahin!)

und wollen diese Untersuchung disqualifizieren. Ich will mich gar nicht auf dieses Gebiet begeben, aber womit fangen Sie denn an? Mit Formalien! Sie kritisieren als erstes einmal als Einstieg hier zu dieser Debatte, daß die das mit ihrem Privat-Pkw wohl zur Poststelle gefahren haben. Da habe ich erst gedacht, wollen Sie darauf hinaus, daß die einen Dienst-Pkw benutzen wollen. Ich habe da den Zusammenhang noch nicht gesehen, aber das ist vielleicht Ihre Politik. Was hat denn Herr Dücker, seines Zeichens Senatsdirektor, in der Debatte in der Stadtbürgerschaft gesagt? Haben Sie das auch nicht mehr gelesen? Darf ich das einmal zitieren ohne Fälschung?

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Sie haben keine Ahnung davon!)

- (B) Meine Damen und Herren, da ging es um die Frage, ob denn vielleicht diese Untersuchung so brisant sei, daß sie unterdrückt wurde. Da hat sich Herr Dücker doch beeilt zu sagen, Unterdrückung, keine Rede! 200 Exemplare sind ja in die Schulen gegangen! Ich zitiere wörtlich von Seite 1777: „Wenn wir 200 Exemplare in die Schulen geschickt haben, kann doch von einer Unterdrückung nicht die Rede sein.“

(Heiterkeit und Beifall bei BGL und FDP)

Meine Damen und Herren, wir, wer ist denn das? Sind das die Herren Garrels und Büchner, oder ist das hier der Senator mit seiner Dienststelle? Wir, Senatsdirektor Dücker als Vertreter des Senators, der abwesend war? Wir, Pluralis majestatis oder was, Herr Stichweh? Da können Sie nur abwinken! Was soll ich denn von Aussagen eines Senatsdirektors halten, die hier wörtlich im Protokoll sind? Soll ich mich nun darauf verlassen können oder nicht?

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Ich habe gesagt, der Transport hat stattgefunden vom WIS bis zur Poststelle! Von da ist das über den Postverteiler gegangen! Aber im übrigen nehme ich Ihren Versuch zur Entlastung Ihrer Kollegin entgegen!)

Ja, er nimmt das doch ordentlich auf, indem er sich gerade noch sozusagen den angeblichen Fehler — das mögen Sie selbst beurteilen, ob das einer war — zunutze macht und dann hier auch sagt, wir haben verteilt! Er ist doch froh, daß wir verteilt haben, wir, sprich Senat! Also, meine Damen und Herren, so ist das mit dem Umgang!

Ich meine, ähnlich ist das auch dann mit der ganzen wissenschaftlichen Kritik! Dazu nur soviel: Wenn Sie dann doch wenigstens einmal zu den Er-

gebnissen Stellung genommen hätten! Das können Sie etwas veralbern, indem Sie sagen, das Bierglas ist halbvoll oder halbleer, aber ob das 50 Prozent und ob das etwa die Hälfte, so lautete ja die Formulierung, ob das dann also 48 Prozent sind oder 52 Prozent, ist im Gegensatz zum Wahlrecht nicht so ganz besonders wichtig, vielleicht.

Wenn aber ungefähr die Hälfte der Schüler, ich will nur einmal das allgemeine Wort sagen, unzufrieden sind mit einer solchen Schulorganisation, reicht Ihnen das immer noch nicht? Müssen es 99 Prozent sein, die Sie ruinieren mit Ihrer Schulpolitik?

(Beifall bei der BGL)

Da kann man das doch nicht so billig und polemisch abtun, halbvoll oder halbleer, das sei ja nicht wissenschaftlich exakt. Es reicht, wenn es eine relevante Zahl ist und daß das nicht einzelne Schüler sind, die vielleicht aufgrund persönlicher Probleme solch eine Anschauung haben, sondern daß das doch strukturell nachweisbar ist!

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Fünfzig Prozent ist doch neutral in diesem Zusammenhang!)

Ihre ganze Argumentation mit der Unwissenschaftlichkeit! Da kann ich doch nur noch einmal allgemein die Frage in den Raum stellen, was haben Sie denn für ein Wissenschaftsverständnis? Stellen Sie sich hier hin als sozialdemokratischer Bildungspolitiker des Jahres 1982 und wollen kritisieren, daß jemand als erstes in eine Untersuchung hineinschreibt, von welcher Hypothese er ausgeht und von welchem Vorverständnis er ausgeht? Sie kritisieren als erstes — und da haben Sie falsch zitiert —, daß die im ersten Satz bereits ihr falsches Vorverständnis, ihre Einseitigkeit dokumentiert hätten, das war natürlich dann der zweite Satz. Aber sei es drum!

Aber was anderes erwarte ich denn heutzutage, nachdem wir Erkenntniskritik gemacht haben, nachdem wir so viele Ausführungen auch gerade in Bremen über Universität oder Schulsystem, über kritische Hinterfragung gerade des Wissenschaftsverständnisses hinter uns haben? Da erwarte ich doch, daß jemand sein Vorverständnis einmal deutlich macht und möglichst schon im ersten und zweiten Satz!

(Zuruf des Abg. St i c h w e h [SPD])

Aber Sie, Herr Stichweh, tun so, als ob es die neutrale Wissenschaft gebe, womit man dann also als Herr Stichweh bloß in ein Buch zu schauen braucht und dann sagen kann, aha, das sind die Wissenschaftskriterien, so muß eine Hypothese formuliert sein, und danach fällt das andere ab.

In Wirklichkeit ist es doch so, daß Sie ein sozialdemokratisches Wissenschaftsverständnis haben, und daran messen Sie das von anderen Leuten, die offensichtlich nicht Ihrer Couleur entsprechen.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Und Sie ein grünes!)

(C)

(D)

(A) Das muß doch hier einmal klar gesagt werden, daß Sie genausoviel Vorverständnis einbringen in der Beurteilung dieser Studie.

Meine Damen und Herren, das ist etwa auf derselben Ebene, und diese Wissenschaftler haben genau gesagt, daß sie eine Meinungsumfrage machen, auf derselben Ebene, als ob man Meinungsumfragen, Demoskopie mit dem schönen deutschen Wort, beurteilt nach dem Maßstab der Wahlergebnisse und dann immer sagt, die Meinungsumfragen stimmen nicht überein. Ich bin darüber sehr froh, über das Abweichen des Wählers sozusagen von der vorher prognostizierten Meinungsumfrage, was auch eine Prognoseumfrage ist. Aber das ist doch kein Maßstab für die Qualitätsbeurteilung einer Meinungsumfrage.

Wenn ein Meinungsumfrageinstitut eine solche Umfrage macht, dann kann ich denen doch nicht vorwerfen sozusagen, ihr habt eine schlechte Umfrage gemacht, weil die Wahlergebnisse anders sind. Da werde ich doch einmal die Meinungsumfragen nach Ihren Kriterien, nach Umfragekriterien

(Abg. Stichweh [SPD]: Die Auswertung, Mensch!)

kritisieren müssen, Herr Stichweh! Darum geht es. Ich meine, das mußte hier auch einmal deutlich gesagt werden.

(B) Ich kann zum Abschluß eigentlich nur sagen, wenn wir hier in der Stadtbürgerschaft und hier heute zweieinhalb Stunden noch einmal debattiert haben, dann muß an dieser Studie zumindest soviel sein, daß sie eine Relevanz für das bremische Schulsystem hat. Wenn Sie hingehen und das hier so auseinandernehmen können, freue ich mich, daß Sie die gelesen haben.

(Abg. Stichweh [SPD]: Das hat gelesen, das merke ich!)

Ich möchte hoffen, daß Sie daraus dann auch etwas gelernt haben. Ich meine aber, daß Sie noch einmal die Gelegenheit benutzen sollten, auch Ihren Punkt zu überdenken im Hinblick auf die Frage der Wahrheitsliebe, und dann können wir auch über die Protokollfälschung reden! Wir können Ihnen die Dokumente vorlegen, und dann werden Sie sagen können, was da passiert ist.

(Abg. Stichweh [SPD]: Die legen Sie doch nicht mir vor, die legen Sie dem Präsidenten vor!)

Herr Stichweh, dann werden Sie sagen können, wie das gewesen ist, damit Frau Brox eben nicht in einem Zwielicht dasteht, die einen Redebeitrag gemacht hat, der auf einmal vorn nicht mehr oder hinten nicht mehr stimmt, weil die Zwischenrufe, auf die sie ausdrücklich Bezug nimmt, wo sie wörtlich sagt, das stimmt nicht, antwortet auf Ihren Zwischenruf, dann auf einmal sonst nicht mehr stimmen kann. Dann werden wir Ihnen auch die Dokumente vorlegen, und dann werden Sie das sicherlich richtig-

stellen können. Ich meine aber, dann wäre es an Ihnen zunächst einmal, Ihre Formulierung über den besonderen Umgang mit der Wahrheitsliebe hier richtigzustellen.

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator von Hassel.

Senator für Bildung v. Hassel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann die von allen Seiten des Hauses mit Beifall bedachte, durch Herrn Adamietz provozierte Unbehagensakklamation in bezug auf Bildungsdebatten leider für mich nicht zur Handlungsmaxime machen. Ich habe zu respektieren, daß aus diesem Haus durch zwei Fraktionen diese Gegenstände auf die Tagesordnung dieses Hauses gebracht worden sind, und ich nehme Recht und Pflicht wahr für mein Amt in dem Umfang, den ich für richtig halte, mich dazu zu äußern.

(Beifall bei SPD und BGL)

Deswegen erkläre ich hier noch einmal, weil mir das nötig scheint, zu den Ausführungen von Herrn Bürger und inzwischen auch von Herrn Adamietz: Ich werde einen Vorgang, der folgenden Zusammenhang darstellt, da äußern sich Mitarbeiter aus meinem Bereich, die wie ich selbst dem geltenden Schulgesetz verpflichtet sind, in Positionen, in Auffassungen, die diesem Gesetz nicht entsprechen, in einem Nachwort zu einer Untersuchung, was den Eindruck erweckt, als ob dies sich daraus ableiten ließe, was so belagbar nicht der Fall ist, und fügen das Ganze hinter ein Vorblatt mit einer Aufschrift, die meine Gesamtverantwortung zum Ausdruck bringt, diesen Vorgang und diesen Gesamtzusammenhang so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Dabei bleibt es, und dabei geht es nicht um irgendein bildungspolitisches Vorverständnis, das ich habe, sondern darum, daß ich eine Verantwortung vor einem geltenden Gesetz habe und diese ernst nehme.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe den Antrag der Gruppe der BGL unter Tagesordnungspunkt acht zur Abstimmung auf.

Wer dem Antrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/892 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(C)

(D)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/899 Kenntnis.

Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. September 1982
(Drucksache 10/897)

Wir verbinden hiermit:

Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung

Antrag der Fraktion der SPD
vom 28. Oktober 1982
(Drucksache 10/934)

Die dringliche Behandlung des Antrags mit der Drucksachen-Nummer 10/934 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer Sitzung beschlossen.

Drucksache 10/897

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, anhand der in den letzten Jahren vorgelegten polizeilichen Kriminalstatistiken die wesentlichen Ursachen des zunehmenden Anstiegs der Kriminalität in Bremen zu untersuchen und spätestens bis zum 31. Januar 1983 darüber zu berichten, durch welche Maßnahmen eine effektivere Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Gewalt-, Straßen-, Wirtschafts- und schweren Diebstahlskriminalität, erreicht werden kann, um sowohl zu einer spürbaren Verbesserung der tatsächlichen Sicherheitslage Bremens als auch des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bürger beizutragen.

Dabei ist insbesondere zu prüfen:

1. durch welche Maßnahmen die Polizei weiter von verwaltender Tätigkeit entlastet werden kann,
2. inwieweit sich die Präsenz der Polizei auf den Straßen sowie an den Schwerpunkten der Kriminalität erhöhen läßt,
3. wie die vorbeugende Verbrechensbekämpfung verbessert werden kann,
4. ob und inwieweit eine stärkere Konzentration auf die Bekämpfung der Gewaltkriminalität sowie der Wirtschaftskriminalität möglich ist.

Borttscheller, Neumann und Fraktion der CDU

Drucksache 10/934

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Bürgerschaft (Landtag) über die wesentlichen Ursachen der nach der Kriminalstatistik der letzten Jahre in einigen Bereichen auffallend steigenden Kriminalität zu unterrichten und zugleich zu berichten, ob und gegebenenfalls durch welche weiteren Maßnahmen eine effektivere Bekämpfung von Straftaten erreicht werden kann, um zu einer Verbesserung der Sicherheit im Lande Bremen sowohl in objektiver als auch in subjektiver Hinsicht beizutragen. Dabei ist von der bestehenden Personalstärke und Sachmittelausstattung auszugehen. Der Senat wird gebeten, insbesondere zu prüfen, ob

1. die Vollzugspolizei weiter von ihr fremden Tätigkeiten entlastet werden kann,

2. sich die Präsenz der Polizei auf den Straßen sowie an den Brennpunkten der Kriminalität erhöhen läßt,
3. die vorbeugende Verbrechensbekämpfung verbessert werden kann,
4. die polizeiliche Tätigkeit sich in höherem Maße auf die Bekämpfung der Gewalt- und Wirtschaftskriminalität konzentrieren läßt,
5. sich eine wirksame Verbrechensbekämpfung durch vermehrten Einsatz der Datentechnik erreichen läßt,
6. durch eine verbesserte Ausbildung der Vollzugspolizei das oben genannte Ziel gefördert werden kann.

Armgor, Wedemeier und Fraktion der SPD

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Borttscheller.

Abg. **Borttscheller** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Nach einer vierstündigen Bildungsdebatte bin ich sicher, daß es ganz erfrischend sein wird, im Bereich der Innenpolitik etwas zügiger und vielleicht auch in größerem Konsens zu verfahren.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Die letzten Debattenbeiträge haben uns im Grunde genommen ja auch unserem zentralen Thema schon nähergebracht. Da war von Fälschung, Manipulation, Diffamierung die Rede,

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das war schon die Einleitung zur Verbrechensbekämpfung!)

womit wir bei der Kriminalstatistik wären.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die ist mit Sicherheit nicht gefälscht, jedenfalls würden wir den Vorwurf nicht erheben.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Ich weiß nicht, Herr Stichweh bekommt das auch fertig! — Heiterkeit)

Meine Damen und Herren — —.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Aber ist die wissenschaftlich? — Zuruf des Abg. **Dinné** [BGL])

Vielleicht wollen wir uns erst die Zahlen anhören und dann über die Wissenschaftlichkeit streiten!

Der Senator für Inneres im Lande Bremen läßt seit langem Jahr für Jahr polizeiliche Kriminalstatistiken erstellen. Wer als politisch Verantwortlicher diese Statistik sorgfältig liest, und ich gehe davon aus, daß das auch im Hause des Senators für Inneres passiert, sollte alarmiert sein. Die gesamte Kriminalität hat im Lande Bremen in der Zeit zwischen 1972 und 1981 um 40,8 Prozent zugenommen. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote auf ein nie dagewesenes Tief von 38,9 Prozent gefallen, das heißt, daß in Bremen zwei Drittel aller bekanntgewordenen Kriminalfälle nicht aufgeklärt werden. Umgekehrt, ein Straftäter hat im Lande Bremen die Chance von zwei zu eins, nicht gefaßt

(C)

(B)

(D)

- (A) zu werden. Ein Innensenator sollte sich mit einer derartigen Bilanz, ohne schamrot zu werden, nicht mehr vor den Bürger wagen.

Das Gebot der Fairneß gebietet es allerdings auch festzustellen, daß Mord und Totschlag in Bremen noch nicht an der Tagesordnung sind, wenn auch die Gewaltkriminalität um 2,1 Prozent auf über 2 000 Taten im Jahre 1981 angestiegen ist. Schlüsselt man die Kriminalstatistik in einzelne Bereiche auf, so wird man weiterhin feststellen, daß glücklicherweise bei der Gewaltkriminalität die Aufklärungsquote nach wie vor bei über 75 Prozent liegt und auch bei den Sittlichkeitsdelikten immerhin noch 65 Prozent der Fälle aufgeklärt werden.

Allerdings muß man feststellen, daß diese Aufklärungsquoten lediglich auf einen traditionell hohen Personalaufwand zurückzuführen sind. Die Sicherung dieser Aufklärungsquoten führt zwangsläufig dazu, daß andere Felder der Kriminalität nur noch völlig unzureichend bearbeitet werden. Die Gewerkschaft der Polizei hat deshalb auch in ihrer Presseerklärung im vergangenen Frühjahr zu Recht festgestellt: Wir nähern uns dem Punkt, an dem die innere Sicherheit vermehrt nur noch aktenmäßig verwaltet werden kann.

Trotz dieser Situation hat sich der Innensenator nicht den Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip in seinem Ressort widersetzt. Er hat vielmehr ohne zu fragen den Polizeibehörden und den übrigen Behörden des Innenbereichs im Mai mitgeteilt, daß die Stellenplanvorentwürfe mit der Maßgabe vorzulegen seien, daß zum Beispiel allein das Stadt- und Polizeiamt Bremen Stelleneinsparungen mit einem Finanzvolumen von 1,6 Millionen DM durchzuführen hat. Dies entspricht einer weiteren Kürzung von etwa vierzig Stellen. Daß dies nicht zur Motivation der Beamten führt, liegt auf der Hand, insbesondere dann, wenn der Senator für Inneres psychologisch ungemein feinfühlig gleich mitteilt, daß auch in den kommenden Jahren mit weiteren Stelleneinsparungen zu rechnen sei.

Eine solche Politik, meine Damen und Herren, hat im empfindlichen Bereich der inneren Sicherheit zur Folge, daß die Polizeibeamten resignieren und sich im Stich gelassen fühlen. Einbußen in der inneren Sicherheit sind dann unvermeidlich, wenn Polizeireviere personell kaum noch in der Lage sind, den gesetzlichen Auftrag voll zu erfüllen, vorbeugende Verbrechensbekämpfung unter Einsatz von Fußstreifen kaum noch möglich ist, wenn Versprechen etwa wie die Verstärkung der Abteilung Verkehrserziehung und Jugendschutz nicht eingelöst werden.

Der Bürgermeister

(Abg. Neumann [CDU]: Welcher?)

Hans Koschnick — ich hätte ihn gern persönlich daran erinnert — hat noch am Jahresbeginn erklärt, daß das Polizeimusikkorps erhalten bleibe. Die Beamten haben es hingenommen, auch für allgemeine Polizeiaufgaben, wie im Landesfernmeldezug

oder in Alarmhundertschaften, und zur Aufrechterhaltung von Mindestblockstärken in den Polizeireviere eingesetzt zu werden. Als Dank dafür hat der Senat jetzt die endgültige Auflösung des Musikkorps beschlossen. Ein trauriges Ende für eine Polizeikapelle, die bei allen Bremern ungemein beliebt war!

(Beifall bei der CDU)

Man mag sich natürlich zu Recht darüber streiten, ob in Zeiten der Not ein Polizeimusikkorps gerechtfertigt ist, wenn das Personal zur Erledigung anderer dringender polizeilicher Aufgaben benötigt wird. Nur, eine klare Konzeption ist hier bislang nicht erkennbar. Pläne wie etwa die Dezentralisierung der Kriminalpolizei können nicht vertuschen, daß damit nicht in erster Linie die Effektivität der Kriminalpolizei verbessert werden soll, sondern primär die Einsparung von Mieten im Vordergrund steht und deshalb aus der Not eine Tugend gemacht wird und eine Verlagerung der Kripo in andere Diensträume schlicht als neues Konzept verkauft wird.

Mit ihrem Antrag will die CDU-Fraktion klar machen, daß die bisherige Entwicklung der inneren Sicherheit nicht weiter tatenlos hingenommen werden kann. Auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten muß der Senat die körperliche Sicherheit der Bürger und die Unantastbarkeit ihres Eigentums gewährleisten. Die Entwicklung im Lande Bremen hat gezeigt, daß die bisherige Konzeption für die Verbrechensbekämpfung nicht greift oder aber, wofür die tatsächliche Entwicklung spricht, eine grundlegende Konzeption überhaupt nicht vorhanden ist.

Wir fordern deshalb mit unserem Antrag den Senat auf, bis Ende Januar 1983 einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Dabei haben wir auch dargestellt, welche Fragen wir für vorrangig halten und deshalb in der Reihenfolge behandelt werden sollten, nämlich erstens, durch welche Maßnahmen die Polizei weiter von verwaltender Tätigkeit entlastet werden kann; zweitens, inwieweit sich die Präsenz der Polizei auf den Straßen sowie an den Schwerpunkten der Kriminalität erhöhen läßt; drittens, wie die vorbeugende Verbrechensbekämpfung verbessert werden kann; und schließlich viertens, ob und wieweit eine stärkere Konzentration auf die Bekämpfung der Gewaltkriminalität sowie der Wirtschaftskriminalität möglich ist. Ein solcher Bericht kann der Entwicklung eines Konzepts für eine effektivere Verbrechensbekämpfung nur nützlich sein. Ich darf deshalb um Ihrer aller Zustimmung bitten.

Nun verbinden wir mit dieser Diskussion auch den Antrag der SPD-Fraktion, eingegangen am 27. Oktober, der, und das will ich ganz offen sagen, inhaltlich von uns in den meisten Passagen voll getragen werden kann. Wir halten es auch für durchaus sinnvoll, den Fragenkatalog, den wir aufgezeigt haben, um zwei weitere Punkte zu ergänzen, zum Beispiel den Punkt fünf, daß eine wirksamere Verbrechensbekämpfung durch vermehrten Einsatz der Datentechnik möglicherweise erreichbar ist, und

- (A) Punkt sechs, in dem eine verbesserte Ausbildung der Vollzugspolizei angesprochen wird.

(Abg. Neumann [CDU]: Dann hätten sie das andere aber nicht abschreiben müssen!)

Gut, das mag jedem überlassen werden, wie das politisch zu bewerten ist, daß im Grunde unser Antrag hier voll übernommen, dann mit Dringlichkeitsantrag überschrieben und neu eingebracht worden ist! Aber ich meine, wir sollten uns der Sache wegen nicht über diese Äußerlichkeiten streiten.

Inhaltlich besteht im ersten Abschnitt lediglich ein kontroverser Punkt. Ich will ihn auch nennen. Wenn die SPD-Fraktion hier festschreiben will, daß bei der Beantwortung dieser Fragen gesagt wird, „dabei ist von der bestehenden Personalstärke und Sachmittelausstattung auszugehen“, so halten wir das nicht für sachdienlich, denn wir meinen, eine wissenschaftliche Untersuchung muß in ihrer Zielsetzung und auch in der Möglichkeit der Beantwortung so offengehalten werden, daß ein politisch ungebundener Beamter auch feststellen darf, daß zum Beispiel in einem Bereich das Personal nicht reicht oder daß zum Beispiel die Sachmittel unzureichend sind.

Ich meine deshalb, daß die SPD-Fraktion überlegen sollte, ob sie aus diesem Satz einen getrennten Absatz macht, so daß wir abschnittsweise darüber abstimmen könnten. Ich könnte mir vorstellen, daß wir uns insoweit inhaltlich weitgehend annähern könnten.

- (B) Die CDU-Fraktion ist auch durchaus bereit, darüber mit sich reden zu lassen, ob nun der Bericht unbedingt bis zum 31. Januar 1983 vorgelegt werden muß. Wenn uns der Stellvertreter des Senators sagt, daß das aus verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich ist, könnte die Frist verlängert werden. Wir meinen nur im Ergebnis, und da bin ich sicher, daß Einigkeit herrscht, daß ein solcher Bericht vorgelegt werden muß, und zwar möglichst rasch und möglichst bald. Dafür erbitte ich Ihre Zustimmung! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Armgort.

Abg. **Armgort** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion möchte ich zunächst einmal betonen, daß wir den Antrag der CDU-Fraktion mit der Drucksachennummer 10/897 im Prinzip unterstützen. Wir sind jedoch im Gegensatz zur CDU-Fraktion der Auffassung, daß man dann, wenn man Maßnahmen für eine effektivere Bekämpfung von Straftaten diskutiert, sich nicht im wesentlichen auf Bereiche, die der Gewalt-, Straßen-, Wirtschafts- oder schweren Diebstahlskriminalität zuzurechnen sind, beschränken sollte.

(C) Sie werden jetzt sicherlich sagen, meine Damen und Herren von der Opposition, das haben wir gar nicht gewollt. Dennoch bin ich der Meinung, daß der von Ihnen in dieser Form eingebrachte Antrag die Diskussion sehr schnell in dieses Fahrwasser bringen wird. Wir sind daher der Auffassung, daß der Antrag insoweit modifiziert werden sollte, daß die Überprüfung von einzuleitenden Maßnahmen sich an der gesamten Kriminalität orientieren muß, wie sie sich in der polizeilichen Kriminalstatistik niederschlägt.

Es kann auch Ihnen nicht verborgen bleiben, daß insbesondere die sogenannten Massendelikte sowohl einerseits die Kriminalitätszahlen nach oben treiben als auch andererseits die Aufklärungsziffern herabsetzen, das liegt nun einmal in der Struktur dieser Delikte.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auch gar nicht weiter auf die Statistik eingehen, wie Sie es gemacht haben, Herr Bortscheller, ich glaube, das sollten wir dann bei der Diskussion über die Antwort des Senats vornehmen. Ich will nur einmal ein Beispiel nennen, wenn die Bremer Straßenbahn AG keine Kontrolleure hätte, gäbe es keine Schwarzfahrer in der Statistik. Also, mit der Statistik kann man alles und nichts beweisen, und Sie kennen ja sicherlich auch das Wort, kleine Lüge, große Lüge, Statistik. Ich meine, wir haben keinen Grund, in Bremen den schwarzen Mann an die Wand zu malen, denn wenn wir heute die Statistiken von vergleichbaren Großstädten heranziehen, liegen wir absolut im Mittelfeld, und wir liegen in einigen Bereichen weit im ersten Drittel, in einigen Bereichen etwas unter dem Mittelfeld, das muß man auch in der Struktur einer solchen Stadt sehen. Eine Hafenstadt hat eine andere Struktur als eine Stadt irgendwo auf dem flachen Lande.

(Abg. Jackisch [CDU]: Und wie war das mit den kommunalen Fahrräder, Herr Kollege?)

Was hat das damit zu tun, Paule?

(Abg. Jackisch [CDU]: Die wurden auch alle gestohlen! Es ist doch keines mehr davon da!)

Also, erstens einmal stimmt das nicht, daß keines davon mehr da ist, es wurden nicht alle gestohlen, und zweitens ist die Kriminalitätsziffer der Fahrraddiebstähle bundesweit enorm angestiegen. Hier muß man einmal nach den Ursachen fragen. Viele stellen ihr Fahrrad auch ab, um von der Versicherung ein neues zu bekommen.

(Abg. Adamietz [BGL]: Wieder eine Straftat!)

Natürlich ist das strafbar, dann sagen Sie das doch dem Bürger!

(D)

(A) Im übrigen sind wir der Meinung, daß der Sicherheitsauftrag nicht losgelöst gesehen werden kann von dem zur Verfügung stehenden Personal sowie den diesem Personal zugewiesenen Sachmitteln.

Wenn von dem Musikkorps gesprochen wird, dann frage ich einmal direkt: Das Musikkorps hat bisher in der Verbrechensbekämpfung nicht geholfen, sondern das Musikkorps hat lediglich für die Polizei und das Land Bremen im Grunde genommen Werbung gemacht.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Aber eine gute!)

Natürlich! Das wird auch nicht abgestritten!

(Abg. Dinne [BGL]: In der Zeit, wo die Leute zuhören, können sie auch nicht klauen! — Heiterkeit)

Ich kann auch das Gegenteil wieder beweisen! Ich kann sagen, die Statistik beweist, daß dort, wo Menschenansammlungen sind, die Taschendiebe hervorragend stehlen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Was, auch hier in der Bürgerschaft?)

Im übrigen darf ich auch sagen, daß der Grund, einen Probelauf mit der Kripo außerhalb einer Zentrale durchzuführen, nicht auf die Schwierigkeit mit der Raumsituation und die Mieteneinsparung zurückzuführen ist, sondern es gibt schlicht und einfach inzwischen Untersuchungen, daß insbesondere bei der kleinen Kriminalität der Täter nicht weiter als 2,5 Kilometer von seinem Wohnort entfernt die Straftaten begeht. Hier haben schon andere Städte eine Verlagerung durchgeführt, beispielsweise Hamburg, und wir werden es in Bremen ebenfalls versuchsweise vornehmen. Der Grund für diese Maßnahme ist also nicht der, daß wir hier Mieten einsparen wollen.

(B) Des weiteren wollte ich noch einmal darauf hinweisen, daß wir gerade in den letzten Jahren die Sachmittel für die Polizei ganz erheblich aufgestockt haben. Wenn Sie sich auch dort einmal eine Statistik ansehen, Herr Borttscheller, dann werden Sie feststellen, daß wir von 1970 bis 1980 eine hundertprozentige Steigerung im Ausgabenbereich für die innere Sicherheit haben, das muß man auch einmal sehen. Von daher braucht der Senator sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, er hätte hier zu wenig getan. Zu überprüfen bliebe dann auch, wo hier noch möglicherweise darüber hinausgehende Hilfen gegeben werden können.

In Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, weisen Sie weiter darauf hin, daß eine Prüfung erfolgen sollte, inwieweit die Polizei weiter von verwaltender Tätigkeit entlastet werden könne. Auch dieser Begriff bliebe, meine ich, zu definieren. Es ist tatsächlich die Frage, ob Beamte, die vorrangig mit verwaltender Tätigkeit eingesetzt sind, nicht ebenfalls ihren ganz erheblichen Beitrag zur Bekämpfung von Kriminalität und damit zur Verbesse-

(C) rung der Sicherheitslage leisten. Zu denken wäre hier beispielsweise nur an den Bereich des Einsatz- und Lagezentrums und der dort eingesetzten Beamten, die eben nicht vor Ort im Funkstreifenwagen oder bei der Kriminalpolizei Kriminalität bekämpfen. Wir schlagen daher vor, statt von verwaltender Tätigkeit von polizeifremder Tätigkeit zu sprechen.

Schließlich sind wir der Auffassung, daß die in den letzten Jahren mehr und mehr auch in den Polizeibereich eingeflossene Datentechnik ein wirksames Instrumentarium zur Kriminalitätsbekämpfung darstellt. Auch hier bliebe zu prüfen, inwieweit hier in der Zwischenzeit Hilfen gewonnen werden konnten oder wo weitere Hilfen angestrebt werden sollen.

Wenn Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung parlamentarisch behandelt werden, dann sollte man auch dort ansetzen, wo der Nachwuchs für diese unsere Polizei ausgebildet wird. Wir meinen also, daß der von der CDU eingebrachte Antrag dahingehend erweitert werden sollte, ob und wie durch eine verbesserte Ausbildung der Vollzugspolizei das oben genannte Ziel erreicht werden kann.

Meine Damen und Herren, wir sind uns darüber im klaren, daß eine bessere Verbrechensbekämpfung und insbesondere die Maßnahmen in den Ziffern 1 bis 6 unseres Antrags in den nächsten Jahren auf Grenzen bei der Personalstärke und bei den Sachmitteln stoßen können. Der Antrag, den wir wohl erfreulicherweise gemeinsam mit Ihnen beschließen werden, kann uns dazu dienen, daß der Senat eine Planung vorlegt, aus der erkennbar ist, was von den vorgeschlagenen Verbesserungen im Rahmen des Finanzplans verwirklicht werden kann und was eventuell nicht. Das Urteil hierüber, meine ich, ist heute noch nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

(D) Falls dies an irgendeiner Stelle sichtbar werden sollte, wir sehen das zum Beispiel im Zusammenhang mit ISA — ISA ist ein Informationssystem Anzeigen — zu Ziffer 5 unseres Antrags: Hier sind weitere politische Entscheidungen nötig, um dieses Informationssystem in voller Breite ausnützen zu können. Hilfen hierfür werden sicherlich die Innen-deputierten geben und sich einmütig dafür einsetzen, daß dies geschieht.

Im übrigen möchte ich beantragen, daß der Termin der Antwort nicht so kurz bis zum 31. Januar 1983 gestellt wird, sondern daß wir den Termin bis zum 31. März hinausschieben, denn diese Untersuchung ist nicht von heute auf morgen zu leisten, und wenn wir daran denken, daß die Haushaltsberatungen, das Weihnachtsfest und die Ferien dazwischen liegen, dann glaube ich, ist es nicht unzumutbar, daß man das bis zum März 1983 hinausschiebt.

Wir sind damit einverstanden, daß im ersten Abschnitt unseres Antrags der letzte Satz „dabei ist von der bestehenden Personalstärke und Sachmittelausstattung auszugehen“ als dritter Absatz ange-

- (A) hängt wird, so daß man dann über den Antrag abschnittsweise abstimmen kann. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Herr Abgeordneter Armgort, einen kleinen Moment! Ich habe noch eine Frage zu Ihrem Antrag! Sie haben eben vorgeschlagen, den letzten Satz Ihres ersten Absatzes als dritten Absatz zu nehmen. Heißt das, er soll ganz an den Schluß? — Gut, er kommt also ganz ans Ende des Antrags.

Dann haben Sie zum CDU-Antrag vorgeschlagen, statt 31. Januar 1983 den 31. März 1983 einzusetzen. War das ein richtiger Änderungsantrag?

(Abg. Armgort [SPD]: Ja!)

Darf ich einmal fragen, ob diese Änderung von den Antragstellern übernommen werden kann!

(Abg. Borttscheller [CDU]: Wird übernommen!)

Dann brauchen wir darüber nicht mehr abzustimmen! Dann ist diese Angelegenheit erledigt.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, daß angesichts der von Herrn Borttscheller richtig aufgezeigten prekären und mehr als bedenklichen Lage im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung wir keine Zeit mehr haben, Berichte entgegenzunehmen, Berichte zu schreiben,

(Beifall bei der FDP)

sondern wir haben nach unserer Auffassung allmählich den Anspruch, als Parlament und als Bürger dieser Stadt, daß der Senat in den aufgezeigten Bereichen handelt.

(Beifall bei der FDP)

Es sind, meine Damen und Herren, Berichte genug geschrieben worden. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit einen Bericht zur Lage der Polizei entgegengenommen, der auf unsere Veranlassung geschrieben wurde. Schon damals hat der Senat, unterstützt von der Mehrheitsfraktion, erklären lassen, daß es der Kriminalitätsbekämpfung dienlicher wäre, wenn wir ihr mehr Personal und mehr Möglichkeiten geben würden, ihre Arbeit vor Ort durchzuführen, die Kriminalität tatsächlich zu bekämpfen, und nicht Berichte abzuverlangen.

Erstens: Wir haben damals gemeint, daß ein solcher Bericht zur Lage der Polizei notwendig sei, um darauf in den Bereichen aufzubauen, die Sie heute wieder aufgreifen. Sämtliche Bereiche, meine Damen und Herren, die die Antragsteller in ihrer Berichts-anforderung heute aufzählen, sind im damaligen Antrag zur Erstellung eines Berichts zur Lage der Polizei bereits aufgeführt worden.

Zweitens: Wir haben ausdrücklich erklärt, und der Senat hat vorgegeben, es auch so verstanden zu haben, daß dieser Bericht zur Lage der Polizei — Drucksache 9/1131 — eine mittelfristige bis langfristige Beschreibung dessen sein soll, was Kriminalitätsbekämpfung aus der Sicht der Polizei leisten könne. Meine Damen und Herren, alle hier aufgezeigten Spiegelstriche sind im Inhaltsverzeichnis dieses Berichtes vorhanden. Ich habe den Eindruck, Herr Borttscheller, Herr Armgort, daß Sie das, was in dem Bericht zur Lage der Polizei niedergeschrieben worden ist, entweder nicht zur Kenntnis genommen haben oder der Auffassung sind, und darüber ließe sich ja mit der SPD reden, daß das, was dort geschrieben worden ist, untauglich und nicht brauchbar gewesen ist, denn sonst brauchten wir ja heute nicht diesen neuen Bericht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, dieser Bericht ist gegeben worden, wir haben zur Kenntnis genommen, daß die senatorische Dienststelle sehr darunter leiden mußte, einen solchen Bericht zu schreiben. Wir nehmen zur Kenntnis, falls der Senator nicht heute wieder erklären läßt, daß es ihm Schwierigkeiten macht, solche Berichte zu schreiben, daß die Personallage im Hause des Senators für Inneres hervorragend sein muß, wenn er womöglich heute freudig bereit ist, noch einmal einen solchen Bericht zu schreiben. Das ist ein, wenn Sie so wollen, formaler Grund. Lassen Sie mich aber auch, meine Damen und Herren, zum Inhaltlichen etwas sagen!

Drittens: Ich habe von diesem Pult zusammen mit einigen Kollegen des Hauses mehrfach und intensiv in Initiativen, Anträgen und Redebeiträgen vorgebracht, in welchen Bereichen wir uns vorstellen, daß etwas getan werden müßte, um das Phänomen Kriminalität wirksamer als bisher anzugehen. Es gibt in den Bereichen, die hier in den Berichts-anforderungen angesprochen sind, eine Fülle von Vorlagen. In der Deputation für Inneres läßt sich schon allein ein solches Bündel von Vorlagen vorweisen, wo all diese Fragen bis hin zum Kontaktbeamten, bis hin zur verwaltenden Tätigkeit der Polizei, elektronische Datenverarbeitung und so weiter nachzulesen sind.

Ich habe von diesem Podium mehrfach, auch mit Zustimmung des Hauses, vortragen dürfen und habe geglaubt, es sei inzwischen eine Binsenwahrheit, daß der steigenden Kriminalität nicht mit Mitteln der Polizei, nicht mit Mitteln des Strafrechts allein begegnet werden kann. Wenn hier wiederum abgefragt wird, wie der Senat mit polizeilichen Mitteln denkt, Kriminalität zu bekämpfen, dann zeigt mir das deutlich, daß man einmal mehr dem Irrglauben unterliegt, daß durch mehr Polizei, daß durch mehr Mitteleinsatz bei der repressiven Verbrechensbekämpfung oder im polizeilichen Bereich, daß durch vorbeugende Verbrechensbekämpfung der Polizei etwas erreicht werden kann.

Meine Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung und berufen uns auf fast alle Stimmen,

(B)

(C)

(D)

(A) ein halbes Jahr später womöglich über ein Gericht erst in Aktion treten.

Was hören wir einen Tag später zu diesem Vorschlag? Der Sozialsenator läßt erklären, dies sei ein ganz schlimmer Vorschlag, den wir da gemacht hätten, denn Sozialarbeiter, ich verkürze das jetzt einmal, hätten doch nichts in diesem Bereich der Kriminalitätsbekämpfung zu tun.

(Abg. Kietzer [SPD]: Da hat er recht!)

Meine Damen und Herren, wo gehören denn sonst Sozialarbeiter hin, als nicht in das Stadium, in dem, wie wir sagen, im Zeitpunkt einer Krisenintervention, nach Ergreifen durch die Polizei, nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungstätigkeit nun etwas einsetzen muß, was wir hierzulande mit Resozialisierung bezeichnen?

(Beifall bei der FDP)

Verstehen wir unter Resozialisierung, daß im Bereich des Strafvollzuges womöglich mit Fünfunddreißigjährigen und älteren etwas probiert und erreicht werden soll? Was Hänchen nicht gelernt hat, das lernt Hans, wie die Zahlen beweisen, nimmermehr! Wenn wir dann Hänchen die Möglichkeit geben — und wer soll es denn anders tun als ein Sozialarbeiter? —, dann kommt dieser Sozialsenator und sagt, meine Sozialarbeiter sind doch dafür nicht gedacht! Meine Damen und Herren, was ist denn das für eine Divergenz im Verhältnis zu dem, was ich Ihnen als Ursachen für Kriminalität aufzeigen kann!

(B)

(Beifall bei der FDP)

Wir sind deswegen der Auffassung, man solle sich bei diesen Berichten bitte keine zu großen Hoffnungen machen.

Nun lassen Sie mich noch eines sagen, Kollege Armgort! Sie haben aus Ihrem Antrag die Frage einer eventuellen Personalvermehrung und die Frage einer eventuellen Sachvermehrung ausgenommen. Herr Kollege Armgort, wenn Sie das tun — —.

(Zuruf von der SPD)

Ich habe nicht die Angewohnheit, hier vom Podium aus Kollegen zu duzen, und deswegen spreche ich den Namen so aus!

Wir haben Ihre Probleme natürlich dabei gesehen. Nur, bedenken Sie doch bitte, wenn dieser Bericht tatsächlich mittelfristig etwas hergeben soll, dann muß es doch der Polizei möglich und erlaubt sein, auch diese Frage aufzuzeigen und uns deutlich zu machen, daß schwerpunktmäßig in ganz bestimmten Bereichen ohne eine Personalvermehrung nicht auskommen werden kann! Wir alle wissen, daß das eines der Hauptprobleme ist. Deswegen ist diese Einschränkung mit Sicherheit untauglich, überhaupt eine verlässliche Aussage über diese Bereiche zu geben. Ich möchte Sie bitten, davon abzusehen, eine solche Daumenschraube anzulegen, dann können Sie den Bericht heute schon vergessen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen eine Antwort auf die Fragen geben, die Sie im Bericht gelöst haben wollen. In der leserlichen und nicht allzu dicken Broschüre „Bestandsaufnahme und Perspektiven der Verbrechensbekämpfung“, herausgegeben vom Bundeskriminalamt, finden Sie alle Ihre Fragen, die Sie gestellt haben, beantwortet.

(C)

(Abg. Kunick [SPD]: Richtige Weihnachtslektüre!)

Wir haben eine Fülle von Vorlagen in der Deputation und hier im Hause bekommen, wir haben eine Menge von Vorträgen gehört und auch selbst gehalten. Nehmen Sie dieses zusammen, legen Sie es dem Senator auf den Tisch und fordern Sie ihn auf, nicht einen neuen Bericht mit seinen Mannen zu erstellen, sondern fordern Sie ihn auf zu handeln! Dann kommen wir einen Schritt weiter. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn hier Anträge betitelt sind mit „Initiativen für eine effektivere Verbrechensbekämpfung“, dann wird man sicherlich zu Recht sich fragen müssen, ob man die überhaupt ablehnen darf. In welchen Geruch kommt man dann eigentlich? Wer wollte etwas gegen Verbrechensbekämpfung haben?

(D)

Auch wir von der Bremer Grünen Liste haben nichts gegen Verbrechensbekämpfung! Wenn die effektiver werden muß, dann kann man dagegen auch nichts haben, wenn man überhaupt so etwas macht. Für Initiativen kann man auch immer nur gute Worte finden.

Was verbirgt sich dann also dahinter? Was kann man damit anfangen? Daß wir andere Vorstellungen von der Rolle der Polizei als die meisten anderen in diesem Haus haben, das ist bekannt. Daß wir andere Vorstellungen haben auch als andere Menschen, die nicht in diesem Haus sind und die politisch und gesellschaftlich durchaus aktiv sind, das ist aber auch bekannt.

Darum alledings geht es nicht, genausowenig wie um Problematisierungen des Zustandekommens von Kriminalstatistiken, um die verschiedenen Theorien dazu und ähnliches. Herr von Schönfeldt hat durchaus recht, das ist hier viel diskutiert worden. Da fragt man eine Landesregierung, was sie denn unternimmt. Handeln ist gefragt! Und wir sind dann als Opposition auch aufgerufen, das Handeln zu kritisieren.

Wenn man diesen Anspruch und auch die Ziffer 2 etwa des Antrags der SPD-Fraktion nimmt, der lautet, es solle geprüft werden, „ob sich die Präsenz der Polizei auf den Straßen sowie an den Brennpunkten der Kriminalität erhöhen läßt“, und das

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ganze ohne Problematisierung, ob das überhaupt etwas nützt, dann fallen einem natürlich auch Beispiele ein. Ein Beispiel, das mir eingefallen ist, ist das Beispiel Bahnhofswache. Hier geht es um die Erhöhung der Präsenz an Brennpunkten der Kriminalität, und wenn man nicht so weit gehen und von Brennpunkten sprechen will, kann man auch sagen, um Präsenz in Anorten, wo einfach offenbar Polizeihilfe oft in Anspruch genommen wird. Das ist der Widerspruch, der hier zutage tritt, das ist auch der Widerspruch zwischen den schönen Worten auch in Berichtsansforderungen und eben dem Handeln des Senats. Insofern können wir, sicherlich vielleicht nicht in den einzelnen Formulierungen oder Stoßrichtungen, aber doch im Ergebnis, eigentlich nur das unterstreichen, was Herr von Schönfeldt hier schon gesagt hat: nämlich die Skepsis, wie man durch polizeiliches Handeln hier die Ursachen tatsächlich angehen will.

Das besagt nichts dagegen, daß nicht im Bereich der Polizei selbst eben Überprüfungen stattfinden müssen, eine richtige Zweck-Mittel-Relation geprüft werden muß, die Geeignetheit polizeilichen Einschreitens geprüft werden muß, die Organisation, die Ausstattung und das alles zur Debatte stehen muß. Aber wenn man einen Bericht anfordert und über Ursachen etwas wissen will, dann muß man allerdings auch etwas weiter ausgreifen.

(B) Das, finde ich, ist sehr legitim, wenn die Opposition, wie hier die CDU-Fraktion, eine solche Anfrage stellt. Wir unterstreichen das eigentlich immer und unterstützen das insoweit auch, beispielsweise jedenfalls diesen ersten Teil des CDU-Antrags. Wenn jemand in diesem Haus einen Bericht haben will, dann, meinen wir, sollte der ihm auch gegeben werden. Allerdings verbinden wir das genauso mit der Skepsis, ob das etwas Sinnvolles ist, ob dabei etwas herauskommt oder ob tatsächlich dabei nicht nur diejenigen, die etwas tun könnten und sollten, mit Berichtserledigungen befaßt sind. Wir haben auch die Neigung des Senats schon kennengelernt, wenn Berichte angefordert werden, dann voluminöse Ergebnisse vorzulegen mit viel Papier, aber unter dem Strich im Ergebnis kommt dann doch nichts heraus. Das, meine ich, wollen wir vermeiden.

Wir haben schon Anträge gestellt, auch schon vor längerer Zeit, den Polizeibericht, sprich den Bericht zur Lage der Polizei, und das berühmte Diekmann-Papier hier überarbeitet zu bekommen. Daran ist ja viel Kritik gewesen, da wollten wir dann allerdings auch die Meinung der senatorischen Dienststelle einerseits und die der Polizei andererseits haben. Das ist damals alles abgelehnt worden, da fand man das nicht so wichtig.

Jetzt, um nachzuklappen nach dem CDU-Antrag wird dann schnell ein Antrag eingebracht, der nach meiner Beurteilung sich so wesentlich nicht unterscheidet, daß da ein eigener Antrag eingebracht hätte werden müssen. Insbesondere in den beiden Punkten, die angeschlossen sind, vermehrte Daten-

technik, das Konzept von Herrn Herold, da haben wir eher Skepsis anzubringen, ob das etwas bringt. Zu dem Punkt verbesserte Ausbildung kann ich nur sagen, selbstverständlich! Die Ausbildung soll immer verbessert werden, das ist eine ständige Aufgabe. Ob das durch eine solche Berichtinitiative gefördert wird, erscheint uns fraglich. (C)

Wir meinen deswegen, es wäre tatsächlich mehr damit getan, wenn die alten vorliegenden Berichte fortgeschrieben würden, eine politische Stellungnahme abgegeben würde und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen würden, die dann auch diesem Haus zu unterbreiten sind, bevor sie in die Tat umgesetzt werden, bevor man aus dem Spardiktat, das ja unbestritten ist, Maßnahmen sozusagen herauskommen, die eben nicht unter den politischen Gesichtspunkten auch dieses Bereichs diskutiert worden sind. — Danke schön!

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag unter Tagesordnungspunkt zehn abstimmen. Es handelt sich um den Antrag der CDU-Fraktion mit der Drucksachennummer 10/897.

Zu diesem Antrag wurde vom Abgeordneten Armgort eine geringfügige Änderung vorgeschlagen. Das Wort „Januar“ ist durch „März“ zu ersetzen. Diese Änderung wurde vom Antragsteller übernommen. (D)

Ich stelle die so geänderte Fassung nunmehr zur Abstimmung. Besteht Klarheit darüber?

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Armgort.

Abg. **Armgort** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß die CDU bereit war, unseren Antrag zu übernehmen, und ich habe lediglich gebeten, den Termin bis zum 31. März hinauszuschieben!

Präsident Dr. Klink: Der zweite Antrag kommt ja noch zur Abstimmung. Ich muß jetzt der Reihenfolge nach erst einmal abstimmen lassen!

Das wird also von der CDU übernommen. Ich lasse über den so gestellten Antrag nunmehr abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachennummer 10/897 in der so geringfügig geänderten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

(A) Ich stelle fest, dieser Antrag ist abgelehnt.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Borttscheller.

Abg. Borttscheller (CDU): Dann möchte ich aber noch einen Änderungsantrag zum SPD-Antrag einbringen, und zwar daß wir eine Frist bis zum 31. März 1983 in dem Antrag setzen!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist klar!
Das war unser Antrag!)

Präsident Dr. Klink: Einen Moment bitte, jetzt müssen wir sehen, wo diese Änderung aufgenommen wird!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Am Schluß am besten!)

Hierin steht kein Datum. Ich bitte, mir schriftlich die Änderung einzureichen! Herr Borttscheller, wo soll die Änderung aufgenommen werden?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Erste Zeile!)

„Der Senat wird aufgefordert, die Bürgerschaft (Landtag) über die“ und so weiter. Da wollen Sie eine Frist hineinsetzen?

(Abg. Borttscheller [CDU]: Bis Ende März 1983!)

Der Text lautet also jetzt: „Der Senat wird aufgefordert, die Bürgerschaft (Landtag) bis Ende März 1983 über die wesentlichen Ursachen“ und so weiter.

Meine Damen und Herren, hier ist von der CDU beantragt worden, daß der letzte Satz des ersten Absatzes als letzter Absatz zum Schluß ausgewiesen wird. Der Antrag würde also drei Absätze umfassen. Der erste Absatz geht von „Der Senat wird aufgefordert“ bis „beizutragen“, mit der geringfügigen Änderung „bis Ende März 1983“. Dann kommt der zweite Absatz „Der Senat wird gebeten, insbesondere zu prüfen“, und das geht dann bis einschließlich Ziffer sechs. Dann kommt der dritte Absatz, der lautet: „Dabei ist von der bestehenden Personalstärke und Sachmittelausstattung auszugehen.“ Ist das so richtig?

(Abg. Borttscheller [CDU]: Richtig!)

Jetzt ist abschnittsweise Abstimmung beantragt worden.

(Abg. Adamietz [BGL]: Herr Präsident!)

Es ist beantragt worden, die Abschnitte eins und zwei in einem Abstimmungsvorgang und Abschnitt drei in einem weiteren Vorgang zur Abstimmung zu stellen. Ist das richtig?

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz zur Geschäftsordnung.

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, ich habe die Frage, nachdem wir doch noch Änderungsanträge zu diesem Antrag vorgelegt bekommen haben, ob ich dann auch im Wege der Änderung beantragen kann, hinter der Einfügung „bis Ende März 1983“ die Worte „als Wahlkampfprogramm innere Sicherheit“ einfügen darf.

Präsident Dr. Klink: Hier werden nur ernst gemeinte Änderungsanträge vorgebracht!

(Abg. Adamietz [BGL]: Änderungsanträge müssen ernst gemeint sein!)

Herr Abgeordneter Armgort, wird von der SPD-Fraktion diese Änderung „Ende März 1983“ übernommen?

(Abg. Armgort [SPD]: Ja!)

Dann lasse ich jetzt über die Abschnitte eins und zwei abstimmen.

Wer diesen beiden Abschnitten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Abschnitte eins und zwei sind angenommen.

Nunmehr lasse ich über den Abschnitt drei abstimmen.

Wer dem Abschnitt drei seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, auch der Abschnitt drei ist angenommen.

Damit ist der Antrag 10/934 angenommen.

Vereinbarungen zwischen Bremen und Niedersachsen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 14. September 1982
(Drucksache 10/894)

Wir fragen den Senat:

1. Welches Ergebnis hatte das Gespräch, das der Präsident des Senats, Bürgermeister Koschnick, am 30. Juni 1982 mit dem Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Dr. Ernst Albrecht, über Fragen der Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen geführt hat?
2. Wie bewertet der Senat das Ergebnis dieses Gesprächs?

Wedemeier und Fraktion der SPD

(C)

(D)

(A) Herr Bürgermeister Koschnick, sind Sie bereit, die Antwort auf die Große Anfrage zu geben? — Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Es muß hier nicht eigens betont werden und ist hier wohl jedermann klar: Der Unterweserraum ist für Bremen und Bremerhaven die Existenzgrundlage. Für Niedersachsen allerdings ist er nur eine der Existenzgrundlagen, wenn auch eine sehr wichtige. Wir werden die Strukturprobleme des Unterweserraums nicht aus eigener Kraft lösen, wir brauchen dazu die Zusammenarbeit zumindest mit dem unmittelbaren Nachbarn, wie umgekehrt Niedersachsen die Zusammenarbeit mit Bremen braucht. Dies ist der entscheidende Hintergrund für das gemeinsame Gespräch. Sich an einen Tisch zu setzen, um gemeinsam Probleme abzuklopfen, um — durchaus aus unterschiedlicher Interessenlage — gemeinsame Lösungen zu finden, war der Zweck. Und es hat sich gelohnt für beide Seiten.

Lassen Sie mich also jetzt konkret zu den einzelnen Verhandlungskomplexen kommen, wobei ich in der Reihenfolge mit denen beginne, bei denen feste Vereinbarungen in der Sache getroffen wurden, und dann übergehe zu jenen Fragen, bei denen wir Verfahrensschritte klären und festlegen konnten!

(B)

Erstens: Luneplate/Luneverlegung: Beide Regierungen gingen und gehen davon aus, daß ohne Erschließung der Luneplate nachhaltige Industrie- und Gewerbeansiedlungen im Raume südlich Bremerhavens nicht zu erwarten sind. Ohne diese sind Chancen zur Verbesserung der einseitigen Wirtschaftsstruktur Bremerhavens und des Umlandes kaum zu verwirklichen. Die gemeinsamen Beratungen auf Verwaltungsebene waren ins Stocken geraten. Über grundsätzliche Probleme konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Strittig war die seewärtige Anbindung der Luneplate. Hier befürwortete Niedersachsen bisher einen Anleger etwa in Höhe der Mitte der Luneplate, während Bremen aus technischen und nautischen Gründen für einen Vorhafen als Vorstufe einer späteren großen Seeschleuse eintrat. Diese Lösung bietet vor allem eine bessere langfristige wirtschaftliche Perspektive als eine bloße Anlegerlösung, wie sie Niedersachsen zunächst bevorzugte.

Ein weiteres Problem rankte sich um die Verlegung der Lune. Während in den letzten Jahren Niedersachsen wegen der häufigen Überschwemmungen im Bereich der unteren Lune für einen sofortigen Ausbau der Lune weitgehend in ihrem bisherigen Lauf eingetreten war, hatte Bremen die mit Niedersachsen früher verabredete „große Lösung“, das heißt die Luneverlegung zum Bütteler Siel, gefordert. Ein zirka 80 Meter breiter kanalisierter Aus-

bau des unteren Lunelaufes hätte nämlich ein dauerhaftes Hindernis im künftigen Industriegebiet dargestellt. Ein solches Hindernis hätte bei der Erschließung sehr kostspielige Brücken für den Straßenverkehr und für den Eisenbahnverkehr erforderlich gemacht.

(C)

Ein weiterer Nachteil wäre geblieben: Trotz der Brückenbauwerke wäre durch den unteren Lunelauf ein wesentlicher Teil des gemeinsamen Ansiedlungsgebietes faktisch abgetrennt.

Zu dieser festgefahren scheinenden Situation sind beide Seiten mit dem folgenden Ergebnis vom 30. Juni einen wesentlichen Schritt vorangekommen:

Niedersachsen und Bremen verständigen sich endgültig auf die gemeinsame Verwirklichung der großen Luneverlegung zum Bütteler Siel. Bremen übernimmt — wie bereits 1976 zugesagt — ein Drittel der Mehrkosten gegenüber der kleinen Lunelösung. Hinsichtlich des für die Erschließung der Luneplate erforderlichen Anlegers oder Hafens am seeschiff-tiefen Wasser wollen die Länder eine baldige, die Vorstellungen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion des Bundes mit berücksichtigenden Klärung herbeiführen. Zur Sicherung der beidseitigen Landesinteressen erwägen die Länder den Abschluß eines Staatsvertrags über die gemeinsame Nutzung des Anleger/Vorhafenprojekts.

Mit der großen Lunelösung — das erforderliche Planfeststellungsverfahren wird inzwischen mit Nachdruck betrieben — haben wir auf jeden Fall erreicht, daß uns dieses wahrscheinlich letzte große Gewerbe- und Industrieansiedlungsgebiet im Bremerhavener Raum nicht durch wasserwirtschaftliche Maßnahmen auf Dauer verbaut wird. Das wird auch durch die einmütige zustimmende Reaktion des Bremerhavener Magistrats und des Landkreises Cuxhaven bestätigt.

(D)

Zweitens: Gastschulgeld: Von Bremen war in längeren Verhandlungen eine niedersächsische Kostenbeteiligung von 50 Prozent der laufenden Kosten, also ohne Investitionskosten, angestrebt worden. Immerhin waren für niedersächsische Schüler im Lande Bremen im Schuljahr 1980/81 überwiegend ohne Rechtsverpflichtung per Saldo fast 20 Millionen DM von den bremischen Gebietskörperschaften getragen worden.

In der Verhandlung am 30. Juni erzielten beide Seiten Übereinstimmung, daß das von Bremen gekündigte Gegenseitigkeitsabkommen mit gewissen Änderungen neu abzuschließen sei. Außerdem wurde vereinbart, eine Verminderung der Zahl der niedersächsischen Schüler in bremischen Schulen anzustreben. Hinsichtlich des Besuchs niedersächsischer Schüler in bremischen Pflichtschulen bleibt es bei der bestehenden Praxis der Zahlung von Entgelt, und zwar der Höhe nach anzupassendem Entgelt, durch die Gemeinden.

Bei den genannten Pflichtschulen handelt es sich um Grund- und Hauptschulen, Orientierungsstufe

(A) und Teilzeitberufsschulen. Für diesen Teilbereich wird also das sehr geringe niedersächsischerseits zu erstattende Schulgeld angemessen zu erhöhen sein. Für die Teilzeitberufsschulen hat der Senat inzwischen bereits eine Erhöhung der Gebührensätze beschlossen.

Anzumerken ist, daß wir im Rahmen des gesamten Verhandlungspakets und im Interesse der gutnachbarschaftlichen Beziehungen nicht voll auf unseren Forderungen beharrt haben. Hätten wir weiter auf unsere rechtlich kaum anfechtbare Position beharrt, wäre ein längerer Verhandlungsstreit zu erwarten gewesen, der letztlich auf dem Rücken der Eltern und Kinder der Umland aufgetragen worden wäre, denn Leistungsanforderungen hätten wir bei Verweigerung durch die Landesregierung Niedersachsen an die Eltern richten müssen. Das war nie Ziel der bremischen Politik.

Drittens: Flughafensicherung Bremen: Die niedersächsische Seite hatte die aus Sicherheitsgründen gebotene volle Nutzbarmachung der vorhandenen Start- und Landebahn nie in Frage gestellt. Die Niedersachsen erwarten jedoch von Bremen die Übernahme aller Kosten, abgesehen von nachrangigen finanziellen Abgrenzungsfragen bei etwaigen niedersächsischen Sonderwünschen, die Gewährleistung des Hochwasserschutzes und des Lärmschutzes sowie die Erhaltung der Straßenverbindung über die Kladdinger Straße.

(B) Bremen stimmt diesen Forderungen im wesentlichen zu. Die Einzelheiten insbesondere die erörterten Möglichkeiten in der Zusammenfassung der mehreren Planfeststellungsverfahren sollen von den Fachressorts noch geprüft und ein einheitliches Verfahren auf niedersächsischer und bremischer Seite angestrebt werden, ohne daß die öffentlich-rechtlichen Zuständigkeiten beider Gebietskörperschaften dadurch tangiert werden.

Ich darf hier einmal mehr feststellen, daß es uns ausschließlich um die Erfüllung der nun schon seit Jahren vom Bundesverkehrsministerium massiv geforderten Maßnahmen zur Gewährleistung einer umfassenden Sicherheit des Flughafens, wie volle Nutzbarkeit der vorhandenen Start- und Landebahnen, geht.

Viertens: Kühltürme Esenshamm: Bei der Diskussion dieses Punktes im Gespräch am 30. Juni wurde deutlich, daß die niedersächsische Landesregierung sich zwar noch nicht für eine konkrete Alternative zum vereinbarten Kühlturmsystem entschieden hat, aber stark dem Vorschlag der niedersächsischen Landgesellschaft zuneigt, die Abwärme in einen künstlichen Teich von zirka 50 Hektar Größe zu leiten, weil diese Lösung die Weser nicht mehr durch überschüssige Abwärme belastet. Darüber hinaus würden bei einer Realisierung weniger Kosten entstehen.

Die bremische Seite vertrat noch einmal die unveränderte bremische Haltung, daß Bremen auf Kühl-

türme oder einem anderen gleichwertigen System bestehen müsse, was bedeute, daß ein Verzicht auf Kühltürme oder eine Zustimmung zu einem anderen gleichwertigen System nur dann möglich sei, wenn Niedersachsen beziehungsweise der Betreiber nachweisen könne, daß ein solches System gefunden und realisierbar sei. Beide Seiten stimmten schließlich darin überein, daß, wenn möglich, anstelle einer bloßen Vernichtung von Abwärme in Kühltürmen eine sinnvolle Ausnutzung vorzuziehen ist.

Niedersachsen wird in wenigen Monaten hierfür einen konkreten Vorschlag machen. Bremen hat Niedersachsen Zeit zugebilligt, realisierbare alternative Vorschläge vorzulegen, und nicht wie Shylock auf einem abgesprochenen Termin bestanden, denn wenn es wirklich bessere Lösungen als Kühltürme gibt, dann sollte man eine bessere Lösung auch anstreben.

(Beifall bei SPD und CDU — Abg. Neumann [CDU]: Richtig!)

Bremen hat damit seine bisherige Position unverändert beibehalten. Entscheidend bleibt, daß die in die Weser abzuleitende Abwärme des Kernkraftwerks nicht durch Drosselung des Betriebes, sondern durch technische Vorkehrungen vermindert wird.

(Beifall bei der SPD)

Ferner vereinbarten die beiden Länder einen stärkeren Informationsaustausch der Wesermeßdaten und den gegebenenfalls hierfür erforderlichen Ausbau von Meßstationen. Das Nähere werden die zuständigen niedersächsischen und bremischen Ressorts verabreden. (D)

Fünftens: Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankwesens im Raum Niedersachsen/Bremen: Hierbei geht es um eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Rentabilität der beiden öffentlich-rechtlichen Banken in Bremen. Ein seit März 1982 vorliegender gemeinsamer Vorschlag der beteiligten bremisch/oldenburgischen Banken und der Norddeutschen Landesbank sowie dazu aus bremischer Sicht geltend gemachten Voraussetzungen wurden in dem Gespräch am 30. Juni eingehend erörtert.

Die niedersächsische Seite erkannte die besonderen bremischen Interessen an und sagte zu, sie ernsthaft und wohlwollend zu prüfen. Auch Niedersachsen will die Ertragssituation der beiden Banken durch Zusammenlegung verbessern, wenn damit gleichzeitig eine Angleichung zwischen den Interessen der Norddeutschen Landesbank mit den bremischen Instituten vorgenommen werden kann und dadurch auch die ständigen Kapitalerhöhungswünsche aus der Betrachtung des niedersächsischen Landeshaushalts herausgehalten werden können.

Zwischenzeitlich haben drei Gespräche zwischen Finanzminister Dr. Ritz und Bürgermeister Thape sowie weitere Gespräche auf Verwaltungsebene stattgefunden. Bis auf zwei Punkte, deren Klärung

(A) noch in diesem Monat erwartet wird, ist über die teilweise unterschiedlichen Vorstellungen der niedersächsischen und bremischen Seite Einigung erzielt worden.

Dem Niedersächsischen Landtag und der Bremischen Bürgerschaft wird voraussichtlich — Einigung in den noch offenen Fragen vorausgesetzt — zum Beginn des Jahres 1983 der ausgehandelte Entwurf des Staatsvertrags zur Beschlußfassung zugeleitet werden, damit er noch im ersten Halbjahr 1983 in Kraft treten kann.

Sechstens: Verbrauchermärkte im bremischen Umland: Beide Länder stimmten darin überein, daß einer ungeordneten Entwicklung der Verbrauchermärkte entgegengewirkt werden muß. Dieses Problem soll in der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen erneut erörtert werden. Allerdings betonte Ministerpräsident Dr. Albrecht ausdrücklich, daß die Einwirkungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen auf die Gemeinden nach der abgeschlossenen Funktionalreform gering sind.

So können wir die Bereitschaft Niedersachsens festhalten, in Zusammenarbeit mit Bremen störenden Entwicklungen im Bereich der Landesgrenzen entgegenzuwirken, wenngleich nach Auffassung der niedersächsischen Landesregierung es sich hierbei mehr um gütliches Einwirken als um ministerielle Weisungen handeln kann. Die Prüfung durch die Landesplanungsbehörden beider Länder bleibt abzuwarten.

(B) Siebtens: Ortsumgehung Lilienthal: Beide Seiten sprachen sich für eine einvernehmliche Lösung aus, die nach den im Gang befindlichen, aber noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen gefunden werden sollte. Eine vorherige Festlegung auf eine Ost- oder Westumgehung Lilienthals sollte bis dahin weder in Bremen noch in Niedersachsen erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Alles in allem halte ich das Verhandlungsergebnis vom 30. Juni 1982 für sehr zufriedenstellend. Wir haben in allen behandelten Punkten die Weichen in Richtung auf gemeinsame Lösungen stellen können und in einigen wichtigen Anliegen einen Durchbruch erreicht. Mit „Alles-oder-nichts-Lösungen“ kann Bremen in seiner stadtstaatlichen Situation in der Zusammenarbeit mit den Nachbarn nicht weiterkommen. Vielmehr müssen wir unabhängig von den parteipolitischen Mehrheiten in den beiden Ländern in den grenzübergreifenden Fragen einen gemeinsamen Kurs zum Besten der Unterweserregion ansteuern. Das haben wir versucht.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Bürgermeister Koschnick!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen. — Das ist der Fall. (C)

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Er hat sich gar nicht gemeldet!)

Abg. Wedemeier (SPD): Ich bin gern bereit zurückzutreten, Herr Präsident!

(Abg. Ostendorff [FDP]: Nein, ich wollte nur auf die peinliche Beachtung der Geschäftsordnung hinweisen!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Großstädte haben besondere Probleme, insbesondere was die Sogwirkung entweder auf die Großstadt oder auf das Umland angeht. Das ist einmal mit Stadtfucht und einmal mit Landflucht zu beschreiben. Bremen und Hamburg haben besondere Probleme mit ihrem Umland, weil sie nicht eingebettet sind in einen Flächenstaat. Sie haben eine Sonderstellung, und deshalb sind sie wohl auch gehalten, ihre Probleme auf einer besonderen Ebene zu klären. Das ist nun hier zwischen den beiden Ministerpräsidenten geschehen. Zumindest gibt es einen Ansatz für eine Klärung von Interessen, die beide Seiten betreffen.

Es hat nun in der Öffentlichkeit verschiedene Bemerkungen dazu gegeben. Es hat auch die Frage gegeben, ob es nun zwei zu eins für den einen oder zwei zu eins für den anderen ausgegangen ist. (D)

(Abg. Neumann [CDU]: Nicht nur zwei zu eins, zwei zu zwei haben die gesagt!)

Das letzte Fußballspiel zwischen Bremen und Niedersachsen ist zu unseren Ungunsten ausgegangen.

Es war auch in der Zeitung zu lesen, daß Bremen Niedersachsen Millionen schenkt. Damit war wohl gemeint der Verzicht auf Gastschuld. Es war in einem Frühkommentar von Radio Bremen sogar schon die Rede davon, daß wir auf die Kühltürme bei Esenshamm verzichtet hätten.

Uns kommt es mit dieser Großen Anfrage darauf an, die Position auch der hier im Parlament vertretenen Parteien festzustellen, da noch nicht alles endgültig festgeklopft ist und es für die Landesregierung sicherlich Bedeutung hat, wie die einzelnen Parteien über das Vorgetragene denken.

Ich will unsere Ansprache hier kurz zusammenfassen. Zu den Kühltürmen für Esenshamm! Niedersachsen ist, das muß auch angesichts von Einigungsbestrebungen klar und deutlich gesagt werden, bei den Kühltürmen für Esenshamm mehr als in Verzug geraten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Niedersachsen haben Jahre verstreichen lassen und erst am Ende einer Zeit, die auch für ein even-

(A) tuell alternatives System vereinbart war, überhaupt erst Gespräche über solch ein alternatives System aufgenommen.

(Abg. Klein [CDU]: Hat Bremen eigentlich den Vertrag unterschrieben hinsichtlich der Kühltürme? — Bürgermeister Koschnick: Das war nicht notwendig!)

Das ist geklärt, ja?

(Abg. Klein [CDU]: Ja, ich hatte Sie gefragt! — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Wir bedauern das, nicht daß das geklärt ist, sondern daß Niedersachsen sich jahrelang Zeit gelassen hat. Wir bestehen darauf, daß der Betrieb dieses Kraftwerks die Weser nicht in dem Maße aufheizen darf, daß es uns verwehrt bleibt, die Weser noch zu nutzen, wenn es um Industrieansiedlung in Bremen oder in Bremerhaven geht,

(Beifall bei der SPD)

wobei auch wir dann bestimmte Dinge in Sachen Umweltschutz zu berücksichtigen hätten.

(Abg. Dinne [BGL]: Natürlich!)

Mir ist klar, daß Kühltürme nicht schön sind in einer solchen Landschaft.

(Abg. Klein [CDU]: Aber teuer!)

(B) Mir ist auch klar, daß es alternative Möglichkeiten geben könnte. Ich bin da kein Experte für alternative Möglichkeiten zu Kühltürmen, aber das, was da vorgelegt werden wird, muß wirklich glaubhaft sein und in jedem Fall den Nachweis erbringen, daß es die Kühltürme ersetzt.

Es ist Niedersachsen auch von hier aus noch einmal aufzufordern, diese Problemlösung nun nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern innerhalb von wenigen Monaten eine Alternative vorzulegen, über die man sich ernsthaft unterhalten kann. Sonst müßten wir sehr bald wieder auf unsere Forderung nach Kühltürmen zurückkommen, sobald man den Verdacht hat, daß hier eine Verschiebetaktik verfolgt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube das nach dem Bericht des Bürgermeisters nicht, aber, wie gesagt, wir haben da schlechte Erfahrungen. Ich will zwar mit diesen Bemerkungen die Zusammenarbeit nicht besonders stören, andererseits aber auch auf unsere Sorgen hinweisen, die wir bei dem Kernkraftwerk Esenshamm haben.

Der zweite wesentliche Punkt für uns ist der Bereich Luneplate/Luneverlegung. Dies ist das einzige Gebiet in Bremerhaven, in dem noch Wünsche nach Gewerbe- und Industrieansiedlung mit Seeanbindung erfüllt werden können. Deshalb steht dieses Problem für uns auch an zweiter Stelle nach den Kühltürmen in Esenshamm.

(C) Es ist erfreulich, daß die Niedersachsen sich zu einer Lösung entschlossen haben, die unseren Wünschen entgegenkommt. Da stehen wir nicht hintenan, wenn es darum geht, dafür Dank zu sagen, wir zahlen ja auch kräftig mit, jedenfalls in Höhe eines Drittels der Mehrkosten.

(Abg. Klein [CDU]: Dann sparen Sie man schön!)

Auch hier hat es lange gedauert, bis man sich einigt hat. Ich meine, daß das, was dort vereinbart worden ist, aber auch den Interessen Niedersachsens näherkommt als das, was vorher dort geplant war. Wir freuen uns, daß jetzt die Verfahren, die Bürgermeister Koschnick angesprochen hat, sehr schnell in Gang gesetzt werden sollen.

Der nächste Punkt betrifft das Gastschulgeld. Hier bin ich nicht so ganz mit dem zufrieden, was vereinbart worden ist, aber man muß das Ganze im Zusammenhang sehen und darf nicht die einzelnen Punkte abtrennen. Richtig ist, daß wir 20 Millionen DM pro Jahr für niedersächsische Schüler bezahlen, daß der Rechnungshof den Senat gefragt hat, wie er sich denn die Schließung dieser Lücke beim Gastschulgeld im Haushalt vorstellt, und richtig ist wohl auch, daß wir eine solche Belastung des bremischen Haushalts ohne materielle oder politische Gegenleistung Niedersachsens nicht ertragen können.

(Beifall bei der SPD)

(D) Es war dabei nicht unsere Absicht, die Eltern zur Kasse zu bitten. Es war von vornherein vorgesehen, daß Niedersachsen sich mehr als bisher beteiligt, wenn es schon nicht in angemessener Weise Schulen für die eigenen Kinder zur Verfügung stellt.

Dazu eine Bemerkung, insbesondere bezogen auf die Debatte, die hier vorhin von vielen Rednern begeistert geführt und von vielen Parlamentariern mühsam verfolgt wurde: Wenn Tausende von niedersächsischen Eltern ihre Kinder in die bremischen Schulen schicken, dann muß ja irgend etwas am Bildungssystem in Bremen sein.

(Beifall bei der SPD — Zuruf der Abg. Josette Delphine Brox [BGL] — Abg.

Kudella [CDU]: Da muß ich aber lachen!)

So ist es wohl, der umgekehrte Weg wird ja selten gegangen.

(Abg. Klein [CDU]: Sie Geograph!)

Ich ziehe das alles von meiner Redezeit ab!

Nun hat der Bürgermeister angekündigt, daß ein neues Abkommen vor der Tür stehe. Auch hier gehen wir davon aus, daß das bald abgeschlossen wird, und auch hier möchte ich noch einmal betonen, daß gerade dieser Punkt Bestandteil eines Gesamtkonzepts sein muß, wenn man uns weiterhin zumuten will, daß wir nahezu 20 Millionen DM für niedersächsische Schüler ausgeben. Ich verkenne nicht, daß

(A) wir als Großstadt in diesem Umland natürlich auch eine gewisse Verpflichtung gegenüber den niedersächsischen Eltern und Schülern haben. Das ist völlig klar.

Nun zum Flughafen! Bremen steht unter dem Druck des Bundesverkehrsministeriums. Daran wird sich wohl auch jetzt nichts ändern. Wir müssen unseren Flughafen den Sicherheitsauflagen des Bundesverkehrsministers anpassen. Die Planungen sind allerdings überwiegend auf niedersächsischem Gebiet durchzuführen, deshalb begrüße ich, daß man den Versuch unternehmen will klarzustellen, wer denn nun welche Planungsvorhaben vorantreibt. Es ist dabei auch zu beachten, daß mehr als zur Hälfte der Flughafen von niedersächsischen Fluggästen genutzt wird. Ich meine, daß Niedersachsen auch von daher ein großes Interesse hat, daß hier ein sicherer Flughafen, jedenfalls ein Flughafen, der sicherer ist als der bisherige, besteht.

Wir haben das Interesse und die Niedersachsen sicherlich auch, das ist nicht zu verkennen, daß der Fluglärm sich dabei nicht vermehrt, daß Landschaftsgestaltung wie Verkehrsplanung so durchgeführt werden, daß die Betroffenen sie hinnehmen können.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang aber daran, daß bei uns in Bremen schon Entscheidungen hinsichtlich der A 5 und der Güterumgehungsbahn gefallen sind. Eben im Zusammenhang mit der vollen Nutzbarkeit der Start- und Landebahn verzichten wir auf die Autobahn A 5.

(Beifall bei der SPD)

Wir verzichten auf die Güterumgehungsbahn. Dies nur noch einmal an diejenigen, die meinen, daß nun der Rest auch nicht gemacht werden soll, der aber für die Sicherheit mehr als erforderlich ist!

Nächster Punkt, Ortsumgehung Lilienthal!

(Abg. Klein [CDU]: Heiße Sache!)

Meine Damen und Herren, eine heiße Sache, das kann man sagen! Aber ich meine, diese heiße Sache, Herr Kollege Klein, verdient von uns zunächst eine klare Antwort und eine klare Vorgabe.

Was nach meiner Meinung und nach unserer Meinung — ich hoffe, da sind wir uns alle einig — überhaupt nicht in Frage kommen kann, egal, welche Ortsumgehung Lilienthal plant, ob Ost- oder Westumgehung, ist ein Anschluß an die Autobahn durch das Hollerland.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die Planung muß so betrieben werden, daß die Ortsumgehung an das vorhandene Straßennetz angegeschlossen werden kann. Ein Abrücken von dieser Position kommt nicht und für nichts in Frage.

Vorletzter Punkt: Neuordnung des öffentlichen Bankwesens in Bremen! Dies wird seit Jahren versucht, und wir haben ein großes Interesse an der Neuordnung. Wir sind darauf angewie-

sen, daß die beiden Banken, Staatliche Kreditanstalt und Bremer Landesbank, fusionieren, aber wir sind nicht auf Leben und Tod darauf angewiesen. Es gibt sicherlich auch, wenn die Bedingungen nicht stimmen und wir ihnen nicht zustimmen können, Alternativen dafür.

Für uns ist wichtig, daß der Bankrott Bremen weder optisch noch vom Service her Einschränkungen erfährt. Fusionen haben für uns nur dann einen Sinn, wenn für den Ort Bremen zum Beispiel durch Aufstockung des Kreditspielraumes auch geschäftliche Attraktivität gewonnen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir warten dabei noch auf konkrete Ergebnisse. Wir möchten eine solche Fusion, die durchaus auch in unserem Interesse ist. Die beiden Banken sind noch nicht einmal im bremischen Besitz, sondern das hört sich immer nur so an, ist aber nicht so. Aber wir möchten bei der Fusion dieser beiden Bremer Banken und bei der dann mehrheitlichen Beteiligung eines niedersächsischen Bankinstituts später nicht das erleben, was wir beim Norddeutschen Lloyd in Bremen erlebt haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. L a h m a n n [FDP]: Sehr richtig! Da muß man sehr vorsichtig sein!)

Unter Umständen muß man auch zu anderen Alternativen bereit sein.

Letzter Punkt, die Verbrauchermärkte! Hier hat es in der Vergangenheit sehr viele Probleme gegeben. Ich sehe aus der Vereinbarung oder aus den Erfahrungen der letzten Jahre, daß das Problem der Verbrauchermärkte im Umland wahrscheinlich nicht in unserem Sinne gelöst werden kann. Ich bezweifle, daß die niedersächsische Landesregierung trotz guten Willens dazu in der Lage ist, vielleicht auch rechtlich nicht dazu in der Lage ist, auf das Umland entsprechend einzuwirken. Deshalb zwingt und hat uns die Entwicklung auch schon dazu gezwungen, bei diesem Thema umzudenken.

Insgesamt meine ich, daß wir beiden Ministerpräsidenten dafür dankbar sein sollten, daß sie jetzt Probleme, die gemeinsam interessieren, angepackt haben und versuchen, sie gemeinsam zu lösen. Ich möchte am Ende aber noch einmal daran erinnern, daß Einzellösungen wenig weiterhelfen, sondern möglichst Paketlösungen gefunden werden müssen, weil doch die Belastungen sehr unterschiedlich sind.

Ich hoffe, daß auch in anderen Punkten — der Bürgermeister sprach am Anfang von gemeinsamen Interessen im Unterweserraum — noch Lösungen gefunden werden können. Dies ist nicht alles, was uns bedrückt. Es gibt noch andere Dinge.

Ganz schwer bedrückt sicherlich auch Niedersachsen genauso wie uns die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Unterweserraum. Hier müssen Niedersachsen und Bremen, wie das in der letzten Wirt-

(C)

(D)

(A) schaftskonferenz der norddeutschen Länder auch schon klar geworden ist, weiterhin gemeinsam versuchen, auf die Bundesregierung einzuwirken, damit unseren strukturellen Problemen abgeholfen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe davon aus, daß sowohl bei diesem Thema als auch bei den anderen Themen die hier in Bremen im Parlament vertretenen Parteien ebenso wie die in Niedersachsen vertretenen an einem Strang ziehen. Diese Probleme, die hier angesprochen worden sind, eignen sich, glaube ich, nicht zum parteipolitischen Hickhack in Bremen. Sie eignen sich zur Geschlossenheit gegenüber Niedersachsen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich ursprünglich gefragt, welchen Zweck die Große Anfrage der SPD hat. Die SPD fragt den Senat, den sie selbst stellt, welche Ergebnisse die Besprechung zwischen Bürgermeister Koschnick und Ministerpräsident Ernst Albrecht gehabt hat. Das haben beide Herren auf der Pressekonferenz deutlich gemacht, das war in den Zeitungen nachzulesen. Dann wird die zweite Frage gestellt, wie der Senat nun dieses Ergebnis bewertet. Auch dies ist in einer gemeinsamen Pressekonferenz, Herr Bürgermeister Koschnick, welche Sie mit Ernst Albrecht gemacht haben, dargestellt worden. Deshalb haben wir uns überlegt, was soll dies eigentlich?

(B)

Ich wußte das auch zu Anfang Ihrer Rede nicht, weil Sie einige kritische Bemerkungen gemacht haben, wahrscheinlich zur Beruhigung Ihrer Parteifreunde bei einigen kritischen Punkten, insbesondere was Esenshamm angeht. Zum Schluß haben Sie das Ganze dann aber gelobt.

Ich nehme an, daß Sie noch ausdrücklich einmal insbesondere auch dem niedersächsischen Ministerpräsidenten für seine Kooperationsbereitschaft danken wollten, die er gegenüber Bremen gezeigt hat.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Jawohl!)

Ich möchte hier ein paar Sätze zu den einzelnen Punkten sagen. Wenn man ein solches Verhandlungsergebnis bewertet, dann muß man sich ja auch die Frage stellen: Wer verhandelt mit wem? Welche Bataillone stehen jeweils hinter jedem? Wenn dann natürlich, und ich beziehe mich selbst in die erste Seite ein, David mit dem Riesen Goliath, was die Proportionen angeht, verhandelt — —.

(Abg. Kunic [SPD]: David sind wir nicht!)

Na gut!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber David hat ihn zum Schluß erledigt!)

(C)

Nehme ich Sie beide, dann sind Sie zwei Davids da vorne! Aber trotzdem bleibt der Goliath auf der anderen Seite.

Meine Damen und Herren, wenn man dies einmal von der Größe her sieht, von der Größe und von dem Potential und den finanziellen Möglichkeiten, dann ist das Ergebnis natürlich anders zu bewerten, als wenn man zwei gleich starke Partner hat. Wenn man darüber hinaus weiß, wie sehr wir angewiesen sind, wir viel mehr als Niedersachsen, auf eine gute Kooperation, dann allerdings muß ich sagen, ist dieses Ergebnis befriedigend.

Einige Punkte, die ich nicht hinterfragen möchte, aber an denen ich deutlich machen möchte, daß unser Verhandlungsspielraum so groß gar nicht war und ist, leider! Das betrifft zum einen die weitere Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Bankwesens im Raum Niedersachsen/Bremen. Sie wissen, meine Damen und Herren, oder haben den Zeitungen entnommen, daß die Frage einer Fusion der SKA mit der Bremer Landesbank bevorsteht, daß zwar diese Überlegung seit langem im politischen Raum existiert, daß aber die Initiative, dies zu vollziehen, aus dem niedersächsischen Bereich kommt, wir selbst mehr oder weniger nicht viel tun können. Das, was wir tun können — wir haben es eben besprochen mit Finanzsenator Thape, die Fraktionsvorsitzenden —, ist, möglichst viel bei dieser Entwicklung für Bremen herauszuholen.

Aber man muß ganz ehrlich sein, große Alternativen nach dem Motto, wir würden uns sperren, sehe ich kaum, weil, Herr Bürgermeister Thape, das, was wir dann sozusagen an Summen für die Kapitalerhöhung bei den Kreditinstituten aufbringen müßten, aus dem bremischen Haushalt kaum realisierbar ist. Also, ich sage das einmal, ich bedauere ein bißchen, daß natürlich dabei auch ein Stück Bremen mit Niedersachsen fusioniert wird. Mir wäre eine Eigenständigkeit oder eine weitere Existenz beider Bereiche mit einem großen Anteil von Bremen lieber. Aber ich sehe ein, daß dies nicht möglich ist, und das, was sich dort anbahnt, scheint mir ein Ergebnis zu werden — wir werden das im nächsten Jahr noch hier in der Bremischen Bürgerschaft diskutieren —, was vertretbar ist, obwohl man nicht verschweigen kann, daß es um handfeste bremische Interessen geht.

Zur Ortsumgehung Lilienthal möchte ich mich nicht äußern, weil da das Kommuniké ziemlich allgemein gehalten ist.

Bei Verbrauchermärkten stimme ich dem zu, was Sie hier dargestellt haben. Da ist die Lage eben unterschiedlich und auch die Möglichkeiten.

Was den Flughafen angeht, glaube ich, sind uns die Niedersachsen entgegengekommen im Prinzip,

(D)

(A) das muß man eindeutig sagen, obwohl Sie recht haben, Herr Kollege Wedemeier, daß insbesondere auch niedersächsische Bürger durch den bremischen Flughafen Vorteile haben. Aber was die konkreten Dinge angeht, ist es mehr unser Interesse, so daß man sagen kann, dort ist man uns entgegengekommen.

Als nächsten Punkt möchte ich die Frage des Gastschulgeldes ansprechen. Ich glaube, dies ist ein Punkt, Herr Bürgermeister, bei dem im Vorfeld das Hin und Her zwischen Bremen und Niedersachsen nicht glücklich gelaufen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich widerspreche Herrn von Hassel überhaupt gar nicht, wenn er das Ziel hat, aus berechtigten bremischen Interessen für die bremische Staatskasse möglichst viel herauszuholen. Ich weiß nur nicht, ob das Verfahren gut war.

Vielleicht hat man daraus gelernt, wenn man den anderen Partner braucht — ich komme zum Schluß darauf, wir brauchen ihn dringend als Kombattanten —, daß es dann nicht sinnvoll ist, bevor die Ministerpräsidenten sich an einen Tisch gesetzt und miteinander geredet haben, und sie haben ja geredet, und sie haben sich geeinigt, lautstark nach draußen mit Drohungen und ähnlichen Maßnahmen aufzuwarten, bis hin zu der Äußerung an die Eltern dieser Kinder in Niedersachsen, daß man gegebenenfalls auf sie zurückkäme, wenn Niedersachsen nicht mehr bezahle. Ich halte dies, Herr Senator von Hassel, für keine Meisterleistung politischer Diplomatie.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister Koschnick, selbst wenn wir Bremer, ich habe dies auch getan in einem kürzlichen Gespräch mit Herrn Albrecht, deutlich machen, daß die erhöhte Einwohnerwertung, die wir haben, sprich Hanseatenklausel, Sie haben es mit Recht gesagt in der Besprechung, andere Gründe hat und sich weniger bezieht oder wahrscheinlich überhaupt nicht bezieht auf unsere Vorleistungen bezogen auf die Schulgeldfrage, kann man leider nicht leugnen, daß die niedersächsische Seite fest dieser Auffassung ist. Sie ist fest der Auffassung, daß dies auch alles sozusagen gutgemacht wird durch die bessere Einwohnerwertung Bremens im Rahmen des Länderfinanzausgleiches, wobei die Einwohner Bremens eben mit 135 bewertet werden und andere mit 100 Prozent.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich finde es richtig, daß wir, soweit wir die Möglichkeit haben, darauf hinweisen, daß dies aus anderen Gründen seine Berechtigung hat. Aber man sollte so sehr nicht darauf herumreiten, weil letztlich auch diese Position in Frage gestellt werden könnte, und das wollen wir alle nicht. Aus diesem Grunde, Herr Senator von Hassel, hielt ich Ihren Vorstoß —

ich glaube, Sie waren es mit Ihrem Ressort —, unabgesprochen oder nicht abgesprochen oder besprochen mit dem Senat, für unglücklich.

(C)

Was den nächsten Punkt anbetrifft: Kühltürme des Kernkraftwerks Unterweser in Esenshamm! Herr Kollege Wedemeier, das ist nicht nur ein Problem Ihrer Fraktion, sondern die Bürgerschaft hat insgesamt, wenn ich mich richtig erinnere, beschlossen,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Jawohl!)

daß Sie auf den Bau von Kühltürmen besteht. Das waren wir auch! Man sollte deutlich machen, daß es diese Kühltürme mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geben wird. Das ist die Wahrheit. Ministerpräsident Albrecht hat sich in einem gemeinsamen Radiointerview mit Bürgermeister Koschnick dahingehend geäußert.

Ich glaube, es ist auch richtig, daß wir darauf bestehen, nur meine ich, sollten wir den Niedersachsen nicht unterstellen, sie seien fahrlässiger, was die Gesundheit der Bevölkerung angeht.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das haben wir auch nicht gemacht!)

Daß wir gemeinsam darauf bestehen müssen, daß, wenn auf Kühltürme verzichtet wird, ein vergleichbares wirksames Kühlsystem da sein muß, das sollte unsere gemeinsame Position sein.

Sicherlich, diese Position hat sich dann geändert im Verhältnis zur Beschlußlage, aber wenn es eben bessere Lösungen gibt, die ebenso die weitere Erwärmung der Weser verhindern, die Gesundheit der Bevölkerung schützen und darüber hinaus häßliche Monumente in der Landschaft gegenüber von Bremerhaven verzichtbar werden lassen, dann, meine ich, ist das eine vernünftige Lösung. In diesem Falle können wir auch dem, was da vereinbart worden ist, unsere Zustimmung geben.

(D)

(Beifall bei der CDU — Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

Im weitesten Sinne, Herr Bürgermeister!

Luneplate! Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich Bremerhaven immer einbeziehe, das ist ganz wichtig.

(Abg. Klein [CDU]: Er kümmert sich doch darum!)

Luneplate! Jetzt kommen wir unmittelbar zum Bremerhavener Bereich. Auch da ist uns Niedersachsen entgegengekommen, denn das, was unmittelbar und akut Niedersachsen interessiert, wäre natürlich die kleine Lösung gewesen wegen der Landwirte, weil sie schneller durchzuführen ist. Ich finde es richtig und gut, daß man im Interesse der weiteren Entwicklung der Luneplate sich auf die große Lösung geeinigt hat.

Allerdings sollten Sie uns einmal sagen, wie Sie dies finanzieren wollen.

(Abg. Lüerssen [CDU]: Ja!)

- (A) Das steht so ein bißchen in den Sternen. Ich habe den mir vorliegenden Aufzeichnungen entnommen, daß man bei der großen Lösung inzwischen von 70 Millionen DM bis 80 Millionen DM ausgeht und daß die Vereinbarungen ja wohl so lauten, daß Bremen davon ein Drittel

(Bürgermeister Koschnick: Nein, von dem Mehrbetrag zwischen der kleinen und großen Lösung!)

von dem Mehrbetrag — —.

Wie ist es mit der kleinen Lösung?

(Bürgermeister Koschnick: Im Augenblick diskutieren wir über ungefähr zehn Millionen DM bis zwölf Millionen DM, die auf Bremen zukommen werden in vier Jahren!)

Nun gut! Das ist eine Summe, die dann immer noch, wenn wir davon ausgehen, daß die kleine Lösung 50 Millionen DM ausmacht, nach den Aufzeichnungen, die ich habe, die große, sagen wir einmal, 80 Millionen DM, um das einmal großzügig zu schätzen, wäre, wenn die Zusage, die Sie mit Herrn Albrecht vereinbart haben, auch tatsächlich realisiert wird, davon auszugehen, daß auf uns mindestens 20 Millionen DM, wenn nicht noch mehr, zukommen werden. Also, wenn Sie von der kleinen Lösung zehn bis 15 Millionen DM sagen — —.

- (B) (Abg. Wedemeier [SPD]: Hat denn keiner einen Taschenrechner?)

Gut! Ich gehe davon aus, ich will es einmal so sagen, meine Damen und Herren, daß für uns bei der Lösung Luneplate, wobei der Stand der Schätzungen der Iststand ist und wir alle wissen, daß das nicht der letzte Stand ist — und in der Regel, wenn man politisch etwas will, wird nicht höher kalkuliert, sondern geringer kalkuliert, damit man überhaupt eine Chance der Realisierung sieht —, daß da beträchtliche Mittel, ob das nun 15, 20 oder wie auch immer Millionen DM sind, auf uns zukommen werden, in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden und dennoch keine Position in der Planung, in der mittelfristigen Finanzplanung zu erkennen ist, wie Sie dies realisieren wollen.

Ich muß dies fragen, weil Sie, wenn es um eine Million DM bis zwei Millionen DM geht, schon eine Sondersitzung des Senats machen, eine Krisensitzung. Wie wollen Sie denn dies finanzieren? Die Bremerhavener und alle anderen haben ein Recht, einmal darauf eine Antwort zu erfahren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir alles zusammennehmen, kann man sagen, daß das Ergebnis, welches in den Besprechungen mit Herrn Koschnick und Herrn Albrecht herausgekommen ist, wenn man davon ausgeht, welche Möglichkeiten wir überhaupt hatten, als zufriedenstellend zu bewerten ist. Ich halte es auch

für richtig, was Herr Wedemeier zum Schluß gesagt hat, in diesen Fragen keinen parteipolitischen Streit aufzuzäumen. Das ist insbesondere wichtig aus bremischer Sicht, denn, meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, ich brauche Ihnen insbesondere nicht zu sagen, daß die nächsten Monate im Hinblick auf die Finanzen, im Hinblick auf die von uns gewünschten Ergänzungszuweisungen, die sozusagen irgendwann einmal auch mit der Existenz und Zahlungsfähigkeit dieses Bundeslandes zu tun haben, daß all diese Dinge nur durchsetzbar sind im Interesse Bremens, wenn wir Partner haben.

Ich glaube, daß wir am ehesten gute Partner finden im norddeutschen Bereich, was die Küstenregion angeht, in Schleswig-Holstein aber auch in Niedersachsen. Allein aus diesem Grund gebietet es sich, daß man versucht, mit dem niedersächsischen Partner vernünftig umzugehen. Ich möchte abschließend feststellen, daß wir auch vor einer Reihe von Jahren niedersächsische Ministerpräsidenten hatten, die der SPD angehört haben. Herr Albrecht ist der erste, der unserer Partei angehört. Ich weiß auch, daß Herr Bürgermeister Koschnick der dienstälteste Ministerpräsident ist. Das heißt, wir hatten viele Jahre sozusagen eine Politik, wo in Hannover und in Bremen ein SPD-Mann regierte.

Wenn ich mich richtig erinnere, Sie wohl auch, gab es in den vergangenen Jahren große Auseinandersetzungen. Wenn wir heute soweit sind, daß sogar der SPD-Fraktionsvorsitzende erklärt, er müsse sich auch bei Herrn Albrecht bedanken, meine ich, sollten wir dies alle tun, das ist kooperativ.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich die Mitglieder der Inlandstudioleiter-Konferenz des ZDF, die auf dem Besucherrang Platz genommen haben, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Es ist der Intendant, Herr Professor Dieter Stolte, und der Chefredakteur, Herr Appel, die Landesstudioleiter, ich nehme an, der Dienstälteste ist unser von Bremen, Herr Wolfgang Schumacher.

(Beifall)

Es sind darunter die Hauptredaktionsleiter und Redaktionsleiter. Ich wünsche Ihnen einen fruchtbaren Aufenthalt in Bremen,

(Heiterkeit)

das heißt, was die Ergebnisse Ihrer Konferenz angeht, aber das übrige überlasse ich auch Ihnen.

(Heiterkeit)

Wir fahren in der Beratung fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

(C)

(D)

(A) Abg. Willers: Meine Damen und Herren! Wie Herr Neumann habe auch ich mich gefragt, was eigentlich die SPD dazu gebracht hat, diese Große Anfrage hier und heute zu stellen, weil wir über alle diese Einzelthemen in anderen Zusammenhängen schon ausführlich diskutiert haben. Die einzige Erklärung dafür ist eigentlich nur: Es ist ein Versuch der Imagepflege. Ich sehe eigentlich nicht richtig, wie das gelingen kann, außer man glaubt unbesehen der Behauptung von Bürgermeister Koschnick, daß sich diese Gespräche vom 13. Juni für beide Seiten gelohnt hätten, was an sich schon ein sehr außergewöhnlicher Zustand ist, wenn zwei Regierungspräsidenten sich zusammensetzen —

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist die mittlere Ebene! — Abg. Kudella [CDU]: Ministerpräsidenten! — Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

zwei Ministerpräsidenten —, daß für beide die Sache sich gleich gelohnt hat.

Ich will auch noch einmal die einzelnen Posten kurz durchgehen und versuchen, durch meine Behauptungen zu untermauern, daß es sich nicht für beide Seiten gleich gelohnt hat, sondern daß Bremen in erheblicher Weise in diesem Kuhhandel draufgezahlt hat. Ich habe an mehreren anderen Stellen schon gesagt, ein Kuhhandel, der eigentlich Politikern in der Form, wie es hier passiert ist, unwürdig gewesen ist, ist es gewesen.

(B) Luneplate, Luneverlegung! Die SPD Bremens hat hier eine große Lösung durchgesetzt, die eigentlich das Land Bremen zunächst einmal nur Geld kostet, gegründet auf dem Prinzip Hoffnung, dem Prinzip Hoffnung nämlich, daß irgendwann Industrieansiedlung an dieser Stelle kommen wird. Bis zum heutigen Tage hat die SPD nichts, aber auch gar nichts an den Hacken außer der Erwartung, daß hier einmal irgendwann etwas kommen wird.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Das ist doch dummes Zeug! Sie kennen sich doch gar nicht aus in Bremerhaven!)

Das einzige, was mit Sicherheit heute zu sagen ist, ist, daß die SPD hier dem Prinzip Hoffnung ein Stück ökologischer Substanz an dieser Stelle opfert, aber das ist der übliche Weg. Ein winziger Hinweis darauf, was Sie überhaupt erwarten an der Stelle, ist an anderer Stelle von Herrn Wedemeier gesagt worden. Er sagte, die Weser müsse auch noch von Bremen nutzbar sein im Zusammenhang mit Esenshamm. Das bedeutet doch wohl nichts anderes, als daß Sie für die Industrialisierung der Luneplate solche Betriebe erwarten, die einen hohen Kühlwasserbedarf haben, und genau diese Betriebe, das habe ich auch schon verschiedentlich gesagt, sind die, die aus ökologischen Gründen nun im Unterweserraum sehr bedenklich wären.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das weiß heute niemand, was da kommt!)

Ja, wie kommen Sie denn darauf, ganz besonders auf diesen Kühlwasserbedarf abzuheben, Herr Wedemeier? Das können Sie ja dann vielleicht noch einmal erläutern!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Man muß sich das offenhalten!)

In bezug auf Luneplate, Luneverlegung kurz gefaßt: Prinzip Hoffnung, nichts an den Hacken, aber vorab Kosten!

Gastschulgeld! Es ist nicht viel dazu zu sagen, außer daß Bremen auf seine Forderungen teilweise verzichtet hat. Auch das kostet nur Geld.

Flughafen! Auch Prinzip Hoffnung! Wir haben lange und ausführlich über die Flughafenerweiterung geredet hier. Ich will das nicht wieder aufwärmen. Ich kann nur eines sagen: Wenn es zuträfe, daß der ausschließliche Grund für die volle Nutzarmachung, so heißt das im Sprachgebrauch der Regierenden, die Sicherheit des Flughafens wäre, dann frage ich mich tatsächlich, ob es denn wirklich verantwortbar gewesen ist, diesen Flughafen 20 Jahre lang so zu betreiben, wie er betrieben worden ist. Ich denke und behaupte es weiterhin, daß es darum geht, bestimmte Wachstumserwartungen auch an den Flugbetrieb auf diesem Flughafen zu knüpfen, und ich behaupte auch weiterhin, daß die auch im militärischen Bereich liegen.

Ich habe in dem Zusammenhang auch noch einige ganz konkrete Fragen, vielleicht kann mir die jemand der folgenden Redner der SPD, falls noch welche kommen, beantworten, nämlich die, ob es zutrifft, daß das Land Bremen Gebiete in der Großgemeinde Stuhr gekauft hat, also von Niedersachsen. Ich möchte auch wissen, um welche Gebiete es sich da im einzelnen handelt und welche Absicht sich hinter diesem Landkauf verbirgt.

(Abg. Sixt [SPD]: Friedhofserweiterung Huckelriede!)

Dann möchte ich auch gern wissen, warum diese beabsichtigten Nutzungen nicht schon im Flächennutzungsplanentwurf beschrieben und ausgewiesen worden sind.

Dann möchte ich in diesem Zusammenhang Flughafen Niedersachsen/Stuhr-Gebiet auch noch einmal ansprechen, das, was wohl im wesentlichen eine Stilfrage ist. Der Senatsdirektor Kulenkampff ist bei Erörterungen des Flächennutzungsplanentwurfs für die Gebiete der Stadtgemeinde Bremen auch in Niedersachsen gewesen und hat mit Kreisbehörden verhandelt um dieses Gebiet, insbesondere auch um die Spange in Stuhr, die Verkehrsspanne. Er hat dabei in ganz übler Art und Weise, wie ich finde, die unteren Gebietskörperschaften, die Beiräte und Räte in Stuhr verärgert. Ich zitiere da einmal aus der „Kreiszeitung“ über eine Ratssitzung, da steht:

„Stuhr könne auch ohne die Spange leben, formulierte Hermann Rendigs. Walter Mayland empfahl die Zustimmung, weil er keine Gegenargumente gehört habe, zu dieser Spange, auch wenn man mit ge-

(A) ballter Faust in der Tasche zustimme. Außerdem fühle er sich in seiner Entscheidungsfreiheit beeinflusst, da die CDU-Kreistagsfraktion dem Bremer Projekt bereits zugestimmt habe und bereits Gespräche zwischen Bremen und Niedersachsen stattgefunden hätten, bei denen die Eckverbindung akzeptiert worden sei. „Ich sehe gar keine Alternative, unsere Entscheidung ist sowieso nur pro forma.“ Das ist wieder eine Art und Weise, über die Entscheidungen politischer unterer Gliederungen hinwegzugehen, die eigentlich auch Bremen sich nicht leisten sollte im Umgang mit den Umlandgemeinden!

Der nächste Punkt: Kühltürme in Esenshamml Herr Bürgermeister Koschnick hat gesagt, man habe die Position beibehalten. Das ist einfach Augenscherelei. Man hat die Position, Kühltürme und nichts anderes — das war so nicht formuliert, das weiß ist, aber man bestand zumindest auf Kühltürmen —, aufgegeben oder zumindest aufgeweicht. De facto, Herr Bürgermeister Koschnick, haben Sie auf die Kühltürme verzichtet. Gar nicht anders können Herr Ministerpräsident Albrecht und die NWK dies auffassen, was Sie hier verabredet haben.

(B) Dazu ist zu sagen, es gibt kein radiologisch und ökologisch gleich wirksames System wie Kühltürme, das wissen Sie, das müßten Sie wissen, wenn Sie sich einigermaßen sachverständig gemacht haben. Die Tatsache, daß Sie noch bei der Stange bleiben und daß Sie mindestens noch ein gleich wirksames System fordern, ist wirklich nicht aus ökologischen Bedenken oder irgendwelchen anderen Umweltschutz- oder Bevölkerungsschutzgesichtspunkten zu erklären, sondern eben nur daraus, daß man auch noch ein Stück Nutzung der Weser haben möchte.

Bankwesen-Neuordnung! Dazu möchte ich nichts sagen.

Verbrauchermärkte! Da ist gesagt worden, Herr Albrecht stünde den Bedürfnissen und Verlangen Bremens offen gegenüber, habe aber keinen Einfluß auf die Gemeinden. Also auch hier: Prinzip Hoffnung, daß die erweiterte Ansiedlung von Verbrauchermarkten im direkten Umland Bremens irgendwie gestoppt würde, Handhaben dafür gibt es nicht.

Ortsumgehung Lilienthal! Keine Festlegung! Auch da ist nichts Konkretes für Bremen dabei herausgesprungen. Unter dem Strich kann man einfach sagen, außer dem Prinzip Hoffnung und Kosten ist aus diesem Gespräch, aus diesen Vereinbarungen, die Bürgermeister Koschnick mit Herrn Albrecht getroffen hat, für Bremen nichts herausgekommen.

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné (BGL)*:** Meine Damen und Herren! Ich will die von Herrn Bürgermeister Koschnick genannten sieben Punkte auch kurz aus unserer Sicht kritisieren. Ich fange einmal so an in der Reihenfolge, wie er das gemacht hat.

* Vom Redner nicht überprüft.

(C) Luneplate: Unserer Meinung nach ist die Luneplate wirklich eine Totgeburt ersten Ranges, auf der Ansiedlungen in der erhofften und damit auch die Kassen wieder refinanzierenden Weise sicher nicht stattfinden. Ich erinnere noch Diskussionen in der SPD aus dem Jahre 1968, in denen schon damals der damalige Wirtschaftssenator Karl-Heinz Jantzen den Genossen erzählte, die Ansiedlung von Sandoz — den Namen werde ich nie vergessen — stünde unmittelbar bevor. Da wurde eben auch vorgerechnet, wie negativ das zu Lasten der Staatskasse ginge. Tatsächlich hat diese Ansiedlung ja auch nie stattgefunden, Gott sei Dank, kann man heute sagen. Aber daß solche Projekte weitergekocht werden, ist doch wirklich die letzte Politik von gestern!

Der zweite Punkt ist die Frage mit den Schülern an der Grenze, an der Landesgrenze: Meine Damen und Herren, das ist die Frage dieser Schüler, die sozusagen unmittelbar an der Landesgrenze wohnen und in bremische Schulen gehen müssen, nicht weil die so schön sind, Herr Stichweh,

(Abg. **Stichweh [SPD]:** Habe ich auch nicht behauptet, daß die schön sind!)

(D) sondern als Folge total verfehlter Städtebaupolitik. Nachdem jahrelang die Innenstädte ruiniert worden sind und den Leuten praktisch keine Wahl blieb, als möglichst weit hinauszuziehen, weil die Belastungen, wie die eigenen Statistischen Landesamtsumfragen beweisen, nicht mehr erträglich waren, entsprechend die Infrastruktur ausgedehnt werden mußte durch Straßenbau, Kanalisation und so weiter und die Anbindung immer mehr an die Peripherie, war es natürlich eines Tages auch nicht mehr auszuschließen, daß die Leute über die Landesgrenze gingen und dann, als ebenfalls Infrastrukturbelaster, ich will es einmal so technokratisch ausdrücken, auf Bremen zurückschlügen.

Da wundert sich Bremen, daß solche Kosten auf uns zukommen. Ich kann nur sagen, diese Konsequenzen sind immer gesehen worden, auch von Ihnen selbst. Heute darüber zu weinen sind doch wirklich Krokodilstränen unerfreulicher Art.

(Bürgermeister **Koschnick:** Ich habe auch nicht geweint!)

Ich fände es eigentlich ganz gut, daß die Leute, die dort draußen wohnen an der Landesgrenze und viele Vorteile wahrnehmen, sie sind ja deshalb da hinausgezogen, auch einmal dafür bezahlen, wenn sie bremische Infrastruktur benutzen. Warum eigentlich nicht, Herr Bürgermeister? Ist das nicht eine Form von Gerechtigkeit, die doch Ihrer Partei als Aushängeschild dient, daß die Belastungen, die in der Stadt die Bürger auf sich nehmen müssen, dadurch ausgeglichen werden müssen, daß die Leute, die die Belastungen am Rande Niedersachsens nicht haben, dafür auch bezahlen? Das nur als Anmerkung!

Der dritte Punkt: Flughafensicherung! Mit dem Wort **Sicherung** wird **Schindluder** getrieben,

(A) weil natürlich niemand gegen Sicherheit sein kann. Die nächste Frage von Sozialdemokraten ist dann sofort, ihr wollt also Flugzeugabstürze und damit Tote in Kauf nehmen. Meine Damen und Herren, der Flughafen ist mit der Sicherheit für die Nutzung, die bisher immer durchgeführt worden ist, immer als ausreichend angesehen worden. Jedermann weiß, und Bürgermeister Koschnick und die Sozialdemokraten wissen es auch, daß hinter dieser Flughafensicherung eine andere Nutzung steht, die uns als Sicherheit verkauft werden soll, nämlich Militärtransporte nach Garlstedt und was weiß ich alles.

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Dummes Zeug!)

Diese Sache nun als Verkehrssicherheit und damit Imageverbesserung der bremischen Verkehrsverbindung zu verkaufen, ist eigentlich unfair.

Der vierte Punkt: die Kühltürme Esenshamm! Meine Damen und Herren, der Staatsvertrag oder die Abkommen zwischen Bremen und Niedersachsen hinsichtlich der Kühlturmproblematik aus dem Jahre 1971/72 hat jahrelang in den Gerichten den Hauptpfeiler dargestellt, damit Kühltürme auch durchgesetzt werden konnten. Alle, einschließlich Umweltschutzsenator Brückner, ich nehme an, auch Bürgermeister Koschnick, aber jeder, der halbwegs mit dem Verfahren oder mit der Materie befaßt war, wußten und wissen auch heute, daß es ein anderes, gleichwertiges Kühlsystem nicht gibt, insbesondere keine neckischen Fischteiche, das darf ich einmal hinzufügen.

(B) Wenn Sie diesen Punkt jetzt aufgeben, dann ist das Ganze wirklich — ich beziehe mich da auf den Satz des Kollegen Wedemeier, man müsse das Ganze im Zusammenhang sehen —, ich wiederhole das, obwohl ich das an anderer Stelle auch schon gesagt habe, der Verkauf eines bremischen angestammten Rechtes für ein Linsengericht.

Wenn wir schon bei biblischen Gleichnissen sind — es ist ja auch schon die Rede von David und Goliath gewesen —, wenn Sie schon solche Beispiele anführen, müssen Sie auch wissen, daß in dem Gleichnis David und nicht Goliath der Ubriggebliebene gewesen ist.

(Abg. Kunick [SPD]: Jawohl!)

Warum bleibt denn eigentlich Bremen als David nicht der Sieger? Die Antwort ist doch: David war ein durchtrainierter kühner Zwerg, so wollen wir uns einmal ausdrücken, Bremen ist ein ausgelutschter, verschuldeter und demoralisierter Gnom, so muß man das sagen, und der wird natürlich gegen niemanden, auch nicht einmal gegen seinesgleichen, antreten können. Das ist leider das Problem, was hier dahintersteht. Deshalb müssen angestammte Rechte aller Art verschleudert werden für Linsengerichte.

Damit bin ich auch gleich bei dem nächsten Punkt, Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankwesens.

Meine Damen und Herren, das Problem ist doch, daß Bremen und damit auch die Landesbank total pleite sind. (C)

(Bürgermeister Koschnick: Was ist das?)

Wenn ich höre, daß, wie Herr Wedemeier gesagt hat, das nur gemacht wird, wenn die Kreditlinien dadurch nicht eingeschränkt werden, meine Damen und Herren, das ist bereits passiert!

(Zuruf des Abg. Dr. Zollmann [CDU])

Herr Lahmann hat ja die Backen dick gemacht und gesagt, Herr Franzen als Chef der Landesbank

(Abg. Neumann [CDU]: Chef ist der auch nicht!)

werde das Hillmann-Projekt unter anderem mit retten.

Er hatte mit ihm gesprochen, aber nachdem das Abkommen Koschnick/Albrecht gekommen ist, haben die Niedersachsen gesagt, also solche windigen Finanzierungsvorhaben, bei denen die Pleite aus allen Knopflöchern sieht, kommen überhaupt nicht in Frage. Franzen wurde zurückgepiffen, und die Sache konnte nicht mehr finanziert werden. Das ist doch eine Zurücknahme der Kreditlinien, meine Damen und Herren. Da ist doch schon eine Fusion, ähnlich wie Hapag-Lloyd, wo Hamburg das Sagen hat. Hier hat jetzt Niedersachsen das Sagen. Da wird Bremen in seiner illusionären Politik natürlich zurückgeschnitten, das ist ganz klar. Der Fall ist längst eingetreten. Man kann vielleicht sogar sagen, Gott sei Dank, damit die Illusionspolitik auch auf dem Gebiet des Finanzwesens wirklich einmal ein bißchen zurückgeschnitten wird. (D)

Der nächste Punkt sind die Verbrauchermärkte: Meine Damen und Herren, ich muß wirklich lachen! In Gorleben, wo es um ganz andere Sachen geht, da geht es um eine nationale Wiederaufbereitungsanlage und Zwischenlagerung und ähnliches, haben die Gemeinden Probleme und so weiter. Da sind auch ein paar Schwierigkeiten aufgetreten. Ernst Albrecht sagt natürlich jetzt, wenn die da nicht klar kommen und zu dumm sind, eine entsprechende Flächennutzungsplanung durchzuziehen, die in unser aller Interesse ist — natürlich nicht in aller, sondern nur im Wirtschaftsinteresse und so weiter —, dann werden wir die entsprechenden Gesetze ändern und werden das anders machen.

Wäre das denn hier nicht auch möglich? Wenn die Gemeinden meinen, sie müßten völlig kurzsichtig zu Lasten anderer diese Verbrauchermarktpolitik betreiben, wie sie das jetzt tun, soll keine Interventionsmöglichkeit der Landesregierung sein, so wie wir sie an anderer Stelle bedauernd ständig beobachten? Bremen ist wirklich so dumm, daß es sich in jeder Weise so vorführen läßt, kann man zu dem Punkt nur sagen!

Die Ortsumgehung Lilienthal! Wenn die Erklärung vom Kollegen Wedemeier stimmt, daß eine Anbin-

(A) dung durch das Hollerland an die Autobahn der einzige Festpunkt ist, den es da nicht geben wird, dann begrüßen wir das. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Insgesamt meine ich noch einmal wiederholen zu müssen, daß dieses Abkommen wirklich ein Dokument des Ausverkaufs Bremens an Niedersachsen ist, und zwar nur aus dem Grunde, weil die Politik in Bremen so war, daß Bremen einfach keine innere und äußere Widerstandskraft besitzt.

Seinerzeit, 1971, ich habe das hautnah in den Gerichten miterlebt, hatte Bremen noch einen gewissen Widerstand und konnte fordern und durchsetzen. Dazu ist Bremen heute nicht mehr in der Lage. Das ist das Ergebnis einer SPD-Politik, die immer wieder kritisiert worden ist. Das ist ein Dokument des ersten Schritts der Aufgabe der Selbständigkeit und des Sichhingebens an Niedersachsen, meine Damen und Herren. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Welke.

Abg. **Welke** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt, daß von beiden Landesregierungen der Versuch gemacht wurde, Schwierigkeiten, die sich in den langen Jahren des Zusammenlebens ergeben haben, in einem Gespräch auszuräumen. Daß die Probleme aber nicht mit einem gelegentlichen Treffen der Regierungschefs gelöst werden können, zeigt das Ergebnis dieser Gespräche. Ich will mich nur auf zwei Einzelergebnisse hier in meinem Redebeitrag beschränken, weil vieles schon von den Kollegen vor mir genannt worden ist. Ich glaube, es ist auch bei diesen Beiträgen deutlich geworden, daß man diese Einschätzung ohne Einschränkung vertreten kann.

Ich möchte zuerst das Problem Abwärme beim Kernkraftwerk Esenshamm aufgreifen. Bekanntlich ist vor mehreren Jahren die Vereinbarung getroffen worden, daß bis Ende 1982 ein ausreichendes Kühlsystem installiert werden sollte. Laut Pressemitteilungen des Senats vom 30. Juni hat Bremen nun seine Bereitschaft erklärt, alternative Lösungen wohlwollend zu prüfen. Mein Kollege Ostendorff hat in der September-Debatte für unsere Fraktion erklärt, daß wir an dem Kühlturmkonzept festhalten, aber daß, wenn uns jemand ein anderes System erklärt, das diese Kühlfunktion auch erfüllt und positive Nebeneffekte wie beispielsweise wirtschaftliche Nutzung der Abwärme ermöglicht, wir diesem Konzept natürlich auch wohlwollend gegenüberstehen.

(Abg. **Werner Fischer** [CDU]: Dann sind wir uns ja wieder einig!)

Als mögliche Alternative wurde aber bislang, und Herr Bürgermeister Koschnick hat das heute bestätigt, lediglich dieser Kühlteich genannt. Von der Öffentlichkeit wurde im Sommer dieser Vorschlag mit Verwunderung aufgenommen. Auch die Presse hatte wohl Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Vorschlags. Ich darf hier einmal den „Weser-Kurier“

(C) zitieren. Der hat einen Artikel bezüglich dieser Vereinbarung mit der Überschrift ausgestattet: „Statt Kühltürme ein Aalteich?“

(Abg. **Neumann** [CDU]: Die armen Aale!)

Im September, anlässlich der schon eben angesprochenen Debatte, hat Herr Ostendorff für uns die Frage gestellt, wann denn mit einem ernst zu nehmenden konkreten Vorschlag zu rechnen sei. Er hatte damals keine Antwort erhalten, der Bürgermeister konnte damals an dieser Debatte nicht teilnehmen. Heute erklärt er, daß ein Alternativvorschlag Niedersachsens in wenigen Monaten zu erwarten sei. Wir würden gern erfahren, was denn der Senat unternimmt, wenn in diesen wenigen Monaten, die müßten ja inzwischen bald vorbei sein, nun seitens Niedersachsens dieses ernst zu nehmende Alternativangebot nicht unterbreitet wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir halten es für unerträglich, wenn wir hier wieder erleben müssen, daß Niedersachsen erneut bei der Lösung dieses Problems in Verzug gerät. Es kann doch nicht angehen, daß dieses Problem praktisch auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das ist richtig! — Zuruf des Abg. **Werner Fischer** [CDU])

(B) Auch die scheinbar so glückliche Lösung im Schulgeldstreit stellt sich bei näherer Betrachtung für mich als durchaus problematisch dar. In der Vereinbarung heißt es laut Pressemitteilung unter anderem: „Niedersachsen erklärte, sich in den kommenden Jahren verstärkt zu bemühen, daß niedersächsische Schüler möglichst niedersächsische Schulen besuchen.“ Herr Bürgermeister Koschnick hat das eben bestätigt und gesagt, die Zahl der niedersächsischen Schüler in Bremen solle vermindert werden. Konkret heißt das doch, daß die Gebietskörperschaften im Bremer Umland letzten Endes ihre Schulkapazitäten erweitern müssen.

(Bürgermeister **Koschnick**: Nein!)

Es ist nicht nur eine quantitative Erweiterung notwendig, sondern auch eine qualitative Erweiterung, denn es müßten, Herr Bürgermeister, ja neue Bildungsgänge im Umland aufgebaut werden, die dort bisher noch nicht vorhanden sind. Man darf das also nicht nur als quantitatives, sondern auch als qualitatives Problem auffassen.

(Beifall bei der FDP — Abg. **Jäger** [FDP]: Ja, das ist so!)

Wenn das so ist, dann entsteht doch ein Druck auf die Schüler des Umlandes seitens der Gebietskörperschaften, daß sie jetzt auch diese neuen Schulkapazitäten, die die Umlandgemeinden geschaffen haben, wahrnehmen, unabhängig davon, wie weit

(A) ihr Schulweg dann wird. Wir haben da ein sehr markantes Beispiel vor zwei Jahren erleben dürfen, das auch in der überregionalen Presse als Schildbürgerstreich dargestellt worden ist. Hier mußte ein Berufsschüler aus Lilienthal nach Stade fahren

(Abg. J ä g e r [FDP]: Aus Ritterhude!)

oder aus Ritterhude, weil sich die Gemeinden beziehungsweise der Landkreis und Bremen nicht einigen konnten über die Höhe des Schulgeldes. Wir halten das für einen wirklich ärgerlichen Vorgang.

(Beifall bei der FDP)

Wenn diese Kapazitäten jetzt in Niedersachsen vorgehalten werden, dann wird natürlich die Neigung dort bestehen, daß man sagt, niedersächsische Schüler sollen in niedersächsische Schulen gehen. Die Frage des Schulweges rückt dann leider in den Hintergrund.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Und wir bekommen unsere Spezialklasse nicht voll!)

Die FDP erwartet, daß durch Vereinbarung zwischen beiden Seiten sichergestellt ist, daß unabhängig von den Landesgrenzen die Schüler das Bildungsangebot annehmen dürfen, das ihnen persönlich am nächsten liegt. Da dies zu unterschiedlichen finanziellen Belastungen der Gebietskörperschaften führen kann, ist es erforderlich, daß hier ein finanzieller Ausgleich erfolgt. Dieser erfolgt ja auch zwischen den kreisfreien Städten in Niedersachsen und ihren Umlandgemeinden. Auch dort ist es durchaus üblich, daß Schulgeldzahlungen an die kreisfreien Städte erfolgen, denn auch dort ist die Situation so, daß dieser Bildungsstrom weitgehend eine Einbahnstraße darstellt.

(B) Wir halten diese Konzeption auch für vernünftig. Wir meinen, derartige Vereinbarungen sind notwendig, nicht nur im Interesse der Schüler, sondern wir halten sie auch aus finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen für sinnvoll, denn angesichts rückläufiger Schülerzahlen muß man sich wirklich die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, Schulkapazitäten, wo es auch immer sei, noch auszuweiten.

Ähnlich ungelöste Detailfragen, ich sagte das eingangs, lassen sich auch in den anderen Bereichen aufzeigen. Die Kollegen, die vor mir gesprochen haben, haben das auch teilweise getan.

Wenn ich das im Zusammenhang bewerten darf: Es ist immer leicht, Vereinbarungen zu treffen, solange man Detailprobleme ausspart. Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Wenn diese Rahmenvereinbarungen einen Sinn haben sollen, dann muß jetzt sichergestellt werden, daß in Einzelgesprächen diese praktischen Maßnahmen, diese praktischen Vereinbarungen auch zustande kommen. Wenn dieses zweifellos mühsame Geschäft, ich weiß, wie mühsam das ist, da wir selbst seit drei Jahren eine Arbeitsgemeinschaft mit unseren FDP-Kollegen in den Räten der Umlandgemeinden haben, wenn diese

mühsame Arbeit einen Sinn haben soll, dann muß man Geduld aufbringen. (C)

Ich halte das Beispiel Lilienthaler Umgehungsstraße für einen Fall, der nicht zum Muster werden sollte. Bekanntlich hat Bremen kurze Zeit nach der Vereinbarung im Sommer seine Mitarbeit in der gemeinsamen Arbeitsgruppe aufgekündigt.

(Bürgermeister Koschnick: Was haben wir? — Senator Meyer: Lilienthal hat einen Beschluß gefaßt, Herr Abgeordneter! — Bürgermeister Koschnick: Wir doch nicht!)

Gut! Lilienthal hat einen Beschluß gefaßt und hat gesagt, wir bestehen auf einer Westumgehung, und daraufhin hat Bremen gesagt, wenn das so der Fall ist, dann sehen wir keine Grundlage mehr für diese Arbeitsgruppe. Das ist natürlich eine Aufkündigung.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Man kann das auch wirklich umdrehen!)

Ich sage ja, es ist ein mühsames Geschäft, und es erfordert viel Geduld. Ich weiß um die Schwierigkeiten gerade in der Frage Umgehung Lilienthal, auch wir sind dort mit unseren Parteil Freunden nicht einer Meinung. Ich halte es aber für verfehlt, wenn wir vorschnell die Gespräche einfach abbrechen!

(Beifall bei der FDP)

Gerade wenn bei einer Angelegenheit die Positionen sehr unterschiedlich sind, müssen wir ein besonderes Maß von Geduld an den Tag legen und dürfen nicht sofort, wenn erkennbar ist, daß eine Schwierigkeit auftritt, die Gespräche einstellen. — Danke sehr! (D)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Viel Bedeutungsvolles ist eben gesagt worden. Bleiben wir gleich beim letzten, lieber Herr Welke! Da sagen wir: Wir bilden eine gemeinsame Arbeitsgruppe, Niedersachsen und Bremen prüfen, wie die Lösung für die Umgehung aussehen kann, und zwar nach festgelegten Maßstäben, dann listen wir einmal auf, was für die eine und was für die andere spricht. Lilienthal ist daran beteiligt.

Dann sagen beide Regierungschefs, es ist doch völlig unsinnig, bevor die Arbeitsgruppe fertig ist, Erklärungen abzugeben, wir entscheiden uns für diese oder jene Lösung. Ich habe nicht davon gesprochen, was Bremen tun wird, sondern ich will erst die Arbeitsergebnisse kennen. Die Gemeinde Lilienthal sagt daraufhin, das kommt gar nicht in Frage, wir haben eine klare Meinung, hier ist sie, zu nichts anderem wollen wir uns äußern.

Schließlich schreibt der Gemeindedirektor uns einen Brief und teilt uns mit, die Arbeitsgruppe habe

(A) ihre Arbeit eingestellt, eine fortführende Beratung erscheine nach dem Ratsbeschuß der Gemeinde Lilienthal über eine angestrebte Trassenführung nicht mehr notwendig. Die Arbeitsgruppe könnte deswegen die Arbeit nicht zu Ende führen. Es erübrige sich deshalb auch, daß die Arbeitsgruppe einen Abschlußbericht vorlege, weil in den bisherigen Gesprächen konkrete Ergebnisse nicht erzielt worden seien. Zwar sei über Alternativlösungen und mögliche Varianten beraten worden, jedoch nicht über ein abschließendes Ergebnis gesprochen worden. Sie hielten es als Gemeinde nicht für erforderlich, einen Abschlußbericht vorzulegen.

Da sagen die Lilienthaler also: sie wollen die Untersuchungsergebnisse nicht mehr, und dann heißt es bei Ihnen, ich sei schuldig an der Entwicklung, ich hätte keine Geduld! Das dürfen Sie sich bitte nicht so einfach machen!

Die Gemeinde Lilienthal hat eine Position, gut! Auch wir haben eine Position, Niedersachsen hat eine Position! Beide sagen, wir wollen zunächst einmal die Positionen aufgrund gemeinsamer Positionen auflisten. Wenn dann der andere Partner — Lilienthal nämlich — plötzlich feststellt, daß seine Position unter Umständen jetzt ins Wackeln kommt, dann heißt es schlicht und einfach: Jetzt machen wir nicht mehr mit. Jetzt sagen Sie, Herr Welke: Koschnick, setz dich hin, mache deine Schularbeiten weiter! So einfach ist es mit Verhandlungen unter gleichberechtigten Partnern nicht, daß man hinnehmen muß, daß auf der anderen Seite gesagt wird, es gibt nur einen Weg, und zwar unseren, und keinen anderen. Dies erleben wir in vielen Bereichen, aber das ist für uns keine akzeptable Lösung.

(B) Eine andere Frage, die genauso verwunderlich für mich ist, ist das Problem Schulgeldstreit.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen, daß wir ohne Rechtsgrundlage Kosten für niedersächsische Schüler übernehmen und daß wir versuchen sollten, hierfür Geld zu bekommen. Übrigens nicht nur hier, auch in Hamburg gibt es eine solche Rechnungshofsforderung. Die Hamburger haben gesagt: Gut, dann verhandeln wir mit Schleswig-Holstein und mit Niedersachsen.

Wir in Bremen haben damals zur gleichen Zeit dem Kollegen von Hassel den Auftrag gegeben, in dieser Sache einen einvernehmlichen Weg zu finden, aber nicht für die Investitionen, die sind unsere eigene Angelegenheit, auch fordern wir nicht die vollen laufenden Kosten. Wir haben ein Interesse, das darf ich jetzt einmal sagen, gute Nachbarschaft zu bewahren, und haben versucht, nur die Hälfte der Kosten, die in den Schulen entstehen, zu erhalten.

Niedersachsen sagt, Kameraden, da habt ihr — Herr Neumann hat es eben auch gesagt — doch eine besondere Einwohnerwertung als Oberzentrum. Wenn wir dies einführen wollen als Streitfrage bei dem Länderfinanzausgleich oder bei der Bundes-

(C) ergänzungszuweisung, dann denkt einmal darüber nach, ob es sich lohnt, dafür die Schulgeldfrage voll zur Diskussion zu stellen, und ob es nicht doch im gut nachbarschaftlichen Verhältnis besser ist, die Finger von diesen Forderungen zu lassen.

Da, wo ihr für uns gesetzliche Aufgaben voll übernehmt, nämlich in der Grundschule, in der Hauptschule und so weiter, da werden wir natürlich mehr zahlen müssen. Aber da, wo die Mädchen und Jungen aus bestimmten Interessen — vielleicht weil sie früher schon in dieser Schule waren, bevor sie umgezogen sind — oder aus anderen Gründen in eure Schule gehen, kommt nicht mit zusätzlichen Forderungen, jedenfalls nicht an das Land, dann wendet euch an die Eltern und fordert das Geld von den Eltern; es gibt dann in jedem Einzelfall ein verwaltungsrechtliches Verfahren mit Gebühreneinzug irgendwo im Umland!

Dies war nicht das Ziel des Senats. Niedersachsen sagt im übrigen dies, was wir euch sagen, haben wir Hamburg auch gesagt. Hamburg hat die gleiche Situation. Zwar war der niedersächsische Kultusminister am Anfang der Meinung, unsere Forderung sei berechtigt. Aber Ministerpräsident Albrecht hat gesagt — und das kann ich ihm gar nicht vorwerfen —, ich behandle diese Frage jetzt nicht als Schulgeldfrage, sondern im Rahmen des großen Länderfinanzausgleichs, und zwar als Frage: Wie sollen die Länder miteinander umgehen? Auch sollte dann, wenn wir das wollen, ernsthaft weiterverfolgt werden, wie über die 135 Prozent Einwohnerwertung geredet werden soll. Ich schlage deshalb den Kollegen von der FDP vor, sich in dieser Frage noch einmal mit ihren früheren Finanzsenatoren zu besprechen, was das wohl für Bremen bedeuten kann — das nur ein kleiner kollegialer Tip am Rande!

(D) Eine weitere Frage ist, ob es vernünftig ist, daß Niedersachsen sagt, wir wollen unsere Kinder in unseren Schulen haben. Genauso wie wir stehen sie vor einem Problem, sie wollen zwar keine Schule weiter ausbauen, nein, aber sie sehen wie wir, daß das generative Verhalten dazu führt, daß sich der Schülerberg schnell abbaut. Um Bremen herum werden wir wie Bremen leere Schulen bekommen, Niedersachsen will diese Schulen erst einmal füllen, nach dem Grundsatz, bevor wir Lehrer in Schulen ohne Kinder finanzieren und bezahlen, wollen wir sie mit Kindern arbeiten lassen. Das kommt auf uns zu, und das werden wir nicht verhindern können. Also muß ich das in meiner Schulplanung mit bedenken.

Dann wird die Frage stehen, ob dann Fachrichtungen aus- oder neugebaut werden sollen, die im Umland nicht bestehen. Dann werden wir sehen, falls niedersächsische Wünsche bestehen, ob wir weiter vorhalten können und ob wir dann auch Verträge dazu bekommen, dann übernehmen wir Pflichtaufgaben für Niedersachsen, und dann muß gezahlt werden. Im Einzelfall ist das nicht möglich. Wir haben beispielsweise eine Berufsschule für Niedersachsen aufgebaut in der Stadt Bremerhaven, und sie wird finanziert von Cuxhaven. Da haben wir

(A) eine Pflichtaufgabe wahrgenommen, weil in Bremerhaven der bessere Standort ist. Aber wenn jemand aus Langen nach Bremerhaven ins Gymnasium geht oder in die Sekundarstufe I oder Sekundarstufe II geht, daß wir uns dann an die Eltern wenden, das war nie das Ziel unserer Überlegungen.

Nun wird gefragt: Ist das Gesprächsergebnis eigentlich ein Erfolg? Nein, beim Gastschulgeld, habe ich gesagt, habe ich nachgegeben aus vielfachen Gründen, gut nachbarschaftlichen Gründen, aus Gründen der Bundesergänzungszuweisung oder aus Gründen des Länderfinanzausgleichs. Das alles spielte eine Rolle. Aber da, wo ich ein besonderes Interesse hatte, hat Niedersachsen nachgegeben: bei der Luneplate. Das ist übrigens nicht ganz neu, wir hatten bereits 1972 eine Absprache mit der früheren Landesregierung Niedersachsen — das hat Herr Neumann vorhin ein bißchen heruntergespielt —, und damals war bereits festgelegt: Ein Drittel übernehmen wir von den Mehrkosten der großen gegenüber der kleinen Luneverlegung.

(Zurufe von der CDU)

Ja, weil die Regierung sich geändert hat, und da kam plötzlich eine andere politische Färbung hinein, und die hat gesagt, erst denken wir einmal an die Bauern und dann an die Wirtschaft! Inzwischen ist man auch in dieser Regierung, sage ich einmal, ökonomisch etwas aufgeschlossener, und man hat nun gesagt: Wir müssen Standortvorteile auch für Niedersachsen ausschöpfen. Frau Breuel hat sich in diesem Falle durchgesetzt gegen den Landwirtschaftsminister. Das müssen Sie aber nicht mir vorwerfen, sondern vielleicht in Hannover anbringen!

(B)

Nun fragt Herr Neumann: Wie teuer wird das denn? Ich gebe zu, in der neuen modernen Pädagogik ist das kaufmännische Rechnen zurückgegangen, und die Mengenlehre ist stärker geworden, das mag ihr Problem sein. Wir haben 1976 wie jetzt gesagt: ein Drittel vom Differenzbetrag! Wenn Sie ausgehen von maximal 80 Millionen DM für die große und 50 Millionen DM für die kleine Lösung, ist die Differenz 30 Millionen DM, ein Drittel davon ist, kaufmännisch gerechnet, zehn Millionen DM maximal. Wir rechnen zwischen siebeneinhalb und zehn Millionen DM.

(Zurufe von der CDU)

Ja, ich bin nicht ganz sicher, ob am Ende zehn stehen wird oder siebeneinhalb. Das weiß ich nicht, weil wir die Endkosten insgesamt noch nicht kennen.

(Abg. Neumann [CDU]: Zehn bis 20 Millionen!)

Wir haben bei uns kalkuliert, für die nächsten vier Jahre werden wir mit einer Größenordnung von zweieinhalb Millionen jährlich rechnen müssen. Das war Ihre konkrete Frage, Herr Neumann. Sie werden es in den Haushalten, wenn die Kosten anlaufen, finden. Im Augenblick läuft das Planfest-

stellungsverfahren. Da die Niedersachsen im nächsten Jahr anfangen wollen zu bauen, haben sie uns gesagt, dann erwarten wir am Ende des Jahres auch, daß wir die Mittel zur Verfügung stellen. Das wollen wir auch, denn das haben wir bereits damals zugesagt.

(C)

Wir sehen in dem anderen Weg — nämlich die kleine Luneverlegung — eine viel größere Belastung für zukünftige Entwicklungen. Die Frage, was auf die Luneplate gehört oder nicht darauf gehört, kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich gehe davon aus, daß durch industrietechnologische Veränderungen sich jedenfalls nicht mehr die Überlegungen realisieren lassen, die früher einmal bedacht worden sind.

Das Projekt Sandoz, damals in Verhandlung, eine Kombination von Sandoz und BASF, um Farben hier zu produzieren, ist am Patentstreit beider Firmen zusammengebrochen. Die beiden haben sich nicht verständigen können und sind deshalb nicht hierher gekommen. Ich bin nicht ganz sicher, ob wir heute über eine solche Gründung ganz glücklich wären, das sage ich hier einmal in allem Freimut. Möglicherweise bietet die Zeit, über neue technologische Entwicklungen nachzudenken, eine weitere Chance.

Aber eines bleibt richtig: Was haben wir eigentlich an Standortvorteilen hier an der Küste außer seeschifftiefem Wasser? Nichts! Wir sind in einer Randlage in der EG, wir sind in der Randlage zum COMECON, wir sind nicht im Zentrum der Konsumentenmärkte in Europa. Was wir haben, ist ganz konkret seeschifftiefes Wasser, Verbindungswege zu Übersee. Dies bietet sich für Industrieansiedlungen, die auf Import oder Export angewiesen sind, an.

(D)

(Abg. Wilhelms [CDU]: Das ist aber nicht neu!)

Ich habe auch nicht behauptet, daß ich hier Neues verkünde. Ich habe nur gesagt, aus welchen Gründen ich etwas tue, und wenn ich mich recht entsinne, haben gerade Sie, Herr Wilhelms, mich damals sehr gedrängt, da etwas zu tun. Also, seien Sie einmal ganz zufrieden, daß es soweit gelaufen ist!

Wenn ich zu Herrn Willers etwas sagen kann oder zu Herrn Dinné, ich muß ja die beiden differenziert behandeln, beide zeichnen sich aus, indem sie Behauptungen aufstellen!

(Abg. Willers: Mehr tun Sie doch auch nicht!)

Hier sage ich, Behauptungen sind keine Beweise. Doch was ich gesagt und getan habe, ist nachvollziehbar. Einiges ist abschließend geregelt, anderes sind Verfahrenswege, anderes bleiben Diskussionsbeiträge, das ist doch deutlich.

Aber, Herr Willers, ich sage noch einen Satz, dann höre ich auf. Sie sagen, da habe der Kulenkampff sich irgendwie schlecht benommen gegenüber Gemeinderäten in Stuhr oder in Bassum. Mag sein, das weiß ich nicht. Es wird ihm doch ganz hart vorgeworfen, er habe in Hannover schon verhandelt. Die erste

(A) Frage ist natürlich, daß wir mit der Landesregierung Niedersachsen verhandeln müssen, ganz gleich, wie sie politisch zusammengesetzt ist. Es ist zunächst ein Problem der Landesplanung, die abgesprochen werden muß, und anschließend werden wir uns dann auch den Umlandkommunen stellen mit ihren kommunalen Wünschen.

Hier sagen Sie, nehmt Rücksicht auf die Gemeindevvertreter. Wenn Herr Albrecht mir sagt, er habe kein Interesse, Krach im Parlament anzufangen, die Funktionalreform zurückzudrehen, um nicht in das Recht der Kommunen einzugreifen, und er nur mit den Gemeinden reden will, aber nicht staatlich exekutieren, dann sagen Sie: Schweinerei! Dann fordern Sie, er müsse den Gemeinden ihre Zuständigkeit beschneiden. Das sagen Sie auch in bezug auf Lilienthal. Auch hier die gleiche Forderung! Wieso hört Niedersachsen eigentlich auf Lilienthal, da muß doch ein Gesetz gemacht werden gegen die nicht einsichtsvollen Gemeinderäte! Sie müssen Ihre Position einmal durchhalten, entweder immer mit den Gemeinderäten gegen die Landesregierung, gegen Abgeordnete, oder zu sagen, nehmt das jeweils Mögliche! Ich kann Ihnen nur sagen, so simpel ist das nicht, wie Sie es darstellen!

Verzeihung, das hat Herr Willers mir vorgehalten, bei Stuhr nicht Rücksicht genommen zu haben auf die Gemeinde, bei Lilienthal würden wir dagegen eventuell Rücksicht nehmen auf die Gemeinde, und dann sagt er, dagegen muß die Landesregierung etwas machen. Genauso ist es bei der Frage der SB-Märkte draußen. Ich habe Riesensorgen mit den Verbrauchermärkten. Ich habe Sorge aus ökonomischen Gründen, aber auch wegen der städtebaulichen Folgen, der Substanzverluste in den gewachsenen Kernstädten, wenn es so weitergeht.

Aber ich bin nicht im Landtag von Niedersachsen, und ich bin nicht in der Regierung von Hannover. Wenn der Landtag im Gesetzgebungswege Kompetenzen den Kommunen gibt, dann ist es nicht meine Aufgabe, hier zu sagen, die müssen zurückgenommen werden. Ich muß mich auch mit den Gesetzgebungsfaktoren dieses Hauses abfinden und kann nur versuchen, im Wege der Landesplanung auf beiden Seiten zu erreichen, daß wir nicht gar zu viel Unsinn machen. Dies ist das einzige, was ich dazu sagen kann.

Im übrigen: Verhandlungen und Gespräche führen zu Ergebnissen, aber sind doch nicht als „keine glücklichen Lösungen“ zu bezeichnen.

(Abg. G a s s d o r f [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich bin gleich fertig!

Präsident Dr. Klink: Nein, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Bürgermeister Koschnick: Ja, wenn ich zu Ende gesprochen habe!

Ich muß davon ausgehen, daß da zwei Partner sind. Wir haben unterschiedliche Interessen, und Interessenausgleich bedeutet nicht, daß der eine sagt, hurra, ich habe alles einkassiert, und den anderen habe ich schön hereingelegt. Es gibt Abkommen, und deswegen sind Paketlösungen, wie Herr Wedemeier gesagt hat, genau die einzige Antwort. So verhandeln wir auch in anderen Bereichen der Gesellschaft. Das ist für einige, die Maximalforderungen stellen, eine nicht tragfähige Position, für mich ist es mein tägliches Brot. Das erlebe ich in Verhandlungen mit Brüssel, mit Bonn, das erlebe ich mit Niedersachsen, das erlebe ich auch hier im Verhältnis Bremerhaven und Bremen und sogar mit den Parteien.

(Abg. K a u f f m a n n [CDU]: Das kann nicht sein!)

Präsident Dr. Klink: Herr Gassdorf, bitte sehr!

Abg. G a s s d o r f (CDU): Anderes Thema! Flughafen: Herr Bürgermeister, ist darüber gesprochen worden, ob Niedersachsen oder Bremen die einzelnen Verfahren durchführen wird?

Bürgermeister Koschnick: Ich habe gesagt, wir, beide Ressorts wollen versuchen, einen Vorschlag zu machen, wie man gemeinsam in Niedersachsen und Bremen die Planfeststellung durchführt. Ob es per Staatsvertrag geschehen wird oder ob ein anderer Weg gefunden werden muß, wird noch geprüft.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir haben damit unser zeitliches Ziel heute um eine Minute überschritten. Wir kommen morgen zusammen um 9.30 Uhr, dann wird die Beratung der Bürgerschaft (Landtag) fortgesetzt, und zwar mit dem Tagesordnungspunkt zwölf.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) und wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung 18.02 Uhr)

(C)

(B)

(D)

